

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erkaltet täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Anzeigenzeile oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Sammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1084.

Dienstag, den 21. November 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1084.

Die Lage der englischen Gewerkschaften.

Man stelle einmal dem ersten besten englischen Politiker, Arbeiterführer oder Sozialisten die Frage: „Nach welcher Richtung bewegen sich gegenwärtig die englischen Gewerkschaften?“ Und jeder von ihnen wird ohne Zögern antworten: „Nach der Richtung einer selbständigen Arbeiterpolitik.“

Das Wort „Klassenkampf“ wird nicht gebraucht. Allein im Grunde genommen bedeutet selbständige Arbeiterpolitik: Klassenkampfpolitik. In England ist es schon so, daß man alte Worte für neue Begriffe gebraucht; in England füllt man alte Schläuche mit neuem Wein. Man fürchtet hier eher das neue Wort als den neuen Geist. So ist es in der englischen Verfassung, in der Religion, in der Sozialpolitik und in den Bewegungen der verschiedenen Klassen. Gewiß hat diese Scheu vor dem richtigen Namen ihre Nachteile; denn ein klar ausgesprochenes Wort ist ein treffliches Hilfsmittel für unser Denken, für unsere Erkenntnis und auch für unser folgerichtiges Handeln. Aber das alte Wort und der neue Geist sind noch immer besser als das neue Wort und der alte Geist, wie man es zuweilen in Frankreich und Deutschland findet.

Also: Die englischen Gewerkschaften sind jetzt daran, sich dem politischen Klassenkampfe zuzuwenden; denn das Gewerkschaftsleben hat durch die richterlichen Urteile, durch die Ungunst der öffentlichen Meinung und durch die wachsende Ausdehnung der Unternehmerverbände gar manches von seiner alten Kraft eingebüßt. Bedeutende Streiks sind seit fünf Jahren nicht mehr vorgekommen. Und mit den Ergebnissen der Gewerkschaftskongresse sind nur sehr wenige Trades-Unionisten zufrieden. Der letzte Kongress in Henley wird überall als ein Mißerfolg betrachtet. Das Gewerkschaftswesen hat eben alles geleistet, was es leisten konnte. Es hat die tüchtigsten Elemente der Arbeiterklasse in Organisationen zusammengefaßt, dem größten Teile des Proletariats bessere Arbeitsbedingungen verschafft, aber es ist nunmehr an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt. Es giebt jetzt in England sieben Millionen erwachsene und jugendliche Proletarier und Proletarierinnen, denen durch Gewerkschaften, Genossenschaften und Privathilfe nicht zu helfen ist. Man nennt sie die „Unfit“, die Un-tüchtigen. Dann gibt es noch fünf Millionen Menschen, die gelegentlich Arbeit haben und stets am Rande der Armut leben.

So lange der Trade-Unionismus sich frei entfalten konnte, haben sich die organisierten Arbeiter um die außerhalb der Organisation stehenden Klassenangehörigen nicht viel gekümmert. Seitdem aber sie selbst in den Kampf um ihre Rechte getrieben wurden, begannen sie sich mit den allgemeinen gesellschaftlichen Erscheinungen zu beschäftigen. Und da sie Arbeiter sind, so konnten sie nicht umhin, an eine soziale Reform zu denken. Eine die ganze Gesellschaft betreffende Reform kam aber nur durch das Parlament, das Werkzeug der ganzen Nation, vollzogen werden. So entstand der Gedanke der selbständigen Arbeiterpolitik.

Wie ernst es den Arbeitern mit dieser Politik ist, das zeigte die vor etwa zwei Wochen im „Vorwärts“ mitgeteilte Nachricht über die Entscheidung, daß die Gewerkschaftstatuten die Bestimmung über Zahlungen für parlamentarische Vertretung nicht enthalten dürfen! Der Entscheid hat große Aufregung in den Kreisen der organisierten Arbeiter hervorgerufen. Es hat sich indes in den letzten acht Tagen herausgestellt, daß es sich nur um die Form gehandelt hatte. Die Gewerkschaften dürfen solche Zahlungen nur nicht als „Ziel“ der Gewerkschaften paraphrasieren. Wenn sie aber die Zahlungen für parlamentarische Arbeitervertretung als „Mittel“ zur Hebung der Arbeiterlage angeben, so darf eine derartige Bestimmung ohne weiteres in die Statuten aufgenommen werden! Und viele Gewerkschaften sind jetzt daran, ihre Satzungen in diesem Sinne zu gestalten. Derartige Vorkommnisse zeigen klar genug, wohin die Reise der englischen Gewerkschaften geht. Aber es sind noch andere Beweise vorhanden: Flugblätter, die in Hunderttausenden von Exemplaren unter den Arbeitern verbreitet werden. Eine große Arbeiterpresse gibt es ja leider in England noch nicht. Deshalb muß man, um die Arbeiter aufzuklären, sich mit Flugblättern behelfen, die kurz, prägnant und doch sehr sachlich abgefaßt sind. Greifen wir zwei dieser Flugblätter heraus, die vom Labour Representation Committee verfaßt sind, welches sozusagen nur aus Gewerkschaftlern besteht. Eins heißt: „Labour and Politics“ („Die Arbeiter und die Politik“). Das Exemplar, das vor mir liegt, trägt einen Vermerk, der zeigt, daß die Auflage im Augenblick das 150. Tausend erreicht hat. Im Flugblatt heißt es u. a.: „... Die ungünstigen richterlichen Urteile sind nicht die größte Gefahr, die uns bedroht. Wichtig ist, daß sich das Kapital immer wirkungsvoller organisiert gegen die Interessen des Gemeinwesens. Der amerikanische Trust beginnt auch auf englischem Boden zu blühen. Wie können Trades-Unions aus eigener Kraft den Kampf erfolgreich aufnehmen gegen solche kapitalistischen Verbände wie die folgenden:

Armstrong u. Co. (Maschinerie)	4 210 000 Pfd. Sterl.
Coats, Carl Reer (Zwirn)	9 750 000
Reine (Baumwolle-Spinnereien)	5 025 000
Bradford (Bäberei)	3 750 000

Es werden noch mehrere solcher Kombinationen aufgezählt, worauf es weiter heißt: „Solange es diesen Kombinationen paßt, harmonisch mit den Trades-Unions zu arbeiten, ist Friede. Aber wenn die Interessen der Arbeiter mit den Interessen dieser Trusts in Konflikt geraten, dann gibt es einen Krieg, in dem der Sieg den Millionen und nicht den Menschenrechten zufallen wird. . . . Dann bürgert sich das System der schwarzen Listen immer mehr ein, und lästige Trades-Unionisten werden gemahregelt. Ebenso richten die Unternehmer Fabrik-Krankenkassen ein, denen die Arbeiter beitreten müssen, wodurch die Kapitalisten eine immer größere Macht über die Freiheiten der Arbeiter gewinnen. . . . Die Unternehmer haben sich auch ein parlamentarisches Komitee geschaffen, „um“, wie es in ihrem Geheimzirkular heißt, „Maßregeln zu treffen gegen Gesetzesvorlagen, die die Interessen des Handels, des freien Arbeitsvertrages und der Arbeitergesetzgebung betreffen!“

Das zweite Flugblatt heißt: „Warum müssen sich die Arbeiter von den Liberalen und Konservativen trennen?“ Die Antwort lautet: „Weil wir nicht darauf rechnen können, daß die Konservativen oder die Liberalen in dem Kampfe zwischen Kapital und Arbeit sich auf die Seite der Arbeiter stellen werden. Sodann hat die Nation jetzt soziale und industrielle Fragen zu lösen, für die die alten politischen Parteien keine befriedigende oder klare Lösung haben. . . . Wir sind unabhängig von den alten Parteien, weil wir die Demokratie vereinigen müssen und die Hälfte aller Arbeiter brauchen. Wären wir liberal oder konservativ, so könnten wir die Arbeiter nicht vereinigen. Ferner stellen wir neue Forderungen, die von den alten Parteien nicht erfüllt werden können. Wir müssen deshalb im Parlament selbständig vorgehen und eine klare Arbeiterpolitik verfolgen.“

Es ist selbstverständlich, daß noch nicht alle Gewerkschaftler für eine solche Politik gewonnen sind. Der englische Arbeiter ist in seinem Fache tüchtig, ist humanitär gesinnt und tut seine Pflicht — soweit er sie versteht — voll und ganz. Aber der englische Arbeiter denkt sehr langsam. Er läßt einmal angenommene Ideen nicht so leicht los; jedoch, wenn seine alte Gedankenwelt erschüttert ist, und er sich eine neue Idee zu eigen macht, so gibt es kein Rückwärts mehr. Dann ist er unermüdlich in seinen Versuchen, sie zu verwirklichen. Er läßt sich durch Niederlagen nicht entmutigen und durch Uebermacht nicht einschüchtern. Man muß deshalb mit den englischen Arbeitern Geduld haben. Wenn die in den letzten Jahren eingeleitete Gewerkschaftspolitik nicht durch innere Intrigen geschwächt wird, so steht das englische Proletariat bald in Reih und Glied mit der internationalen Arbeiterbewegung.

Das beste Urteil über die jetzige Lage hat Pete Curran in einem der letzten Berichte der „General Federation of Labour“ abgegeben. Curran, der die Gewerkschaften gründlich kennt und sein ganzes Leben teils als Arbeiter, teils als Gewerkschaftsorganisator zugebracht hat, erklärt: „Die Charakterzüge des Proletariats und die Geschichte des Trades-Unionismus in England sind sehr verschieden von denen der Arbeiter des europäischen Festlandes. Erstens haben wir eine Gewerkschaftsbewegung, die — einzig und allein als Trades-Unionismus — lange existiert hat, ehe der Sozialismus seinen Fuß auf unseren Inseln gesetzt hat. Diese Traditionen gestatten es nicht, daß die Arbeiter mit einem Schlage die Grundsätze des Klassenbewußtseins Sozialismus annehmen. Es muß deshalb als ein bedeutender Fortschritt betrachtet werden, daß man die große Mehrheit dieser Organisationen für das Prinzip einer selbständigen Politik gewinnen konnte. Was die Taktik betrifft, die die Arbeiterabgeordneten im Parlament verfolgen werden, so bin ich gewiß, daß — obwohl die Arbeiterfraktion nicht aus lauter Sozialisten bestehen wird — sie doch in ihrem Wirken vom sozialistischen Gedanken geleitet sein wird. Die ganze Bewegung stimmt darin überein, daß wir unsere Angriffe konzentrieren müssen auf einige der hervorragendsten Monopole, die das Leben des Volkes unermesslich machen.“ Pete Curran zählt dann auf: die Grund- und Bodenfrage; die Abschaffung der hohen Mineralabgaben an die Grundherren; Verstaatlichung der Eisenbahnen; Verkürzung der Arbeitszeit; Verhütung; schließlich die wichtigste aller Gegenwartsfragen: die Arbeitslosigkeit. „Alle diese Lösungen sind allerdings nur Palliativmittel — nur vorläufige Reformen — aber ihre Verwirklichung wird uns die Erreichung unseres Hauptzieles bedeutend erleichtern.“

Auch bei den partiellen Gemeindevahlen in der ersten Novemberwoche haben die Gewerkschaftler und die Sozialisten überall Schulter an Schulter gekämpft. In manchen Städten sahen sich deshalb die Konservativen und die Liberalen veranlaßt, ein Bündnis gegen die vereinigten Arbeiter und Sozialisten zu schließen.

Die Lage in England ist jetzt die: Wenn man von „Gewerkschaften“ spricht, so meint man tatsächlich: Selbständige Arbeiterpolitik, Sozialreform, demokratische Gesetzgebung. Das alte „reine“ Gewerkschaftswesen mit seiner politischen Gleichgültigkeit und seinen bürgerlich-politischen Dienstleistungen verschwindet, und ein neuer Abschnitt in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung beginnt. —

Die Revolution in Rußland.

Zur Agrarrevolution in Rußland.

Und wird geschrieben:

Aus Initiative der Semstwo-Statistiker und Semstwoagronomen hat im Mai dieses Jahres zum ersten Male ein Kongress der Bauern des Gouvernements Moskau stattgefunden. Dieser Kongress beschloß, es müsse ein Bauernbund für ganz Rußland gegründet werden. Mitte August fand der erste konstituierende Kongress des Bauernbundes für Gesamt-Rußland in Moskau statt. Es waren auf ihm anwesend ca. 100 Bauern aus 23 Gouvernements. Auch offizielle Vertreter der sozialdemokratischen Partei und der Partei der Sozialisten-Revolutionäre nahmen an den Verhandlungen teil. Der Kongress sandte den Brüdern-Arbeitern, die in den Städten für die politische Freiheit kämpfen, — den wärmsten Dank, und schloß sich den politischen Forderungen — der russischen Arbeiterklasse an.

In der Agrarfrage wurde der folgende Beschluß gefaßt:

1. Das Privateigentum auf Grund und Boden wird aufgehoben.
2. Die Ländereien der Klöster, der Kirchen, des Adels (d. h. der Krone) sollen konfisziert werden ohne Entschädigung.
3. Das Land der Großgrundbesitzer wird zum Teil gegen Entschädigung zum Teil ohne eine solche konfisziert.
4. Die Bedingungen, unter denen das Land der Großgrundbesitzer konfisziert werden soll, werden von der konstituierenden Versammlung festgesetzt werden.

Ueber die weitere Tätigkeit des Bauernbundes brachte die „Ressje Wremja“ vom 9. November 1905 die folgende Notiz:

Das Bureau des Bauernbundes für Gesamt-Rußland hat vom heutigen Tage an seine Tätigkeit begonnen, indem es das Material für den im Januar bevorstehenden Bauernkongress für Gesamt-Rußland vorbereitet. Das Bureau versendet Aufträge mit einem fertigen Gemeindebeschlussschema. Es wird den Bauern vorgeschlagen, diesen Gegenstand zu besprechen und darüber Gemeindebeschlüsse zu fassen. Der Entwurf empfiehlt sich auszusprechen für das allgemeine Wahlrecht mit Einschluß der Frauen, für die direkte und geheime Stimmabgabe, für die Aufhebung der Stände, für die Selbstverwaltung der Solowjowverwaltungen (Solowj ist ein Bezirk, der aus fünf bis zehn Dörfern besteht) und selbstbestimmende Bezirke, in denen Angehörige aller Stände gleichberechtigt sind, für eine Reform der Distrikt-, Gouvernements- und Provinzverwaltungen in dem Sinne, daß die Funktionen dieser Verwaltungen Semtwos übertragen werden, die auf Grundlage des allgemeinen Wahlrechtes gewählt werden, für die Ueberführung aller Ländereien, die dem Staate, Adel, den Klöstern, den Kirchen und privaten Grundbesitzern gehören, in das Eigentum des Volkes mit der Bestimmung, daß das Land nur denen zur Benutzung überlassen wird, die es mit eigener Arbeit oder mit der Arbeit ihrer Familie bebauen. Die indirekten Steuern auf Gebrauchsgüter sowie die Abgabe auf Streichhölzer, Zucker usw. müssen aufgehoben und durch die Einkommensteuer ersetzt werden. Alle Kinder beiderlei Geschlechts im Schulalter müssen Bildung auf Staatskosten erhalten. Zum Schluß wird die Befreiung aller Bauern verlangt, die infolge der Agrarunruhen gelitten haben.

Was die Bedingungen anlangt, unter denen der Grund und Boden in das Eigentum des Volkes übergeführt wird, so lassen sie nach der Ansicht des Bureaus des Bauernbundes durch die frei erwählten Vertreter des Volkes festgesetzt werden. Sie uns mitgeteilt wird, sind bereits ganze Tausende von Gemeindebeschlüssen, die im Sinne der oben dargelegten Forderungen gefaßt und mit Unterschriften versehen sind, in das Bureau aus verschiedenen Gegenden Rußlands geschickt worden.

Obige Mitteilungen sind höchst wichtig. Der Agrarunionismus steht den russischen Bauern im Wege. Die aus Zentralrußland in den letzten Tagen eintreffenden Nachrichten über Massenereignisse der Bauern zeigen, in welchem Umfang die kommunistischen Ideen in der russischen Bauernschaft vorhanden sind. Dem russischen Bauern ist der Begriff des Gemeineigentums auf Grund und Boden noch nicht fremd geworden, es sind erst einige Generationen verfloßen, seitdem der russische Grund und Boden aus Eigentum der Gemeinde in Privateigentum verwandelt wurde. Den Hauptgrund zum Gemeineland führte genau wie in England, Frankreich, Deutschland — in den letzten Jahrhunderten besonders in Ostelbien und Westelbien — der Adel aus, der die besten Ländereien in Besitz nahm. Auch bei der Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland zu Anfang der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts wurden genau wie bei der sogenannten Bauernbefreiung in Preußen vom Jahre 1810 die Bauern gründlich über 200 Jahre gehauen. Unter dieser Presserei leidet noch heute der russische Bauer sehr schwer und jetzt glaubt er, daß die Stunde gekommen sei, um zurückzunehmen, was ihm in jahrhundertelanger Knechtschaft von seinen Herren gestohlen wurde.

Könnte es je in Deutschland zu einer revolutionären Bewegung, wahrscheinlich würde diese im Osten der Elbe auch damit einsetzen, daß sie den Bauern und dem Tagelöhner das Herrenland, in erster Linie den Latifundienbesitz als Gemeinbesitz überließerte. Eine agrarische Revolution wäre in Ostelbien leichter durchzuführen, als irgend sonst wo in Deutschland. —

Peterburg, 19. November. Die Bauernunruhen nehmen zu. Im Bezirk Starni-Ostol, Gouvernements Kursk, sind 17 Landgüter geplündert und in Brand gesteckt worden. Infanterie und Kosaken sind dorthin entsandt. Die Gouvernements Kursk und Penza, wo gleichfalls Bauernunruhen vorgekommen sind, werden als im verstärkten Verteidigungsstand befindlich erklärt.

Die Herren Semstwo-Liberalen.

Moskau, 19. November. Der Kongress der Semtwos und Städte ist heute nachmittag eröffnet worden. Zum Präsidenten wurde Petruschewski gewählt, zu Vizepräsidenten Schepin und Saweljew. Vertreten waren 20 Gouvernements und 30 Städte; aus Polen waren 23 Abgeordnete erschienen. Zuerst sprach Solowin und erklärte, das Manifest vom 30. Oktober habe nicht alle Forderungen erfüllt, man müsse aber gegen die Anarchie kämpfen. Roberti sagte aus, bei den Beratungen handle es sich darum,

zu wissen, ob der Kongress die Regierung unterstützen könne und unter welchen Bedingungen. Mehrere Redner, darunter der Bürgermeister von Soratow, Remitowski, bestanden darauf, daß man Witte bei der Beruhigung des Landes helfen und alle Einzelheiten der Duma überlassen müsse. (1) Remitowski sprach von den Schrecken der Bauernruhen (2) und sagte, das Heil beruhe allein in einem Zusammengehen mit Witte. Graf Seyden sagte, es sei notwendig, daß die Regierung sich nicht in Widersprüche verwickelt. Man habe die Freiheit verkündigt und gleichzeitig den Belagerungszustand proklamiert und Generaladjutanten mit unbefristeten Vollmachten ausgesandt. Es bedürfe allerdings gegenwärtig einer starken Machterkennung, aber einer solchen, die gut und auf das Geseh gegründete sei. Solche zeitweiligen Geleise, welche die Freiheit zu verwirklichen vermöchten, seien wichtiger als die Wahlrechtsfragen, welche durch die Duma ausgearbeitet werden würden. (1) Der Vertreter der Stadt Stawropol, Abramoff, sprach sich gegen eine Besprechung mit Witte aus, da das Manifest vom 30. Oktober aufgehoben sei. Roditschew erklärte sodann, die Regierung begreife die Lage nicht und verleihe das Manifest vom 30. Oktober nicht; sie wolle nicht zugleich tatkräftig und geschäftig vorgehen. Wenn die Regierung aber einer Stütze bedürfe, so müsse man ihr helfen, doch unter der Bedingung des feierlichen Versprechens, sich von der Reaktion zu trennen. Man müsse der Regierung helfen, das grundlegende Gesetz vom 30. Oktober zu verwirklichen; aber zuvor müsse die Regierung etwas leisten, was Vertrauen zu ihr erwecken könne. Darauf wurde die Beratung auf morgen vertagt.

Die Bildung der bürgerlich-liberalen Partei.

Dorpat, 19. November. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Hier ist eine Abteilung der baltischen Konstitutionspartei in der Bildung begriffen. In ihrem heute in russischer, deutscher und estnischer Sprache veröffentlichten Programm fordert die Partei Aufrechterhaltung einer starken Staatsgewalt zur Durchführung der Reformen und zum Schutze der bürgerlichen Freiheit, ferner politische und wirtschaftliche Reformen zum Besten der arbeitenden Klassen, Armenversorgung, gerechte Besteuerung, Selbstständigkeit der städtischen und bäuerlichen Selbstverwaltungsgesellschaften, Zulassung der Landesparlamente in der autonomen Hochschule und bei den Regierungs- und Gemeinde-Institutionen.

Verhaftungen.

Warschau, 19. November. Hier sind zahlreiche Verhaftungen in den Kreisen der Intelligenz vorgenommen worden. Die Nachricht von der Erschießung der Frau Dr. Golde hat sich, wie wir auch vermuteten, erfreulicherweise als falsch herausgestellt.

Eine Pause der Sammlung.

Petersburg, 18. November. Das Komitee der Unabhängigen hat heute folgende Resolution gefaßt: Der Zustand der Petersburger Eisenbahner und der Arbeiter von Petersburg hat der Regierung bewiesen, daß die Einführung grausamer Maßregeln wie der Anwendung der Todesstrafe und der Einführung des Kriegsstandes stets in der Arbeiterklasse tätigen Widerstand finden wird. Der Zustand hat bewiesen, daß unsere Macht im Bakuin begriffen ist, so daß, wenn eines Tages das Komitee es für nötig findet, der Regierung einen entschiedenen Kampf zu bieten, wir folgen werden. Das Komitee schlägt im weiteren vor, den Ausstand am 20. November mittags zu beendigen, und fährt dann fort: Die Kameraden werden von nun an Kräfte sammeln. Wenn es für nötig befunden wird, wieder in den Ausstand zu treten, werden alle Eisenbahner zugleich und zwar solange streiken, bis alle politischen und wirtschaftlichen Forderungen von der Regierung erfüllt worden sind.

Am 19. November werden die Arbeitgeberdeputierten eine Versammlung abhalten, um über die Frage betreffend Beendigung des Ausstandes am 20. November zu beraten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. November.

Regierungsweisheit.

Die revolutionäre Gärung in Rußland, die den Zusammenbruch des Hauses Romanow nur noch als eine Frage der Zeit erscheinen läßt, beunruhigt, wie die nervöse Gereiztheit der offiziellen Blätter beweist, unsere „Regierenden“ nicht wenig. Nach außen suchen sie allerdings den Schein aufrecht zu erhalten, als wenn die russische Revolution und die durch diese geförderte österreichische Wahlrechtsbewegung sie nicht im mindesten alteriere, da des Deutschen Reiches Herrlichkeit allzu sicher fundiert sei, als daß es durch ähnliche Stürme erschütterter werden könnte. Doch wie gering auch immer ihre historischen Einsichten in die sozialen Zusammenhänge sein mögen, so oberflächlich sind sie doch nicht, daß die Leiter der deutschen Politik vermerken könnten, die neue Gestaltung der Dinge in Rußland werde ohne Einfluß auf die deutsche Arbeiterbewegung bleiben. Recht interessant ist in dieser Hinsicht eine Aeußerung der „Nordd. Allg. Zig.“ in ihrem letzten Wochen-Rückblick — nicht weil diese Auslassung etwas besonderes enthält, das nicht schon anderswo gesagt worden wäre, sondern wegen der Sintermänner des Blattes. Das offizielle Organ schreibt:

„Der Beschluß des sozialdemokratischen Parteivorstandes, dem Antrag der Breslauer Sozialdemokraten, nach welchem Straßenkundgebungen gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht veranlaßt werden sollen, nicht beizutreten, ist natürlich lediglich aus der nächsten Erwägung geboren, daß Preußen und das Deutsche Reich für die Anwendung von Mitteln, wie sie in Rußland und Oesterreich probiert worden sind, noch nicht reif genug sind. Aber: ausgeschlossen, gibt die Parteileitung zu verstehen, ist noch nicht aufgehoben. Inzwischen, denkt sie, genügt auch schon eine kleine Abschlagszahlung, bestehend in der Erklärung, der Parteivorstand erachte den Zeitpunkt für gekommen, in eine energische Agitation für die Erlangung des allgemeinen Landtagswahlrechtes einzutreten, und werde deswegen mit den vom preussischen Parteitag bezeichneten Körperschaften in Verbindung treten. Ob etwas, und was aus diesen Erwägungen herausspringt, braucht uns vorläufig weniger zu interessieren, schon jetzt aber ist klar, daß die leitenden Kreise in der Sozialdemokratie mit aller Macht eine leidenschaftliche Agitation zu entfachen suchen, deren Endziel, wie sie sich selber bewußt sein müssen, auf friedlichem Wege nicht erreicht werden kann. Immer wieder kommt in der sozialdemokratischen Presse das Gefühl oder der Gedanke zum Ausdruck, daß die revolutionäre Bewegung in Rußland unausbleiblich eine Nachwirkung auch in Deutschland ausüben müsse, und daß die Zeit für Massen-demonstrationen, wenn sie auch jetzt noch nicht gekommen sei, doch nicht mehr lange auf sich warten lassen werde. Diese durch die russische Revolution in den Köpfen der deutschen Sozialdemokraten genährte Zuversicht ist unverkennbar ein Moment, das selber schon den inneren Frieden gefährdet, indem es der Agitation gegen das bestehende Verfassungsrecht eine neue Schärfe verleiht und die Sprache der sozialdemokratischen Demagogie zu einer Leidenschaft steigert, die unter Umständen recht bedenkliche Folgen zeitigen könnte. Wenn z. B. der „Vorwärts“ erklärt, daß die

durch die Verfassung der Reform des preussischen Landtagswahlrechtes geschaffene Lage nach der Gewährung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Rußland, Oesterreich und Ungarn schlechweg unerträglich sein werde, oder wenn die Erfurter „Tribüne“ nochmals ausruft: „Nun sind wir an der Reihe“ und verkündet, daß nun, da in Rußland und Oesterreich allgemeines Wahlrecht erkämpft werde, „auch wir in Preußen um die Schmach, durch ein Selbstsach-Dreiklassenwahlrecht“ unterdrückt zu sein, nicht mehr lange gefallen lassen“, so können solche Aeußerungen nur zu leicht eine überheizte Stimmung in den Massen und eine grundverlethene Auffassung von der Macht und den Aussichten der sozialdemokratischen Bewegung erzeugen. Um so mehr ist angesichts solcher bedenklicher Erscheinungen ein geschlossenes Zusammenhalten aller bürgerlichen Elemente erforderlich, damit heizenden der Sozialdemokratie, deren Uebermut sonst ohne Grenzen wäre, zu Gemüthe geführt wird, daß ihre Bäume noch lange nicht in den Himmel wachsen.“

Das offiziöse Blatt hat ganz richtig aus dem Beschluß des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei herausgelesen, daß diese keineswegs für alle Zukunft auf Straßenkundgebungen zu verzichten gedenkt. Es beweist damit immerhin ein besseres Verständnis als einige nationalliberale und konservative Blätter. Aufgehoben ist tatsächlich nicht aufgehoben. Unter Umständen hat auch eine dilatorische Politik ihre Berechtigung und ihre Vorzüge, zumal in Zeiten, wie die jetzigen, wo die Regierung im Dienst gewisser Gruppen sich bereit zeigt, nicht nur ihre erfolggekrönte, immer neue Geld- und Menschenopfer fordernde Kolonialpolitik noch weiter auszudehnen, sondern zugleich eine gewaltige Kampfflotte zu schaffen und zum Zweck der Erreichung dieses hehren Zieles neue Hunderte von Millionen Mark aus der ausbeuteten, unter einer durch Zoll und Grenzsperrn künstlich aufrecht erhaltenen Lebensmittelfeuerung schwebenden Volksmasse herauszupressen. Wo die Regierung ohne Rücksicht auf das am östlichen Horizont in Flammen schreitende Renetel eine derartige die Volksmasse provozierende Klassenpolitik treibt, eine die Volksleidenschaft aufs äußerste aufschauende Agitation gegen sich selbst, da wäre es eine Torheit, wollten wir ihr ihre schönen Zirkel und ihre Selbstdiskreditierung voreilig stören. —

Eine politische Geschmackverirrung.

Das „befreite“, „rebellische“ Norwegen hat also glücklich seinen Karl heimgeführt, die „herrenlose Zeit“ ist vorbei, der neue Landesvater zieht nach der verwaisten Residenz, mit ihm neue Steuer- und Militärverträge. — Toaste werden ausgebracht, Trübchen geschwenkt, Tränen vergossen, — eine holdselige Heime des nordischen Niesenreiches Rußland eigentümlich genug andnimmt. Während das russische Proletariat und mit ihm bereits auch das Bauerntum mit derben Häuten seinem angestemmten Gottesgnadentum die Rippen zählt, beist sich das norwegische Volk, kaum daß es einen Landesvater zur Tür hinauskomplimentiert hat, sich aus freien Stücken schleunigst durch das Fenster einen anderen zu holen. Welch schöne Gelegenheit ist das für politische Kannegießer, mit erhobenem Finger tieffinnige Betrachtungen darüber anzustellen, daß ja, „wie man sehe“, „das Volk“ durchaus für die Republik noch nicht reif sei; habe es doch sogar in dem freien Norwegen aus eigener Wahl und Machtvollkommenheit die republikanische Staatsform abgelehnt und sich wohlweislich unter die sanfte Gut eines geliebten Monarchen gesüßelt!

Nun, wer aus der seltsamen politischen Geschmackverirrung der norwegischen Volksmehrheit etwa auf die Ausfallslosigkeit und den Utopismus der republikanischen Lösung in Rußland und anderwärts schließen wollte, würde damit nur beweisen, daß er überhaupt den eigentlichen Sinn des jüngsten norwegischen Coup d'état, der nordischen „Staatsumwälzung“ nicht begriffen hat. Die ganze „Krise“ spielte von vornherein gar nicht auf dem Boden des monarchischen oder republikanischen, überhaupt eines politischen Prinzips, sondern auf dem nationalen Boden. Nicht den König hatten die braven Norweger zum Tempel hinausgejagt, sondern den Schweden, und Leute, die für die grandiosen sozialen und politischen Umwälzungen im Schöße des heutigen Rußland kein Auge haben, hatten hier als eine „Revolution“ ausgeprochen, was höchstens ein Coup de Rauspassantier „Coup d'état en province“, ein operettenhafter Szenenwechsel in Archimbold war. Das bäuerliche, in seinem ganzen Ausriß kleinstädtische Norwegen hatte an echte Revolution nicht im Traume gedacht, und das wiederum, mit eht bäuerlicher Bedächtigkeit und Hartköpfigkeit seinen Landesvater „auswächselnde“ Völklein hat sich wohl selbst verlegen hinter den Ohren gekräft, als es so plötzlich von den sensationshaschenden Schwärmern der europäischen Presse als hochgefährlicher „Umstürzler“ begofft, abgefaßt und unjocht wurde. Ein Vergleich zwischen dem alten Verfassungslande Norwegen, das auf die Brautschau nach Monarchen ausging, und dem „rückständigen“ Rußland, das den zarischen Thron in Stille schlägt und laut nach einer Republik ruft, ist eben wieder ein frappanter Beleg für die Lehre des historischen Materialismus, daß nicht die politischen Formen, sondern die materiellen Machtverhältnisse eines Landes, nicht das Blatt Papier, genannt Verfassung, sondern die soziale Zusammenfassung, die Klassenverhältnisse über den fortgeschrittenen oder rückständigen Charakter des Landes entscheiden. Das modernkapitalistische Rußland mit seinen kolossalen, wenn auch auf enormer Bodenschätze zerstreuten Zentren der Großindustrie hat sogar unter der Fiedede des Absolutismus so revolutionäre moderne Kräfte in seinem Schöße erzeugt, daß es für eine politische Umwälzung, für eine echte Revolution und sogar für die republikanische Lösung reifer ist als irgend ein kleinstädtischer schläfriger „Rechtsstaat“ des Westens.

Hebrigen ist der jüngste „Triumph“ des Monarchismus in Norwegen ein derartiger, daß wir ihn unseren Kreuzrittern „mit Gott für König und Vaterland“ von Herzen gönnen, und es ist für uns sehr amüsant zu beobachten, mit wie genuinem Gefühlen unsere Schildknappen des Gottesgnadentums den anscheinend so glänzenden Sieg ihres Lieblingsprinzips anstoßen. Man denke: ein ganzes Volk hat die freie Wahl zwischen Republik und Monarchie und es eilt in die liebenden Arme eines freigewählten Souveräns! Ist das nicht ein erquickendes Schauspiel in den heutigen Zeitläuften des Anglaubens, der Sittenverderbnis und der Umstürzleber? Aber ach, diese schöne Blüte birgt einen häßlichen Wurm. Denn einmal ist die Gutmütigkeit, mit der die Norweger bei dem Königtum zu verbleiben beschlossen, selbst bloß ein Ergebnis und zugleich ein Beweis dafür, daß dieses Königtum in Norwegen eben mehr ein dekoratives Stück des Haushalts ist, denn eine wirkliche Macht nach Art der preussisch-deutschen Monarchie. Ferner aber und vor allem: welche tiefe Kränkung für das absolute Prinzip des Gottesgnadentums liegt gerade darin, daß der „Vödel“ wagt, es sich so gutmütig selbst, aus eigener Souveränität, durch eigenen Macht-spruch zu wählen. Welche Verhöhnung, ja welche Majestäts-beleidigung liegt in der That, daß sich ein ganzes Volk heranschnimmt, seine Landesväter fortzuschicken und wieder ins Haus zu nehmen, als wenn es sich um — Hausdiener handelte. Der ganze Heiligenschein des Gottesgnadentums geht ja bei dieser frechen Annahmung stöten. Das Prinzip des Monarchismus hat durch die Verungung des neuen norwegischen Königs entschieden einen härteren Stoß erlitten, als es durch den Uebergang Norwegens zu republikanischer Verfassung erlitten hätte, und wir sind sicher: die erlauchten gekrönten Kollegen der neugeborenen Majestät werden an dem mit dem Wale der Volkswahl behafteten „Neben Better“ ungefähr so wenig Freude haben, wie sie aus dem letzten absoluten Souverän Europas — dem Fürsten Ranaco Trost für den Zusammenbruch der russischen Alleinherrschaft schöpfen. . . .

Die spähhafte Geschichte hat indes eine durchaus ernste und traurige Seite: wie der Telegraph meldet, haben die vier sozial-

demokratischen Abgeordneten im norwegischen Storting zusammen mit den bürgerlichen für die Königs-wahl gestimmt. Die Sozialdemokratie ist grundsätzlich eine republikanische Partei und eine derartige direkte Abstimmung bildet einen internationalen Skandal.

Die norwegischen Genossen begründeten ihr seltsames Votum anscheinend damit, daß die Mehrheit des Volkes sich in der Abstimmung für die Monarchie ausgesprochen hätte. Die Sozialdemokratie hat aber nicht zur Aufgabe, der jeweiligen gegebenen „Majorität“ des Volkes, entgegen den eigenen Grundfragen, nach dem Munde zu reden, sondern diese Majorität aufzuklären, ihren Willen erst zu gestalten, und zwar durch die offene und feste Vertretung und Betonung der eigenen Grundfragen. Wollten wir uns einmal auf den Boden der unbedingten Anerkennung des jeweiligen Willens der Volksmehrheit begeben und uns in unserem eigenen Verhalten von ihm bestimmen lassen, dann könnten wir überhaupt mit unserem Programm, mit dem Sozialismus einpacken. Denn die Mehrheit des Volkes ist unter der geistigen und politischen Herrschaft der Bourgeoisie nirgends sozialistisch und wird es eben nicht, bis sie durch uns auf-gelklärt wird. Die erste Bedingung dieser Aufklärung ist aber das unentwegte Festhalten an den eigenen Prinzipien. Die Faktion unserer norwegischen Bruderpartei ist offenbar auf eine solche Auslegung des demokratischen Prinzips hereingefallen. Das blinde Schmeicheln dem Willen der unangeführten Volksmasse gegen die eigene Ueberzeugung ist aber nicht Demokratie, sondern ihr direktes Gegenteil, nämlich — Demagogentum.

Wahldemonstrationen in Sachsen.

Am Sonnabend und Sonntag haben in einer Reihe sächsischer Ortschaften die großen Wahlrechtsdemonstrationen stattgefunden, zu denen die sozialdemokratische Landesorganisation aufgerufen hatte. Wir veröffentlichen vorläufig die Berichte aus den beiden größten Städten Sachsens, aus Dresden und Leipzig:

Dresden, den 19. November. (Fig. Ver.)

Die vom sozialdemokratischen Zentralkomitee und den vier Agitationskomitees Sachsens eingeleitete Demonstration gegen das Dreiklassenwahlrecht hat am Sonnabend mit voller Macht in Dresden und dessen nächster Umgebung eingesetzt. Im Stadtgebiet fanden sechs Versammlungen in den größten Sälen statt, die so massenhaft besucht waren, daß sie fast alle polizeilich gesperrt waren und viele hunderte keinen Eintritt finden konnten. Es sprachen im Trianon (2000 Personen) Bied, in den Blumenfälen (2200) Fleißner, in der Reichskrone (2000) Gradnauer, bei Wexle (1200) Edm. Fischer, im Dreikaiserhof (1800) Siedermann, Sächsischer Prinz (1000) Dunter. Außerdem fanden in den nächsten Vororten neun große Versammlungen statt, die mindestens von 10000 Personen besucht waren, so daß in Dresden und Umgebung am Sonnabendabend in 15 Versammlungen über 20000 Personen für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht demonstrierten. Das begeisterte an diesen Versammlungen aber war die Stimmung, die in ihnen herrschte, eine hoffnungsvolle Kampfstimmung. Wenn die Referenten von der Anwendung „anderer Mittel“ sprachen, drachen Volksstürme los.

Die Polizei hielt sich reserviert. Soweit bekannt, sind durch sie nirgends Zwischenfälle veranlaßt worden, obwohl die Referenten aus ihrem Herzen keine Würdegrube mochten. Welche Bedeutung die „Regierenden“ dieser Wahlrechtsdemonstration bemessen, geht auch daraus hervor, daß im Stadtbezirk Dresden die Mannschaften aller Militär-Wachkommandos am Sonnabendabend je 40 Patronen bekamen, und daß die Soldaten Befehl hatten, in der Kaserne zu bleiben. Man sah infolgedessen keinen Soldaten in der Stadt. — Seit vielen Jahren hat Dresden eine derartige Demonstration nicht gesehen. Genosse Goldstein hat einen trefflichen Standpunkt, wenn in nächster Woche im Landtag eine Wahlrechts-Interpellation zur Vernehmung kommt.

Am 11. Oktober erließ das Zentralkomitee seinen Aufruf, und für den 19., 20. und 21. Oktober bereit waren in ganz Sachsen etwa 180 Wahlrechtsversammlungen angezeigt, davon im Dresdener Agitationsbezirk circa 40, im Chemnitzer 42. Bis in die entferntesten Winkel der Lausitz, des Vogtlandes und des Erzgebirges war mobil gemacht.

In allen Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Es heißt darin: „Die Versammlung fordert im Namen aller sächsischen berechtigten Dreiklassenwähler unter allen Umständen die Durchführung einer Wahlreform nach in diesem Landtage. Und zwar fordert das sächsische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts unter Anwendung des Proportionalsystems. . . . Die Verhinderung der Wahlreform muß vom Volke als ein neuer Schlag gegen seine wichtigsten Lebensinteressen empfunden werden. Trägt man nicht endlich dem Verlangen nach Wahlreformer Rechnung, dann wird das Volk andere Maßregeln auch in Sachsen ergreifen müssen, um sich Gehör zu verschaffen.“

Leipzig, den 19. November. (Fig. Ver.)

Die Genossen des zwölften und dreizehnten sächsischen Landtagswahlkreises hatten für Sonntag vormittag fünf große Demonstrationenveranstaltungen eiderufen, die sich in ihrer Gesamtheit und in ihrem Verlaufe zu einer machtvollen Kundgebung des Leipziger Proletariats gestalteten. Wer vormittags in der zehnten Stunde der inneren Stadt zustrebte, der konnte schon am Straßenbilde erkennen, daß sich etwas Besonderes vorbereitete. Aus allen Ecken der Stadt zogen hunderte und Aberhunderte von Arbeitern und Arbeiterfrauen zu den im Zentrum belegenen Versammlungsorten, in ununterbrochener Reihenfolge brachten die Straßenbahnzüge die Scharen der Demonstranten aus den Vororten heran. Mit ihnen zugleich strömten zu Fuß und auf der elektrischen Bahn zahllose Zuschauende aus allen Kreisen ihrem Hauptquartiere, dem Gebäude der Polizeidirektion auf der Mäckerstraße zu. Vertikale Schutzmannspatrouillen durchstreiften die Straßen, überall leuchteten die weißen Helmspitzen. Besonders in der Umgebung der Versammlungsorte, für die das Volksbad, das Zentraltheater, das Sanssouci, das Pantheon und der Rudwiger-Schloßkeller ausdienten waren, häuften sich die Polizeiposten. Lange vor Beginn der Versammlungen waren die Säle bis auf den letzten Platz besetzt und auf polizeiliche Anordnung abgeperrt. Wohl an achttausend Menschen lauerten hier, in der qualvollen Enge standhaft aushaltend, den Ausführungen der Referenten, die in scharfen Worten das zweifelhafte Verhalten der Regierung und der reaktionären Dreiklassen-Bourgeoisie der Wahlrechtsfrage gegenüber geißelten und erklärten, daß die sächsische Arbeiterklasse nicht eher ruhen werde, als bis ihrer gerechten Forderung nach dem allgemeinen gleichen und freien Wahlrecht auch für den sächsischen Landtag die volle Erfüllung geworden. Unter brausendem Beifall wurden die den Versammelten vorgelegten Resolutionen angenommen.

Draußen aber auf den Straßen vor den Versammlungsorten wogten viele Hunderte von Ausgesperrten hin und her, die den Schluß der Tagungen erwarteten. Besonders stark waren die Ansammlungen vor dem Zentraltheater und dem Sanssouci, die ganz nahe beieinander fast im Mittelpunkte der Stadt gelegen sind. Endlich öffneten sich die verschlossenen Türen und heraus strömten schier unanschauliche Mengen. Da auf einmal — kein Mensch weicht, wer sie zuerst gegeben — geht die Lösung von Munde zu Mund: Nach dem Augustusplatz! Einer sagt es dem andern, und ruhig, wie selbstverständlich, wälzt sich der schwarze Menschenstrom durch die Hauptstraßen hin zum Augustusplatz. Von allen Seiten ziehen sie heran, die demonstrierenden Arbeiterbataillone, sie stürzen sich um den Sammelbrunnen, der sich in der Mitte des Platzes erhebt, sie besetzen die breiten Terrassen der sächsischen Gemäldegalerie. Und bald ist die eine Hälfte des Platzes, eines der größten und schönsten in ganz Deutschland, mit demonstrierenden Arbeitern

Wie bedekt. Nur ein kleines Polizeipostamt ist zur Stelle. Tiefes Ernst und eine gewisse Spannung spricht aus den Gesichtern der nun auf mehr als zehntausend angewachsenen Menge.

Da biegen zwei Säulmannabteilungen, die wohl von den östlichen Versammlungsorten kommen, in den Promenadenring ein, in geschlossenen Reihen marschieren sie am Augustusplatz vorbei, hinter ihnen her aber ergießt sich die von Minute zu Minute wachsende Masse der Wahlrechtsforderer. Auf dem Königsplatz kommt wieder neuer Zugang: mehrere Tausend, die im und am Volkshaus sich gesammelt hatten. Vor ihnen her marschiert eine Reihe Schulleute. Als sie am Hauptzuge angelangt sind, schwenken die Polizisten ab, und ungehindert vereinigen sich die beiden Menschenströme. Nun geht es ohne Störung weiter, vorüber am neuen Rathaus. Immer neue Mengen drängen von oben nach, als wolle der Strom kein Ende nehmen.

Auf der Promenade ging es weiter, zum russischen Konsulat. Einen Augenblick kommt der Zug ins Stehen. Von einem Sandhaufen herab richtet ein Genosse anfeuernde Worte an die Masse, und: Hoch das freie Wahlrecht! Heraus mit dem Wahlrecht! ertönt es aus vielen Tausenden Rehlen. Mund um die Promenade herum kam der Zug wieder zum Augustusplatz und bog in die Poststraße ein. Hier befindet sich im Hause der „Königlichen Leipziger Zeitung“ das österreichisch-ungarische Konsulat. Abermals erschollen die Wahlrechtsrufe, mit denen die Leipziger Proletarier ihre Kampfgenossen von der Moldau und der Donau grüßten.

Wie bisher von Schulleuten getreulich geleitet, zog man noch die Dresdener Straße hinab vor die Wohnung des Oberbürgermeisters. Hier hielt wieder einer der Führer eine kurze Ansprache. Der Oberbürgermeister habe einmal gesagt, wer sein Recht nicht zu erkämpfen wisse, der verdiene nicht, ein Mensch zu sein. Die schäbische Arbeiterschaft habe heute den ersten Schritt getan, um ihr Recht zu erkämpfen, und sie werde nicht ruhen, bis es errungen sei. Zum letzten Male erschollen die Rufe zu den Fenstern hinauf, dann zerstreute sich die Menge mit derselben Ruhe, die sie bisher bewahrt hatte.

Deutsches Reich.

Die Parteien und die Flottenvorlage.

Die bürgerliche Presse bietet auch heute noch das selbe Bild: die Flottenschwärmer erklären die Flottenvorlage für unzulänglich und Zentrum und Freisinn sammeln nur einige hüßliche Redensarten. Die „Berliner Neueste Nachrichten“ haben leider nur zu recht, wenn sie behaupten:

„Der Eindruck der Flottenvorlage ist nach den bisher vorliegenden Drehstimmen noch nicht präzis zu fassen, doch ist er insofern günstig, als kein größeres Parteiorgan, den „Vorwärts“ ausgenommen, diese bescheidenen Forderungen ablehnen will.“

Ueberaus anmutig wirkt es, Herrn Bruhns und Herrn Roffe, „Staatsbürger-Ztg.“ und „Berliner Tageblatt“, gemeinsam einen Flottencanon ausführen zu sehen. Die „Staatsbürger-Ztg.“ stöhnt:

„Die Flottenvorlage ist kläglich. Schlapp, schlapp!“

Und an anderer Stelle schreibt das Blatt:

„Und wie sieht nun das feierlichst angekündigte Werk des Hoon der Marine aus? Ein großer Aufwand nämlich ward betan. Was Herr v. Tirpitz fordert, ist so gut wie nichts. Arbeiten wir uns aber durch das ganze Werk hindurch, vergleichen wir die neue Vorlage mit dem Gesetz vom Jahre 1900, so kommen wir zu dem Ergebnis: Was Herr v. Tirpitz fordert, ist keine Verstärkung unserer Wehrkraft zur See, es wird vielmehr fortgeschwächt.“

Im „Messe-Blatt“ tönt das holde Echo:

„Nur wenn die Regierung nachweist, daß ein rascherer Ausbau nach der Leistungsfähigkeit unserer Werkstätten unmöglich ist, wird man sich wohl oder übel beschließen müssen. Nach der ganzen politischen Lage aber würde man alles daransetzen müssen, uns so rasch wie möglich eine wertvolle Flotte zu schaffen. Nur keine halben Maßregeln! Entweder gar keine Flotte oder eine ordentliche.“

Offenlich werden die freisinnigen Wadenstrümpfer nun wenigstens aus Flottensollern gegen die Vorlage stimmen!

Das Urteil der „Staatsbürger-Ztg.“ über die Flottenvorlage paßt weit besser auf die Haltung der linksfreisinnigen Presse, sie ist in der Tat „Schlapp, schlapp“!

So erschöpft sich bis jetzt die ganze Kritik der „Freien Deutschen Presse“ in dem nichtssagenden Sätzen:

„Ueber den Inhalt der neuen Flottenpläne haben wir bereits in der gestrigen Nummer Mitteilung gemacht. Schon eine summarische Prüfung der Vorlagen ergibt, daß es sich hierbei nicht um eine einzelne große Frage handelt, sondern um eine große Summe von einander unabhängigen Einzelfragen von ganz verschiedener Bedeutung, zu denen man daher auch in verschiedener Weise Stellung nehmen kann.“

Wie man dazu Stellung nehmen kann, wird einstweilen vorfichtigweise nicht verraten. „Man wagt es nicht.“

Die „Presl. Ztg.“ nimmt ebensovwenig Stellung. Sie betont lediglich, daß erst die Deckungsfrage erledigt sein müsse. An Ablehnung denkt also auch sie nicht.

Die „Frankf. Ztg.“ warnt nur vor einem „extremen Beitritt“, zu dem „etliche Heißsporne“ die Regierung zu provozieren suchten. Gegen ein „verständiges Innehalten“ erträglichster Grenzen“ hat auch dies demokratische Organ nichts einzuwenden. Die Storz und Eichhoff können also schon jetzt als Sieger gelten! —

Der antisemitisch-freisinnige Wahlsieg.

Das endgültige Wahlergebnis in Eisenach ergab für den Antisemiten Schack 10 392, für den Genossen Heber 8748 Stimmen. Schack hat also in der Stichwahl 6347 Stimmen mehr erhalten als bei der Hauptwahl, während der sozialdemokratische Stimmenzuwachs nur 1862 Stimmen beträgt. Da bei der Hauptwahl für Antisemiten, Nationalliberale und Zentrum zusammen nur 7839 Stimmen abgegeben wurden, müssen sich unter den 2558 Stimmen, die Schack bei der Stichwahl noch darüber hinaus auf sich vereinigte, zahlreiche freisinnige Stimmen befunden haben. Die Sozialdemokratie, die 913 Stimmen mehr erhielt, als bei der Stichwahl im Jahre 1903, ist also höchst ehrenvoll dem bündlerisch-antisemitisch-nationalliberal-ultramontan-freisinnigen Wahlsieg erlegen!

Die Wahlunterstützung des Freisinn wird dem auch von der antisemitischen Presse dankend quittiert. So schreibt die „Deutsche Ztg.“:

„Selbst wenn man diese Ziffern haben und drüben um 300 bis 500 Stimmen steigert und mindert, bleibt also bestehen, daß ein Teil des freisinnigen Bürgertums der Stichwahlparole der Partei nicht gefolgt ist. . . . Auf die 39 032 Häufigen Wähler des Wahlkreises trifft wirklich jene erfreuliche Feststellung laut Ausweis der Einzelziffern, die uns als Eisenach bereits übermittelte wurden, nicht zu aber doch für einen großen Teil der freisinnigen unter den 35 024 ländlichen Bewohnern des Wahlkreises. Wir können schon jetzt mehrere ländliche Wahlorte feststellen, wo alle freisinnigen Stimmen auf Schack übergegangen sind.“

Und die, wie sie sich in ihrem Unterfittel selbst nennt, „unbestechlich böllische“ „Deutsche Schwacht“ triumphiert:

„Die freisinnigen Vertreter sahen, daß ihre eigenen Namen ihnen nicht mehr gebühren.“

Die Vorwürfe der antisemitischen Blätter gegen die freisinnige Parteileitung sind nicht etwa so zu verstehen, als ob diese zur Unterstützung des sozialdemokratischen Kandidaten aufgefordert habe. Das ist bekanntlich nicht geschehen; die freisinnige Parole empfahl lediglich Stimmhaltung.

Die „Voss. Ztg.“ hatte bekanntlich behauptet, der wüßte „Terrorismus“ der Eisenacher Sozialdemokraten habe die Freisinnigen in das Lager der Brotwucherer getrieben. Wie aus dem Jital der „Deutschen Ztg.“ ersichtlich, hat dieser „Terrorismus“ wenigstens den Eisenacher Freisinn vor der Schmach des Eintretens für den Antisemiten bewahrt. Auch dies Faktum beleuchtet dräuslich die schäbige Verleumdertaktik des edelen Freisinnorgans! —

Das Zentrum als Anwalt der freien Gewerkschaften.

Die „Germania“ beschäftigt sich in einem langen Artikel mit dem bekannnten Elaborat des „Correspondenzblattes der Generalkommission“. Nachdem das führende Zentrumblatt auseinandergesetzt, daß durch das in Jena angenommene Organisationsstatut der Verlust gemacht worden sei, „die sämtlichen „freien“ Gewerkschaften der Diktatur und dem Steuerexekutor der politischen Sozialdemokratie zu unterwerfen“ und nachdem Herr Reihäuser wegen seines „Schimmers von Freiheitsgefühl“ einige Komplimente erhalten, richtet es folgenden Appell an die Gewerkschaften:

„Die sozialdemokratischen Gewerkschaften aber wissen, was sie von der Autokratie der systematisch vordringenden Oberleitung der politischen Sozialdemokratie zu erwarten haben. Das bezeugen ihre bisherigen Auslassungen. Aber nicht mit Worten allein ist dieser Kompetenzkonflikt auszufechten, sondern mit Taten. Und da wird unserer Voraussicht nach die ganze sozialdemokratische Gewerkschaft verlagert. Im Zentrum Vebels, dem die Sozialdemokratie nach den Jener Beschlüssen vollständig unterworfen ist, kann es keine Autonomie der Gewerkschaften mehr geben. Alle scheinbare Opposition dagegen ist nur noch ein Blendwerk für die Augen gutgläubiger „Genossen“, demselben den Glauben an eine Neutralität der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu erhalten, den Regierung selbst einen „häßlichen und widerlichen Traum“ nennt.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben es nunmehr selbst in der Hand, ihre Worte in Taten umzusetzen, oder aber von der ganzen Welt sich als die Aulis der politischen Sozialdemokratie zu entpuppen.“

Die „Germania“ hätte entschieden klüger gehandelt, wenn sie ihre sehnlichsten Herzenwünsche nicht so offen ausgeplaudert hätte. Ganz abgesehen davon, daß gerade das Zentrum als Anwalt der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit die denkbar unglücklichste Figur macht — etwas Angelegteres läßt sich gar nicht denken, als einige Gewerkschaftsführer gegen die Massen der Arbeiterschaft auszuspielen zu wollen!

Die „Germania“ befindet sich offenbar noch immer in totalster Verstandeslosigkeit gegenüber der modernen Arbeiterbewegung. Sie scheint sich einzubilden, daß die sozialdemokratische Partei ebenso durch ein paar Hundert politischer Führer verkörpert werde, wie andererseits die 2/3 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter von einer kleinen Anzahl Gewerkschaftsbeamter repräsentiert werden. Ihr komisches Mißverständnis rührt daher, daß sich in der modernen Arbeiterbewegung zwei äußerlich verschiedene Formen der Vertretung herausgebildet haben: die politische Partei und die Gewerkschaften. Daß beide Organisationen in Bestrebungen und Zielen völlig wesenstheils sind und nach der ganzen sozialen und politischen Entwicklung in Deutschland sein müssen, diesen kleinen Umstand läßt das Zentrumsbild ganz außer Rechnung!

Es ist freilich verständlich, daß eine bürgerliche Partei wie das Zentrum nicht zu lapieren vermag, daß es in einem demokratischen Organismus, wie ihn die moderne Arbeiterbewegung darstellt, eine Autokratie platterdings nicht geben kann. Weder innerhalb unserer Gewerkschaften noch innerhalb der sozialdemokratischen Partei vermag jemals ein Kreis von „Führern“ die Marschroute militärisch zu bestimmen. Jeder solcher „Staatsstreichversuch“ würde alsbald durch die Rebellion der Massen durchkreuzt werden. Die Spekulation der „Germania“ ist deshalb ebenso thöricht, wie ihr Mittel, die Gewerkschaften gegen die Partei — die doch ihre Partei ist! — aufzuheben, abgeschmackt ist! —

Konto K.-Interpellation. Das Zentrum gedenkt die Kirchliche Kirchenbau-Angelegenheit im preussischen Abgeordnetenhaus zur Sprache zu bringen, wie die „Köln. Volkszeitung“ angibt, aus rechtlichen Interessen — weit wahrscheinlicher aber, weil es auf eine Erörterung rechnet, die geeignet ist, gewisse Berliner protestantische Eliten zu diskreditieren. So leicht sich die Gelehrten und Geschichtsklittern zusammensuchen, wenn es gilt, dem Volle die Religion zu erhalten, so ergreift doch jede Partei gern die Gelegenheit, den anderen Bruder Christu bloßzustellen. Das rheinische Blatt ländigt an:

Wir haben bereits die Notwendigkeit eines erneuten oder erweiterten Strafverfahrens betont, denn es kann doch unmöglich ununtersucht bleiben, wo die verschwandenen, für den Kirchenbauverein bestimmten 325 000 M. geblieben sind. Sollte die Einleitung eines solchen Strafverfahrens unterbleiben, so mühte in der nächsten Session des Abgeordnetenhauses unbedingt der Justizminister darüber interpelliert werden. Es handelt sich hier nicht nur um finanzielle protestantische kirchliche Interessen, sondern auch um eine Rechtsfrage von allergrößter Bedeutung, deren Erledigung niemand gleichgültig sein kann, der für irgend einen wohlthätigen Zweck Geld spendet. Außerdem darf die Meinung im Volle nicht aufkommen, daß unter Umständen eine so große Summe verschwinden kann ohne Ermittlung und eventuelle Abänderung der Verordnungen, welche dies ermöglichten. —

Angenehme Ausflüchte.

Zu der Marinekatastrophe in Kiel spenden die „Berl. Neuest. Nachr.“ einen eigenartigen Trost. Sie betonen, daß überall da, wo die Vorbereitung auf den Krieg wirklich mit Ernst und unter Anwendung möglichst kriegsmäßiger Mittel gehandhabt wird, Verluste bei den Friedensübungen nie ganz vermieden werden können“. Habe doch z. B. England innerhalb der letzten fünf Jahre nicht weniger als fünf Torpedobootzerstörer verloren, während eine noch größere Anzahl von Zerstörern erhebliche Beschädigungen erlitten haben. Von solchen Verlusten verschont geblieben sei nur die russische Marine, deren Torpedoflotte aber auch im ostasiatischen Kriege nicht das geringste gelitten habe.

Das heißt also, daß wir künftig mit solchen Torpedobootkatastrophen als etwas Unvermeidlichem zu rechnen haben werden! Das bekannte Wort: navigare necesse est, vivere non est (die Schifffahrt ist notwendig, das Leben nicht), gewinnt dadurch eine sehr erbauliche Bedeutung! —

Die neue Tabaksteuervorlage. Die „Süddeutsche Tabakztg.“ bringt in ihrer letzten Nummer einen Vergleich der geplanten Tabaksteuervorlage mit den bisher geltenden. Danach ergeben sich folgende Erhöhungen:

Inlandsteuer	von 45 auf 63 M. per Doppel-Zir.
Holl auf Schneidtabak	85 „ 110 „ „ „
Holl auf Zigarrentabak	85 „ 125 „ „ „
Holl auf Auslandszigarren	270 „ 700 „ „ „
Holl auf Auslandszigaretten	270 „ 800 „ „ „
Zigarettenpapierstempel	2 „ 1000 Blatt.

Reichsinvalidenfonds. Dem Bundesrat ist eine Vorlage zu weiterer Sonderung des Reichsinvalidenfonds zugegangen. Wie die „Berl. Polit. Nachr.“ mitteilen, soll eine weitere jährliche Entlastung des Fonds um 8,6 Millionen Mark erfolgen. Würde die Vorlage, die natürlich noch der Zustimmung des Reichstages bedarf, angenommen werden, so würde damit eine Entlastung des Fonds um jährlich 22,6 Millionen Mark eintreten.

Schönstedt noch Insignifikanter? Der Kaiser soll am Sonntag in Kiel den Oberlandesgerichtspräsidenten Veseleer, den mitnahelichen Nachfolger Schönstedts empfangen haben. Der „Reichsanzeiger“ und die „Nordd. Allg. Ztg.“ berichten über Einreichung oder Genehmigung eines justizministeriellen Abschiedsgesuches noch immer nichts. —

Hendrik Witboi gefallen!

General v. Trotha meldet: Nach Mitteilung des Kapitäns Christian Goliath aus Verleba ist Hendrik Witboi beim Ueberfall eines Verpflegungswagens bei Fahlgras am 20. Oktober durch einen schweren Schuß in den Oberarm verwundet worden, hat am 2. November die Wahl seines Sohnes Samuel Jsaal zum Kapitän veranlaßt und ist am 3. November infolge der Verwundung gestorben. Nachdem Goliath mit nochmaliger, sicherer Feststellung beauftragt war, meldete er: „Tod hat sich bestätigt; Sohn Jsaal führt jetzt die Kapitänshafte.“ Der erwähnte Ueberfall hat 7 Kilometer westlich von Fahlgras auf einen Proviantwagen der 3. Batterie stattgefunden.

Die „Deutsche Tagesztg.“ hofft, daß man jetzt mit den Hottentotten wohl rasch fertig werden dürfte. Mozenga sei Witboi zwar militärisch weit überlegen, allein der große Hottentottenführer habe doch das größte Ansehen genossen. Diese Hoffnung dürfte sich sicher nicht bestätigen. Die „Nat.-Ztg.“ meint dem auch: „An der Kriegslage im Groß-Kamalande dürfte Hendriks Tod aber vorläufig wenig ändern. Der Guerillakrieg wird dort bei den haltlosen Terrain- und Wasserverhältnissen noch lange dauern.“ —

Die Inkereien der „Jenaischen Zeitung“. Genosse Jubelil ersucht uns um Veröffentlichung folgender Zuschrift:

„In der Nummer 272 des „Vorwärts“ vom Sonntag, den 14. d. Mts. ist ein Artikel enthalten mit der Ueberschrift Reichstagsabgeordneter Vebel und die „Jen. Ztg.“ In diesem Artikel wird von den Gewährsmännern der „Jenaischen Zeitung“ neben den Namen anderer Parteigenossen auch meiner genannt mit der Behauptung, daß ich am 20. oder 21. September abends zwischen 8 und 9 Uhr im Hotel Kaiserhof anwesend gewesen sei. Ich erkläre diese Behauptung der beiden Gewährsmänner der „Jenaischen Zeitung“ als elende Verleumdung, da ich während der Jener Tagung nicht ein einziges Mal das Hotel Kaiserhof betreten habe.“

H. Jubelil

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Alle Räder sehen still!

Am 28. November wird das Parlament eröffnet. Vorgestern (Sonntag) beschlossen die Wiener Arbeiter in 25 Versammlungen, am Tage der Parlaments-Eröffnung eine Demonstration für das allgemeine Wahlrecht zu veranstalten. Diese Kundgebung wird voraussichtlich von einer Großparteilichkeit sein, die alles in den Schatten stellen dürfte, was je in dieser Art unternommen worden ist. In ganz Wien wird die Arbeit ruhen. Das Exekutivkomitee der Wiener Arbeiterschaft hat bereits den Plan der grandiosen Veranstaltung entworfen: Die einzelnen Branchen sammeln sich an vorher verabredeten Plätzen und marschieren mit ihren Fahnen und Standarten zum Hauptammelpfad. Da wird der Zug geordnet und setzt sich in der Richtung nach dem Parlament zu in Bewegung. Während die Arbeiterdeputation im Parlamentsgebäude weilt, defilieren die Proletarier-Bataillone vorüber und zerstreuen sich allmählich truppweise über bestimmte Straßenzüge.

Dat ab vor der unerhörlichen Festigkeit und Zielklarheit unserer Wiener Genossen! —

Frankreich.

Treffende Antwort. Paris, 20. November. (B. T. Z.) Infolge der Weigerung der Anwaltskammer, den ehemaligen Professor Derbe als Advokaten zuzulassen, beschlossen die sozialistischen Deputiertenengruppen, in der Kammer die Abschaffung des Privilegs der Advokaten zu beantragen

England.

Wichtiger Vertrag. London, 20. November. (B. T. Z.) „Standard“ meldet aus Tokio unter dem 10. November: Die Mission des Marquis Ito nach Korea hat einen vollen Erfolg erzielt. Gestern in aller Frühe ist der Vertrag im Palast zu Seoul unterzeichnet worden. Außer dem Kaiser und Marquis Ito waren noch Vicomte Hanashi und General Baron Pasjagava, der Kommandeur der japanischen Truppen in Korea, sowie alle koreanischen Minister anwesend. Der Vertrag enthält zwei wichtige Punkte. Erstens übernimmt Japan die Versorgung der auswärtigen Angelegenheiten Koreas, bis Korea hart genug ist, seine Unabhängigkeit zu wahren. Zweitens wird die Verwaltung der inneren Angelegenheiten unter die Ueberwachung eines japanischen Generalgouverneurs gestellt, welcher gemäß den Anordnungen des Kaisers von Korea handelt. Dies bedeutet die Renalisierung des bestehenden Zustandes.

Norwegen.

Oslo VII., König der „Sozialdemokraten“.

Orskianis, 18. November. (B. T. Z.) Ueber die Stortingung am heutigen Nachmittag ist noch zu melden: Nachdem Stortingenspräsident Berner unter Hinweis auf das Ergebnis der Volksabstimmung vorgeschlagen hatte, den Prinzen Axel von Danemerk zum König von Norwegen zu wählen, erklärte Pastor Criften (Soz.), daß seine Partei für den Vorschlag des Präsidenten stimmen werde, da durch die früher gefassten Beschlüsse des Königstums bereits festgesetzt sei und keine Veranlassung vorliege, für einen anderen Vorschlag zu stimmen. Staatsadvokat Carlberg erklärte, daß er und seine Gesinnungsgenossen sich vor dem Willen der Mehrheit des Volkes beugten und für den Vorschlag des Präsidenten stimmten. Nachdem sodann die Abstimmung in der bereits gemeldeten Weise erfolgt war, hielt Stortingenspräsident Berner eine kurze Ansprache, in der er unter anderem ausführte, mit diesem Beschlusse des Stortingens sei der Schlußstein auf das Selbständigkeitswerk gesetzt, das in diesem Jahre durchgeführt werden sei. Er schloß mit dem doppelten Wunsch: „Gott bewahre den neu erwählten König! Gott bewahre unser teures Vaterland!“ In diesen Wunsch stimmten die Mitglieder, die sich während der Ansprache des Präsidenten von ihren Sitzen erhoben hatten, ein.

Eine Kritik des mehr als sonderbaren Verhaltens der „sozialdemokratischen“ Abgeordneten finden die Leser an anderer Stelle.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die „wohlwollende“ Straßenbahn-Direktion.

Endlich hat die Direktion der „Großen Berliner“ ihre schier endlose, „wohlwollende Prüfung“ beendet und den Straßenbahn-Angestellten eine Lohnerhöhung gewährt. Laut Anschlag soll das Anfangsgehalt der Fahrer und Schaffner von 90 auf 95 M. pro Monat erhöht werden; ebenfalls erfahren die übrigen Gehaltsstufen je nach der Dienstdauer eine Aufbesserung von 2, 3 bis 5 M. Die Gehaltskala stellt sich demnach wie folgt:

Am Anfang	95 M. (bisher 90 M.)
Nach 1 Jahr	100 „ („ 95 „)
„ 3 Jahren	105 „ („ 100 „)
„ 5 „	110 „ („ 105 „)
„ 7 „	113 „ („ 110 „)
„ 9 „	115 „ („ 113 „)
„ 11 „	118 „ („ 115 „)

Das Höchstgehalt von 120 M. soll jetzt nach 12 Jahren (bisher nach 15 Jahren) erreicht werden. Für die Schaffner ist auch die durchschnittliche tägliche Dienstzeit von 11 auf 10½ Stunden herabgesetzt worden. Die Lohnerhöhung um je 5 M. pro Monat erstreckt sich auch auf das Personal der Charlottenburger Straßenbahn. Ferner sind auch die Gehaltsstufen der Bahnführer von monatlich 110 M. ab, sowie der Kontrolloren und Fahrmeister verbessert; letztere erhalten jetzt im Anfang 130 M. — Ein wahres Füllhorn von Wohlthat hat die Direktion aber auf die Bahnwärter, Weichensteller, Rangierer, Wagenwäscher und Hofarbeiter ausgegossen. Diese bekamen bislang einen Tagelohn von 2,80 Mark, blieben in ihrem Verdienst also noch unter dem ortsüblichen Tagelohn. Jetzt sollen sie täglich 3 M. erhalten; nach einem Jahre 3,10 M. und nach drei Jahren 3,20 M. „Endlich“ sagt die Direktion, „haben wir in weiterer Betätigung unserer Fürsorge für die hinterbliebenen Witwen unserer Bediensteten eine Erweiterung der Witwenunterstützung in Aussicht genommen.“

So, nun kann es den Straßenbahnern nicht mehr fehlen. Die Direktion hat ihrem Herzen einen Stoß gegeben und ist in hörbarer Betätigung ihrer Fürsorge endlich zu der Einsicht gelangt, daß die Angestellten bei der gegenwärtigen Lernerung mit den bisherigen Hungerlöhnen nicht mehr zu existieren vermöchten. Es wurde aber auch die höchste Zeit, daß ihr diese Erkenntnis kam. Die Straßenbahnern hatten jetzt auch gerade genug von der ewigen „wohlwollenden Prüfung“. Es hatte sich ihrer bereits eine derartige Unzufriedenheit bemächtigt, daß die Direktion mit einem, vielleicht ganz urplötzlich, explosiven Ausbruch derselben rechnen mußte. Schon der Ausfall der letzten Vertrauensmännerwahl zugunsten der Kandidaten des Transportarbeiter-Verbandes war ein sehr deutliches Zeichen für die Stimmung der Angestellten, und die jüngst vom Verbande einberufene, ungewöhnlich stark besuchte Straßenbahner-Versammlung ließ ebenfalls keinen Zweifel mehr darüber übrig, daß die Angestellten die „wohlwollende Prüfung“ der Direktion bis zum Halse hinauf saß hatten. Wenn nun die in jener Versammlung aufgestellten Forderungen (Erhöhung des Anfangsgehaltes von 97 M., stufenweise steigend bis 130 Mark) auch nicht völlig bewilligt worden sind, so dürften sich die Straßenbahner als bescheidene Leute mit dem Zugeständnisse doch vorläufig begnügen. Soviel aber erscheint sicher: Es dürfte wohl kaum einen Straßenbahn-Angestellten geben, der da glaubt, daß die Direktion lediglich aus „gutem Herzen“ und in edler Betätigung ihrer „Fürsorge“ für das Dienstpersonal die Lohnerhöhung gewährt hat. Vielmehr ist wohl jeder davon überzeugt, daß auch diese Gehaltsaufbesserung, so gering sie auch sein mag, in letzter Linie auf die nimmer rastende Tätigkeit des Transportarbeiter-Verbandes zurückzuführen ist — den die Direktion im Jahre 1900 fürchten gelernt hat, wenn sie es auch nicht gerne eingestehet.

Einigungsvorschläge zum Eisenarbeiterstreik.

Auf Anregung vom Einigungsamt des Gewerbegerichts haben bereits am letzten Freitag Verhandlungen zwischen den Vertretern der Eisenarbeiter und der Streikenden stattgefunden. Sie führten jedoch trotz sechsständiger Dauer zu keinem einigütigen Resultat und mußten schließlich verfrüht werden. Gestern wurden die Verhandlungen unter Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz fortgesetzt. Als Beisitzer waren die Arbeitgebervertreter Lucht und Wenzel, die Arbeitervertreter Köstlin und Bräuner tätig. Nach etwa dreistündiger Beratung machte das Einigungsamt den Parteien einen Vergleichsvorschlag, der im wesentlichen folgende Bestimmungen enthält:

Die Arbeitszeit soll 53½ Stunden wöchentlich betragen und in der Zeit vom 1. April bis zum 30. September einschließlich der Pausen von 7 bis 5 Uhr dauern, in den übrigen Monaten von 7½ bis 6½ Uhr. Sonnabends wird eine halbe Stunde früher Feierabend gemacht. Ueberstunden werden die ersten drei mit 33½ Prozent, alle weiteren mit 50 Prozent Zuschlag bezahlt. Dauert die Ueberarbeit länger als eine Stunde, so ist eine Viertelstunde, dauert sie länger als zwei Stunden, eine halbe Stunde Pause zu gewähren, die wie die Arbeitszeit bezahlt werden müssen. Der Durchschnittslohn der Eisenarbeiter soll 52 Pf. pro Stunde betragen, im ersten Jahre nach der Lehrzeit 40 Pf., der Durchschnittslohn der Eisenarbeiter 55 Pf., im ersten Jahre nach der Lehrzeit 42 Pf. Mindestlohnleistungen Arbeiter werden nach Vereinbarung entlohnt, jedoch nicht unter 45 Pf. die Stunde. Arbeiter, die einer der Eisenarbeiten verwandten Beruf erlernt haben, sollen nach einjähriger Tätigkeit in der Branche den entsprechenden Lohn erhalten. Arbeiterinnen erhalten im ersten Halbjahre ihrer Tätigkeit in der Branche 15 Pf., Durchschnittslohn im zweiten Halbjahre 22½ Pf., danach 30 Pf. Stundenlohn. Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten zu ihren bisherigen Löhnen eine Zulage von 5 Prozent und 2 Pf. pro Stunde. Denjenigen Arbeitern und Arbeiterinnen, die nach dem 1. September dieses Jahres eine Lohnzulage erhalten haben, wird diese jedoch hierbei in Anrechnung gebracht. Für Montagearbeit, die länger als vier Stunden dauert, soll ein Zuschlag zum Lohn gezahlt werden. In Betrieben, wo bereits bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen als die vereinbarten bestehen, darf keine Verschlechterung eintreten. Der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches findet insoweit Anwendung, als den Arbeitern bei Erfüllung militärischer Pflichten bis zu drei Stunden Lohnentschädigung gewährt wird. Es wird ferner eine Regelungsskala aufgestellt, wonach bei 3 Gehältern 2 Lehrlinge, bei 6 Gehältern 3, bei 10 Gehältern 4 und bei 15 Gehältern 5 Lehrlinge eingestellt werden können. Arbeitsniederlegungen, Aussperzungen und Maßregelungen dürfen nicht stattfinden, bevor nicht die Schlichtungskommission über die Differenzen beraten hat. Die Schlichtungskommission soll aus zwei Arbeitnehmern, zwei Arbeitgebern und einem unparteiischen Vorsitzenden bestehen. Der neue Tarifvertrag soll bis zum 30. September 1907 gelten. Er tritt in Kraft, sobald ihn die Mitgliederversammlungen beider Organisationen genehmigen haben.

Die entscheidende Versammlung des Vereins Berliner Eisenfabrikanten findet bereits heute, Dienstag, statt; die Brandender-

sammlung der Eisenarbeiter am Mittwoch vormittag im Gewerkschaftshaus. Voraussichtlich wird der Einigungsvorschlag die Zustimmung beider Parteien finden. Bisher hat ein Tarifvertrag für die Eisenarbeiten nicht bestanden. Es sind zwar nach dem Streik von 1900 gewisse Abmachungen getroffen worden, sie bezogen sich jedoch nur auf die neunständige Arbeitszeit und auf die Ueberstunden.

Die Konditionen hatten einer Reihe von Fabrikanten den Tarif zur Unterbrechung vorgelegt und bis zum Sonnabend um Antwort ersucht, ob man die im Tarif niedergelegten Forderungen anerkennen wolle oder nicht. Bewilligt haben daraufhin noch die Firmen Leo Bey in der Alexanderstraße sowie Ulrich u. Honoll. Am Sonntag nahm die Gehältschaft Stellung zu der durch ihr Ultimatum den Unternehmern gegenüber geschaffenen Lage. Die Arbeit am Montag nicht wieder aufzunehmen, beschloffen die Kollegen der Firma Scherdt u. Saake, Viehmannstraße 20, die sehr gut organisiert sind, während bei Ullrich dank der Uneinigkeit der Kollegen eine augenblickliche Bewegung nicht inszeniert werden konnte. Herr Ullrich hatte in einer Zuschrift an die Organisationsleiter erklärt, daß der Tarif für ihn kein Interesse hätte. Genannter Herr verkauft hauptsächlich in Arbeiterquartieren, empfiehlt auch gelegentlich seine Waren im „Vorwärts“. Eine Betriebskassierung wird nochmals zu dem Herrenstandpunkte dieses Fabrikanten Stellung nehmen, zumal bereits ein Kollege und eine Kollegin durch die rechte Hand des Chefs, einem Herrn Kluge, gemahnt worden sind. Bei der Firma Pabel, Hochmeisterstraße, die in der günstigsten Hochkonjunktur sich befindet, brachten auf Wunsch des Inhabers eine Reihe von Mitgliedern, und zwar Sozialarbeiter, es fertig, ein Zirkular zu unterzeichnen, wonach sie mit den Verbandsforderungen nicht einverstanden, sondern durchaus zufrieden seien. Unter diesen Umständen war an eine Bewegung natürlich nicht zu denken. Maßregelungen haben bereits stattgefunden. Bei Knöfel in der Kommandantenstraße nahm man den Beschäftigten das Ehrenwort ab, dem Verband den Rücken zu kehren, ein Verlangen, dem mit zwei Ausnahmen würdelos entsprochen wurde. Bei John, Urbanstr. 35, werden heute Verhandlungen angebahnt. Zugunsten der befreiten Geschäfte sowie immer noch nach der Firma Werkmeister u. Neuhoff, Markuststraße, ist streng ferngehalten.

Beendigung der Lohnbewegung in der Zigarettenindustrie Berlins.

Die langwierigen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Tabakarbeiterorganisation und des Vereins deutscher Zigarettenfabrikanten zu Berlin und Porzellan haben, nachdem sie noch am Sonnabend bis über Mitternacht gedauert hatten, endlich zu einer Vereinbarung geführt, die schriftlich niedergelegt und von den Vertretern beider Parteien unterzeichnet worden ist. Die Vereinbarung besagt, daß alle Lohnarbeiterinnen und -Arbeiter, die unter 12 M. verdienen, eine Zulage von 6 Proz., jedoch nicht unter 50 Pf. zum Wochenverdienst erhalten, und daß die Affordblöhne pro 1000 Stück um 15 Pf. erhöht werden sollen. Diese Bestimmungen treten mit dem nächsten Lohnstage in Kraft. Die Vertreter beider Parteien waren sich ferner darüber einig, daß für die gesamte Zigarettenindustrie Deutschlands eine Tarifgemeinschaft nach dem Muster des Buchdruckertarifs angestrebt werden soll, doch will man zunächst abwarten, was aus der geplanten neuen Tabaksteuer wird. — Die öffentliche Tabakarbeiterversammlung am Sonntag hat die Vereinbarung gegen 8 Stimmen genehmigt. Anfänglich trat in der Versammlung eine starke Stimmung gegen die Vorschläge und für die Aufrechterhaltung der ursprünglichen Forderungen von durchschnitt 10 Proz. Lohnerhöhung hervor. Es gelang jedoch dem Referenten S. Rosenthal sowie den übrigen Rednerkollegen der Vereinbarung, die Versammlung davon zu überzeugen, daß es, besonders auch mit Rücksicht auf die Beunruhigung der Tabakindustrie durch die neue Steuerentwürfe, zweckmäßiger sei, sich vorläufig mit diesen Zugeständnissen der Fabrikanten zu begnügen.

Für die Lohnarbeit im Eisenbergwerk.

Am Sonntag fand bei Feuerstein in der Alten Jakobstraße eine öffentliche Versammlung der Eisenbergwerkler und Umgegend statt, die sich mit der Frage befaßte, ob es zweckmäßig sei und Erfolg verspreche, wenn man im nächsten Jahre bei Ablauf des Tarifvertrages die Abschaffung der Affordarbeit verlange. Der Referent Kusche schilderte die Vorteile, die eine allgemeine Einführung der Lohnarbeit mit sich bringen würde sowie die Schädlichkeit des bestehenden Affordsystems. Dem Vortrage folgte eine gründliche Aussprache, die mit der Annahme folgender Resolution endete:

Die Versammlung beauftragt die Kommission der Branche, mit den Tischlermeistern Berlins und Umgegend über die Einführung der Lohnarbeit in Verhandlung zu treten. Zugleich beauftragt sie die Kommission, einen Tarif auszuarbeiten, der den gesteigerten Anforderungen, die an die Lebenshaltung der Arbeiter gestellt werden, entspricht, und diesen Tarif in einer der nächsten Versammlungen vorzulegen. Der von dieser Versammlung angenommene Tarif ist bei gänzlicher Unzufriedenheit der Einführung der Lohnarbeit bei den Arbeitgebern zur Durchführung zu bringen.

Achtung, Arbeiter! Wegen Vertragsbruch ist der Bau Stollpischestraße 23 (Wollu), Unternehmer Siebeck, Eberwalderstr. 30/31, für Tageelonen gesperrt.

Die Achtstundner-Kommission.

Achtung, Dachdecker! Da die Differenzen bei der Firma Herrmann u. Sigg, Prinzen-Allee 73, beigelegt sind, wird die Sperre über die Firma sowie über den Bau Ober-Rechnungskammer Potsdam aufgehoben.

Zentralverband der Dachdecker.
Ordnungsverwaltung Berlin und Potsdam.

Deutsches Reich.

Die Bergarbeiter Schlesiens.

Wie der „Oberschlesische Wanderer“ meldet, ist auf der der Firma Vorig gehörigen Ludwigslückergrube die gesamte Belegschaft in Stärke von 700 Mann in den Ausstand getreten. Es wird gefordert: 8½stündige Arbeitszeit, eine Schichtzulage von 20 Proz., eine Teuerungszulage und bessere Behandlung durch die Vorgesetzten.

Der bergbauliche Verein zu Essen

macht gegenüber den Feststellungen auf der Medizinerkonferenz der Bergleute allerhand Ausflüchte, die sein Verhalten in etwas besserem Lichte erscheinen lassen sollen. Die Beweisführung der juristischen Vertreter des Vereins grenzt zeitweilig an Ulfomische. So heißt es an einer Stelle:

„Die von der Medizinerkonferenz gegen die Satzungen der Arbeiterausschüsse und Unterstufungsstellen erhobenen Bemängelungen wegen Ungeheuerlichkeit sind hinlänglich durch den Hinweis darauf, daß diese inwischen die geschlechtlich vorgeschriebene Genehmigung des Oberbergamts erhalten, welche gemäß Paragraph 80 des Berggesetzes bei einem Verstoß gegen die Gesetze versagt werden muß. Durch die erfolgte Genehmigung ist auch dieser Punkt der Eingabe als gegenstandslos erwiesen.“

In Zukunft kann sich das Reichsgericht den Beweis für die Gefährlichkeit des Streikpostenstehens leicht machen. Es braucht bloß umgekehrt wie der bergbauliche Verein zu schließen: Das Streikpostenstehen hat nicht die Genehmigung eines beliebigen Schupmanns erhalten, bei einer Handlung im Rahmen des Gesetzes nicht versagt werden kann, ergo . . .

Der Streik der Pferdebesitzer zu Dahlhausen (Hafenwinkel) ist nach zweitägiger Dauer beendet worden, indem die Verwaltung der Zucht die bisherige Schichtzeit wieder zugestanden hat. Vorher hatte sie die Leute vergeblich mit Androhung von Geldstrafen zur Abfahrt zu bewegen versucht. Weitere Arbeitsverweigerungen der

Pferdebesitzer kamen vor auf den Zechen Wolfsbank und Biehdahlbank; auch auf diesen Zechen war die Ursache eine Stunde Schichtverlängerung. Man hofft jedoch, daß es zu größeren Arbeitsbeeinträchtigungen nicht kommen wird.

Die Redakteure der „Bergarbeiter-Zeitung“ Sue und Leimpeters sollen, wie ein Privattelegramm der Dortmund-„Tremonia“ meldet, ihre Stellungen an der „Bergarbeiter-Zeitung“ gekündigt haben. — Als Ursache wird der „Vorwärts“-Strafteil angegeben.

Die Leipziger Lichtdrucker gegen ihre Berliner Kollegen.

Die im Senefelder Bunde organisierten Lichtdrucker von Leipzig haben in einer Resolution den Berliner Kollegen ein Tadelvotum erteilt, weil letztere nicht auch nach dem Beispiele der Leipziger in eine Bewegung zur Beseitigung der Affordarbeit, des Prämiensystems und der langfristigen Kontrakte eingetreten sind, weil die Zeit für eine solche Bewegung nicht günstig sei. Die Leipziger Lichtdrucker erwarten mit Rücksicht darauf, daß die Bewegung für das ganze Reich geplant war, von ihren Berliner Kollegen, daß auch diese nunmehr die Beseitigung jener Mißstände in die Wege leiten werden.

Gegen das Koalitionsrecht.

Die Hafenarbeiter in Emden werden von den Unternehmern zum Austritt aus der Organisation gezwungen und ihnen zugemutet, einem von den Unternehmern gegründeten Streikbrecherverein beizutreten. Es steht demnach dort anscheinend ein Kampf bevor.

Musterchrift Brief.

Der abgesetzte christliche Gewerkschaftsvorsitzende, ist in die Redaktion der „Buerchen Zeitung“ eingetreten und zeichnet verantwortlich für Politik und den volkswirtschaftlichen Teil. Der Verleger des bisher unbekanntes Blattes scheint ein recht spekulativer Herr zu sein. Ob er aber auf seine Kosten kommen wird, ist eine andere Frage.

Ausland.

Das Ende des Arsenalstreiks.

Paris, 17. November. (Fig. Ver.) Der Ausstand in den Marine-Arsenalen war, dies kann man heute aussprechen, von Anfang an zu einem unglücklichen Ende verurteilt. Die Mängel der mehr erstenhaften als intensiven Agitation, wie sie vor den antiparlamentarischen Syndikalistischen betrieben wird, der Klugheitsüberwägungen nicht zugängliche, ebenso rasch erlöschende wie entzündete Kampfflamme, ist ihm verderblich geworden. Es hilft auch nichts, die Niederlage damit beschönigen zu wollen, daß der Marine-Minister eingewilligt hat, die Meinungen eines Kongresses der Marine-Arbeiterschaft einzuholen und zu diskutieren. Es bleibt nun leider einmal eine Tatsache, daß die Wiederaufnahme der Arbeit infolge der mangelnden Solidarität in den meisten Häfen und unter dem Eindruck der Drohungen des Marineministers beschlossen worden ist. Der Streik war begonnen worden, um die Freiheit der Meinungsäußerung außerhalb der Werkstätte zu verteidigen und er hat in dem Augenblicke geendet, als der Ministerpräsident und der Marineminister das Streikverbot für die Arbeiter der Landesverteidigung ausprochen. Die Sozialisten, die sich heute in der Kammer für das Streikrecht aller Staatsarbeiter einsetzen, haben das ganze Vorgeeisenparlament gegen sich gehabt. Wegen die Arbeiterschaft sind alle bürgerlichen Parteien eins, und sie sind bereit, jede Entsolidität und Gefährdung zu billigen. Vielleicht kommt die Erkenntnis dieser Situation doch den Bestrebungen zu gute, die darauf hingingen, die Einseitigkeit und die mikroökonomischen Separationsgelüste in der heutigen Gewerkschaftsbewegung zu überwinden. —

Die Leichterführer in Langer befinden sich im Ausstande wegen Nichtbezahlung der Löhne. Fünf Schiffsfahrts-Gesellschaften mußten infolgedessen ihren Betrieb einstellen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Jürthler Gemeindevahl.

Jürth in Bayern, 20. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Wahl zur Gemeindevertretung erhielt unsere Partei 3040 Stimmen; die vereinigten Gegner brachten es auf 3340 Stimmen. Unsere Genossen erhalten 6 Sitze, die Gegner deren 8.

Feuer auf der kaiserlichen Werft.

Wilmshöfen, 20. November. (B. Z. W.) Heute mittag kurz nach 12 Uhr brach auf dem allgemeinen Betriebsdepot der kaiserlichen Werft Feuer aus, wodurch etwa 12 Holzschuppen eingeschert wurden.

Die Dividenden leiden.

Gera, 20. November. (B. Z.) Eine Konferenz der Bürgermeister der von dem Textilstreik betroffenen Städte fand Sonnabend hier statt, zu der auch Vertreter der Arbeitgeber geladen waren. Hierbei erklärten die letzteren, keine neuen Konzeptionen bewilligen zu können. In mehreren gestrigen stattgehabten Arbeiterversammlungen wurde infolgedessen beschlossen, weiter zu streiken.

Arbeit, nicht Almosen.

London, 20. November. (B. Z. W.) Scharen von Arbeitslosen zogen heute aus verschiedenen Teilen Londons nach dem Themse-Ufer und von dort nach Hyde Park, wo eine Kundgebung veranstaltet wurde. Die Zahl der Teilnehmer betrug etwa 8000. Noch größer war die Zahl der Zuschauer, die ihre Zustimmung zu erkennen gaben. Einige Teilnehmer trugen Banner und rote Flaggen, von denen eine die Inschrift trug: „Wir wollen keine Almosen, sondern Arbeit!“ Ein großes Polizeiaufgebot war zur Stelle.

Trennung von Staat und Kirche.

Paris, 20. November. (B. Z. W.) Der Senat nahm in seiner heutigen Sitzung die beiden ersten Artikel der Vorlage betreffend die Trennung von Staat und Kirche an und verwarf mit 178 gegen 110 Stimmen einen Änderungsantrag des Senatsrats Lamazelle, der die Beibehaltung des bisherigen Kultusbudgets verlangte.

Neue Judenmorde.

Jassy, 20. November. (B. Z.) Nach hier eingetroffenen Privatmeldungen aus Kischinew haben dort wieder die antisemitischen Exzesse eingesetzt. Jüdische Häuser und Kaufhäuser wurden geplündert und in Brand gesetzt. Die israelitische Jugend, unterstützt von Studenten, setzte dem einen verzweifeltsten Widerstand entgegen. Bei den Zusammenstößen gab es viele Tote und Verwundete. Einzelheiten fehlen noch.

Von der Revierkonferenz der Ruhrbergleute

erhalten wir noch folgendes Stimmungsbild: Vor allen Dingen zeigte sich eine ziemliche Gereiztheit gegen die Presse, die sensationssüchtige Presse. Eine Kritik war ja durchaus am Platze; auch wir waren schon in der Lage, verschiedene unverantwortliche Machenschaften an den Pranger zu stellen. Doch Effert, der christliche Führer, fiel mit seinem Zorn, der sich besonders gegen das „Berliner Tageblatt“ richtete, beinahe auf. Es scheint ihn besonders zu ärgern, daß das genannte Blatt von einer Krise oder gar von einer bevorstehenden Palastrevolution im christlichen Gewerksverein geschrieben hat. Dem betreffenden Berichterstatter sagte er „Liebenswürdigkeiten“, die nicht von Pappe waren; daß Bestehen irgendwelcher Differenzen bestritt er ganz entschieden. Den Namen des Berichterstatters nannte Effert nicht, aber die Augen vieler Delegierten waren während seiner Rede auf August Brust gerichtet, der im Saale anwesend war, wohl als Berichterstatter für sein neues Organ, die „Ruhrische Zeitung“. Es ist nun interessant, daß gerade die Zentrums-Presse die Efferische Rede mit heuchlerischem Augenaufschlag gegen die Sensationspresse auszuschlachten versucht. Dieser „frommen“ Presse wollen wir nun eine besondere Freude bereiten. Im Konferenzsaal war nämlich ein Delegierter, ein christliches Ausschussmitglied, ein Mann, der seit Bestehen des Vereins in führender Stellung war und noch nach dem letzten Streik wegen seiner Tätigkeit für den Gewerksverein ausgesperrt wurde; ein Mann also, der einigermaßen glaubwürdig erscheint. Und dieser Mann wurde etwas deutlicher wie Effert und erzählte ungeniert und treuherzig, daß man hinter diesen Sensationsnachrichten niemand anders als den Zentrums-Abgeordneten und Ex-Vergarbeiterführer August Brust vermutet. Es gelte jetzt nur noch einen Punktaufzuklären, dann werde man Brust mit seiner Pension über die Klinge springen lassen. Ein polnischer Redner nahm besonders Bezug auf die verheerende Tätigkeit eines Bochumer Zentrumsblattes. So, nun mag die Zentrums-Presse weiter heucheln und sich entrüsten.

Die Stimmung der Delegierten war eine erregte. Von eigentlicher Streiklust kann freilich keine Rede sein, was da zum Ausdruck kam, war mehr die Furcht vor einem neuen Streik. Wir wollen keinen Streik, aber wir rechnen mit der Möglichkeit eines Ausstandes, hieß es von allen Seiten. Aus verschiedenen Revieren wurde auch berichtet, daß dort die Erbitterung noch größer sei wie vor dem großen Streik im Januar. Die Eingabe ist nun beschlossen und abgehandelt, wie wird die Antwort lauten? Kirdorf, der Generaldirektor der Selsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft, hat durch Anschlag schon bekannt gemacht, daß das Oberbergamt die neue Arbeitsordnung genehmigt habe. Kirdorf wird wohl nicht geklunert haben. Und dann kann man auch schon das Schicksal der Eingabe erraten.

Jedenfalls bewies die Debatte, daß durch die neue Arbeitsordnung unerträgliche Verhältnisse geschaffen worden sind. Die Praxis zeige, wie sie durch die Vergabegebung betrogen worden seien, sagten die Delegierten. Das Küssen sei zwar abgeschafft, aber durch das jetzige Strafsystem würden sie dreimal härter getroffen, wie sie auch zahlenmäßig nachwiesen. Die Seilfahrt gehe in einer Weise vor sich, daß das Leben der Bergleute in hohem Maße gefährdet sei. Fördererörbe, die sonst 12 Mann fassen, würden jetzt mit 54 belastet; hätte sonst die Fördererschwindigkeit 6 Meter in der Sekunde betragen, so betrage sie jetzt 12 Meter.

Am meisten empörte es aber, daß einige Zechen in brutaler Weise die Delegierten geküßelt haben, welche im Auftrage der Bergwerks-Abänderungsanträge zur Arbeitsordnung überreichten, also nur von einem gesetzlichen Recht Gebrauch machten.

Das alles aber, meinten einige Delegierten, würde im gegenwärtigen Augenblick keinen allgemeinen Streik herbeiführen. Wenn es zum Kraach komme, dann infolge der immer noch nicht aufgehobenen Sperre und der Ueberweisungscheine. Bei Besprechung dieser Frage gebärdete sich Effert sehr radikal, was um so interessanter ist, als noch vor kurzer Zeit die Ueberweisungscheine von den christlichen Führern als ein Produkt der Phantasie sozialdemokratischer Agitatoren bezeichnet wurden. Die Konferenz hat den Beweis erbracht, daß die Ueberweisungscheine tatsächlich auf einer großen Zahl Zechen in Gebrauch sind. Die „Rh.-W. Zeitung“ hatte zwar geschrieben, mit der Behandlung der Frage der Sperre und der Ueberweisungscheine renne die Konferenz offene Türen ein, denn es bestehe die Absicht, sie in der nächsten Zeit aufzuheben. Effert meinte aber, dem Scharfmacherblatt sei nicht zu trauen. Wenn gesagt worden sei, mit der Sperre habe man nichts Ungeheuerliches begangen, dann sage er, es gebe manche Menschen, die mit dem Kermel das Buchstaben des Gesetzes verstößen hätten. Die Sperre sei unmoralisch und verstoße gegen die guten Sitten. Solange die Unternehmer sich solch unlauterer Kampfmittel bedienten, werde niemals Ruhe und Friede im Ruhrrevier einkehren.

Waren sich die Vertreter der verschiedenen Organisationen in Sachen der Sperre und der Eingabe an das Oberbergamt durchaus einig, so war es das Gegenteil in der Frage der Ausschusswahlen. Einig war man sich darin, daß das Institut der Ausschüsse in der durch das Berggesetz geschaffenen Form „keinen Pfifferling wert“ sei. Man war sich allgemein darüber klar, daß sie, sobald sie die Interessen der Bergleute ernstlich vertreten wollten, aufgelöst würden. Die Ausschüsse wurden als Dekoration und ihre Mitglieder als Statisten bezeichnet. Und ganz konsequent vertraten da die Verbände den Standpunkt, daß man durch Nichtbeteiligung an der Wahl am wirksamsten gegen ein solches Manstrum von

Gesetz protestieren könne. Umso mehr, als man jetzt schon wisse, daß auf 28 Zechen mit einer Belegschaft von 30000 Mann die Streikenden von der Wahl ausgeschlossen seien und die Streikbrecher die Ausschüsse aus ihren Reihen zu wählen hätten.

Das alles haben die Christlichen sehr gut ein, befürworteten aber trotzdem die Beteiligung an der Wahl, ja sie flehten die Verbände beinahe darum an.

Nun, wir verstehen die inkonsequente Haltung der Christlichen sehr gut; sie müssen wählen um des Zentrums willen; wenn die Christlichen sich von der Wahl fernhalten wollten, so wäre das Zentrum blockgestellt und blamiert.

Die Entscheidung über die Beteiligung an der Wahl wird nun jede Organisation für sich treffen. Der Verband wird schon in den nächsten Tagen darüber beschließen.

Aus der Partei.

Schippels Mandatniederlegung.

Der Parteivorstand erhielt vom Genossen Schippel am Montagabend folgenden Brief:

Berlin, 20. 11. 05.

Werter Genosse!

Dem Parteivorstande teile ich hierdurch mit, daß ich mein Reichstagsmandat für den Chemnitzer Wahlkreis niedergelegt habe.

Bereits seit langem zwang mich mein Gesundheitszustand zu einer immer stärkeren Einschränkung meiner öffentlichen Tätigkeit. Die letzten Wochen haben meine Hoffnung auf Besserung derart herabgemindert, daß ich im Verzicht auf das Mandat den einzigen Ausweg sehe, um bei kommenden wichtigen parlamentarischen Entscheidungen den Chemnitzer Arbeitern wieder eine aktivere Vertretung im Reichstag zu sichern.

Nach der Resolution (Frehthaler) des Bremer Parteitag und nach der ihr in Bremen seitens des Fraktionsreferenten gegebenen Interpretation glaubte ich meine endgültige Entscheidung treffen zu dürfen, ohne vorher mit dem Fraktions- oder Parteivorstand die Rücksprache zu nehmen, die ich sonst ganz gern gesucht haben würde.

Selbstverständlich soll durch meine Mandatniederlegung meine Parteigehörigkeit in keiner Weise berührt werden.

Mit Parteigruß

Max Schippel.

Die vom Genossen Schippel angezogene Resolution Frethaler des Bremer Parteitages war nur ein Amendement zur Resolution Bebel gegen Schippels Haltung in der Frage der Lebensmittelpreise. Diese Resolution Bebel, die in namentlicher Abstimmung mit 284 gegen 44 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

Der Parteitag mißbilligt auf das Schärfste die Unklarheit und Zweideutigkeit, mit welcher der Genosse Schippel seit langem in Wort und Schrift sich gegenüber der Frage der Lebensmittelpreise verhalten und dadurch unseren Feinden Material gegen die Partei geliefert hat.

Wenn schließlich der Genosse Schippel durch die Fraktion zu klarer Stellungnahme gedrängt, erklärte, daß er Gegner der Agrarzölle sei und in der Posttariffrage die Stellung der Partei teile, so war es um so unbegreiflicher und unverzeihlicher, daß er seit Jahren seinen ganzen Scharfsinn und sein ganzes Können aufbot, um zu beweisen, daß vom agrarischen Standpunkt aus die Forderung der Agrarzölle gerechtfertigt sei, eine Aufgabe, die wahrlich nicht diejenige eines Sozialdemokraten sein kann.

Der Parteitag mißbilligt aber auch entschieden den häßlichen und hochfahrenden Ton, in dem der Genosse Schippel die Polemik gegen die Partei führte, ein Verfahren, das sich umso weniger rechtfertigt, als er seinen Standpunkt in der Agrarfrage von Grund aus getrocknet hat.

Das Amendement Frethaler, das mit 150 gegen 126 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen wurde, lautet:

Der Parteitag erklärt weiter, daß das Vertrauen, dessen ein Genosse zur Bekleidung von Vertrauensstellungen in der Partei unbedingt bedarf, gegenüber dem Genossen Schippel auf das tiefste erschüttert ist und daß, wenn Schippel fortfährt, in der bisherigen Weise zum Schaden der Partei zu wirken, er gezwungen sein wird, die Konsequenzen seines Verhaltens zu ziehen.

Die Auslegung schließlich, die der parlamentarische Referent, Genosse Ledebour, ohne Widerspruch diesem Amendement gab, war diese:

„Im Sinne der Debatte bedeutet das Amendement, glaube ich, weiter nichts als das: es kann Schippel nicht mehr dasjenige Vertrauen geschenkt werden, das für einen Abgeordneten notwendig ist. Es soll ihm da nur in höflicher Form ausgedrückt werden, daß er augenblicklich zur Ausübung eines Mandats nicht befähigt ist. Faßt man das Amendement so auf, so hat es nichts Ehrenrühriges. Die Ehre Schippels wird nicht angetastet; ich bitte Sie, die Resolution Bebel mit dem Amendement anzunehmen, damit die Klarheit geschaffen werde, die nun einmal unbedingt notwendig ist.“ (Beifälliger Beifall.)

Wir fügen schließlich für heute nur noch das Stimmenverhältnis der letzten Chemnitzer Reichstagswahl an: es erhielten 1903 bei der Hauptwahl: Schippel 84288 Stimmen, der Nationalliberale 13078, ein freistimmiger Volksparteiler 8703, ein Zentrumsmann 188. Danach erlangten wir das Mandat mit 66,9 Proz. aller abgegebenen Stimmen, ein Ergebnis, das es als sicher erscheinen läßt, daß unsere Chemnitzer Genossen das Mandat der Partei ohne weiteres auch bei der Neuwahl erhalten werden. Genosse Schippel, der 1899 in Chemnitz geboren ist, vertrat den Kreis ununterbrochen seit 1890.

Die Erklärungen, mit denen sich am Mittwoch die Berliner Parteifunktionäre, der Parteivorstand und die Prehkommision beschäftigten, werden in der „Brandenburger Btg.“ veröffentlicht; die Erklärung vom Verein „Arbeiterpresse“ lautet danach:

„Der Vorstand des Vereins „Arbeiterpresse“ wurde von den sechs aus der Redaktion des „Vorwärts“ geschiedenen Redakteuren ersucht, sich mit dem Konflikt, der zu ihrer Kündigung führte, zu beschäftigen. Nach einer Aussprache mit den Redakteuren sowie dem Parteivorstand und den Vertretern der Berliner Prehkommision erachtete es der Verein „Arbeiterpresse“ für seine Aufgabe, vermittelnd einzugreifen, um nach Möglichkeit eine sachliche Klärung und den Abschluß der Polemik über die Streikfrage herbeizuführen. Eine Verständigung dahin, daß die Kündigung rückgängig gemacht werde, war gegenstandslos, da die ausgeschiedenen Redakteure nicht die Absicht verfolgten, in die Redaktion wieder einzutreten.“

Die am stattgehabte Unterredung, an der die Redakteure, der Parteivorstand und die Prehkommision des „Vorwärts“ teilnahmen, führte zu folgendem Ergebnis:

Die Redakteure haben gekündigt, weil sie von den zur Kündigung führenden Verhandlungen des Parteivorstandes und der Prehkommision ausgeschlossen worden sind. Darin erblicken sie eine Herabsetzung und Beringfügung, die unvereinbar sei mit ihrer Stellung als Parteiredakteure, welche als solche auch Ver-

trauensleute und nicht nur bezahlte Angestellte der Partei sind. Der Vorstand des Vereins „Arbeiterpresse“ hält es für selbstverständlich, daß die Kündigung von Parteiangestellten in Vertrauensämtern erst nach erfolgter Rücksprache mit ihnen vollzogen werden darf, natürlich unbeschadet des Rechtes der in Frage kommenden Instanzen, über die zu ergreifenden Maßnahmen unerbittliche Beratungen zu pflegen.

Mit dieser Auffassung erklären sich der Parteivorstand und die Berliner Prehkommision einverstanden. Sie sind bei dem von ihnen eingeschlagenen Verfahren in diesem besonderen Falle von der Meinung ausgegangen, die in früheren Sitzungen mit den Redakteuren geführten Verhandlungen hätten den Redakteuren bereits hinreichend Gelegenheit gegeben, ihren Standpunkt zu vertreten, so daß von einer nochmaligen Aussprache abgesehen werden konnte.

Nachdem aber Parteivorstand und Prehkommision den vom Vorstand des Vereins „Arbeiterpresse“ betonten Grundsatze anerkannt haben, besteht für die sechs Redakteure, obschon sie die früheren Verhandlungen nicht als Erfüllung des anerkannten Prinzips gelten lassen können, kein Anlaß mehr zu weiteren Auseinandersetzungen.

Da somit die Beteiligten sich über den Hauptstreitpunkt verständigt haben, richten wir an die Parteipresse das Ersuchen, die Polemik über den „Vorwärts“-Konflikt einzustellen.“

Unterschriften.

Der Parteivorstand und die Prehkommision erklärten sich mit dieser Erklärung im großen und ganzen einverstanden, schlugen aber vor, dem Absatz 4 folgende Fassung zu geben:

Mit dieser Ansicht erklären sich der Parteivorstand und die Prehkommision, ohne das Wort „unerbittliche“ für ihre Beratungen zu akzeptieren, einverstanden, wenn es sich um Kündigungen handelt, deren Anlaß in dem persönlichen Verhalten des Redaktionsmitgliedes oder in der allgemeinen prinzipiellen und tatsächlichen Auffassung der Redakteure liegt. Da aber in letzterer Beziehung schon seit mehreren Jahren wiederholt ohne Erfolge Besprechungen stattgefunden haben, bei denen die Redakteure Gelegenheit hatten, ihren Standpunkt zu vertreten, haben Parteivorstand und Prehkommision, von der Rücklosigkeit einer nochmaligen Aussprache überzeugt, davon Abstand genommen. Ferner sollte der Schlußsatz wie folgt geändert werden:

Da auch der Parteivorstand und die Prehkommision auf weitere Auseinandersetzungen in dieser Angelegenheit verzichteten, richten wir an die Parteipresse das Ersuchen, unbeschadet der Berichterstattung über die Stellungnahme der Parteifunktionäre, die Polemik über den „Vorwärts“-Konflikt einzustellen.

Nachdem die Erklärungen von den Berliner Parteifunktionären abgelehnt worden sind, haben sie nur noch historischen Wert.

Genosse F. J. Ehrhart, Mitglied der Kontrollkommission, nicht einer der Parteifunktionäre, hat die „Mündener Post“ in konservativen Erinnerungen schmeißend schreibt — hat einen Artikel in der „Bläuer Post“ (Waldwisch, a. N.) veröffentlicht, in dem er sich über den „Vorwärts“-Konflikt äußert. Daß Ehrhart die Partei der sechs ausgeschiedenen „Vorwärts“-Redakteure nimmt, ist bei ihm selbstverständlich. Daß er in seinem Artikel etwas reklamehaft „von der Exmittierung der sechs aus dem „Vorwärts“ spricht, macht auch seinem guten Herzen alle Ehre, es entspricht nur nicht der Wahrheit. Bekanntlich dachte niemand daran, die sechs Redakteure zu entlassen. Vorstand und Prehkommision hatten sich nach langen Verhandlungen verständigt, dreien von den sechs zu kündigen; daß die anderen drei sich aus Solidaritätsgefühl ihnen anschließen, ist sehr lobenswert, rechtfertigt aber nicht die Behauptung, man habe auch sie „exmittieren“ wollen, um im Stile Ehrharts zu reden.

Ehrhart findet, daß die Berliner Genossen nicht das ausschließliche Bestimmungsrecht über die tatsächliche oder prinzipielle Haltung des „Vorwärts“ besitzen, so lange der „Vorwärts“ Zentralorgan der Partei sei. Das ist vollkommen richtig. Die Berliner Prehkommision hat deshalb im Einverständnis mit dem Parteivorstande gehandelt, denen beiden allerdings und unbestritten die Kontrolle und das Bestimmungsrecht über die tatsächliche und prinzipielle Haltung des Zentralorgans zusteht. Als Mitglied der Kontrollkommission kann Genosse Ehrhart den Versuch machen, daß das Vorgehen des Parteivorstandes und der Berliner Prehkommision durch die Kontrollkommission getadelt und soweit möglich rektifiziert wird. Gelingt ihm dieses nicht, so bleibt ihm allerdings nur die Hoffnung auf den nächstjährigen Parteitag, der bekanntlich in der nächsten Nähe von Ludwigschhausen, in Mannheim, stattfindet. Trotzdem sehen wir auch dessen Anteil sehr ruhig entgegen. Es dürfte alsdann auch der Genossen in der Süddeutschen Deutschlands ein Licht aufgeflackert werden, das ihnen bisher weder durch ihre Parteipresse, noch durch ihre sonstigen leitenden Organe angeleuchtet worden ist, und eine Erläuterung ist dort dringend nötig.

Selbstverständlich gehört Ehrhart jetzt plötzlich auch zu denen, die meinen, dem „Vorwärts“ müßte der Charakter als Zentralorgan genommen werden. Vor Rische las man's anders.

Ehrhart schließt seinen Artikel folgendermaßen:

„Während früher unser alter Liebling, unser Auer u. a. zur rechten Zeit eingriffen, um die Partei vor Skandalen, wie sie uns während der letzten Jahre befiel, zu bewahren, ist das jetzt nicht mehr der Fall. Wir erkennen erst jetzt, was uns die Genannten gewesen sind. Diese alten Führer sind in ihrem Einflusse kaum zu ersetzen. Das muß zwar keinen bleibenden Nachteil für die Partei bedeuten; denn unsere Partei ist keine Sekte, die auf Personen eingeschworen ist, aber er könnte einreten, wenn wir nicht rechtzeitig und gründlich die Kläden, die die Alten hinterlassen, ausfüllen. Es würde zu weit führen, darauf des näheren einzugehen. Ich will mich vorerst auf diese Anregungen beschränken. Jedenfalls kann es so wie jetzt nicht weitergehen. Eine Weckruf, wie sie jetzt im „Vorwärts“ vorgenommen wurde, dürfte aber zu einer Gesundung nichts weniger als geeignet sein.“

Hier spielt die Phantasie dem Genossen Ehrhart einen bösen Streich. Er hat ganz vergessen, was sich für „Parteiskandale“ von Wyden 1880 bis 1900, dem Sterbejahr Liebknechts, und den Jahren der Volltätigkeit Auers abgespielt haben, in denen die beiden Genannten sehr aktive Rollen spielten. Wir wollen von den „Parteiskandalen“ auf den Kongressen in Wyden 1880, Kopenhagen 1883 und St. Gallen 1887, sowie von den „Fraktionskandalen“ 1889 und 1894/95 absehen, sondern uns auf die „Parteiskandale“ beschränken, die von 1890 bis 1900 sich zugetragen haben. Also:

1891 Erfurt: gegen die Jungen und Vollmars Ränkener Colloquienrede; 1892 Berlin: gegen Vollmars Stellung zum Staatssozialismus; 1894 Frankfurt a. M.: gegen die Abtinnung der bayerischen Landtagsgenossen für das Budget; 1895 Breslau: gegen das Agrarprogramm; 1896 Göttingen: gegen die Redaktion des „Vorwärts“; 1897 Hamburg: gegen Schippels Kammerrede; 1898 Stuttgart: gegen die Haltung Schippels zum Schußjoll; Beginn der Differenzen mit Bernstein; 1899 Hannover: gegen die durch Bernstein inszenierten revisionistischen Bestrebungen, ein „Parteiskandal“, der bekanntlich Jahre währte, in Mainz, Lübeck und Dresden nachwirkte und seinen Höhepunkt in dem blamablen Millerand-Skandal erreichte; 1900 in Hannover auch „Parteiskandal“ mit Schippel wegen seiner Stellung zum Volkswirtschaften.

Alle diese Parteiskandale, die zum Teil weit heftiger waren als der sogenannte „Vorwärts“-Skandal, haben der Partei zum Besten gebient, sie hatten verwirrte Situationen klären und die Partei stärken, und auch die Wiederkehr des „Vorwärts“-Skandals hat bereits zur Gesundung geführt. Ehrhart hat allerdings in fast allen Parteiskandalen der letzten fünfzehn Jahre eine leidende Rolle gespielt, er stand meist auf der Seite der „Geprügelten“, deshalb mag er sie so reich vergessen haben. Einmalig war's auch bei ihm anders, aber lang, lang ist's her!

Die „Parteilandale“ würden übrigens seltener sein, wenn nicht so viele von den alten führenden Genossen im Laufe der Jahre un-
gefallen wären und diese Tatsache die Partei immer wieder nötigte,
mit denselben ins Gericht zu gehen. Wenn der „Walzgras“ und
eine Anzahl anderer führender Genossen einmal eine gründliche
Revision bei sich selbst vornehmen wollten, wahrheitsgemäß gäbe
es sehr viel weniger „Parteilandale“.

Die Frankfurter „Volkstimme“ weiß auf unsere alten- und
datenhäufige Festsitzung, daß sie schon lange vor der Denkschrift des
Vorstandes auf das einseitige gegen Vorstand und Preskominmission
zugunsten der ausgeschiedenen Redakteure ihre Dezer zu beeinflussen ver-
sucht hat, nur das Verlangen zu stellen, daß wir ihre Ergüsse vom
26. 27. und 28. Oktober hier ganz wiedergeben sollen. Darauf müssen
wir verzichten, wir haben die hauptsächlichsten Kraftausdrücke der
Redaktion und ihrer Mitarbeiter gegen Vorstand und Preskominmission
wörtlich zitiert; das scheint uns im Parteinteresse und im Interesse
der Wahrheit vorläufig genügend.

Interessant dürfte aus der jetzigen Erweiterung des Frankfurter
Parteiorgans nur noch sein, daß sie von dem berichtigten Hez-
briefe Sidelums jetzt abrückt und seine Publikation nur
damit entschuldigt, daß sonst „unser Reichstagsabgeord-
neter mündlos gemacht wären“. Daß Gott erbarm! —
Und dann vertritt die „Volkstimme“ der Welt noch etwas: „Gerade
Genosse Sidelum aber mußte schon zu jener Zeit genau, um was
es sich handelte.“ Da Genosse Sidelum vor anderen nichtbeteiligten
Genossen keinerlei Vorrecht seitens des Parteivorstandes und
der Preskominmission genossen hat, wie wir feststellen können,
so ist klar, woher er „zu jener Zeit (d. h. vor der Denkschrift!
Die Red.) schon genau wußte, um was es sich handelte.“ Diese
Festsitzung durch die „Volkstimme“ bedurft es zwar nicht mehr,
aber da sie sie nun einmal macht, wollten wir sie auch noch wieder-
geben.

In derselben Nummer, in der die „Volkstimme“ auf unsere
angegebenen Festsitzungen zu erwidern versucht, stellt sie ihrerseits
aber wirklich fest, daß keinerlei Scheidung von Herrn Berliner
Inspiratoren stattgefunden habe. Sie beweist das in der Tat auch
sofort durch neueste Mitteilungen ihres Berliner m-Korrespondenten,
die sich auch in der tendenziösen Mache sofort wieder in nichts von
seiner früheren untercheiden. So telegraphiert er z. B. über die
Sitzung der Berliner Parteifunktionäre, des Parteivorstandes
und der Preskominmission vom Mittwoch, daß „schließlich die
Resolution Krons zurückgezogen wurde“, während sie be-
kanntlich ebenso glatt wie ausdrücklich durch Abstimmung einstimmig
abgelehnt wurde.

Bei dieser ganzen Verwirrung und Zerkünderung ist es denn auch
kein Wunder, daß noch immer für die „Volkstimme“ eine „Partei-
krisis“ existiert. Dazu schreibt jetzt auch unser Kieler Partei-
organ: „Wir müssen uns doch gegen diese Methode wenden.
Selbst angenommen, die abgegangenen Redakteure wären
alle sechs als Parteigenossen, Journalisten und Menschen Engel vom
Schlage der Seraphim und Cherubim und ihnen wäre obendrein —
was bekanntlich nicht unsere Ansicht ist — das bitterste Unrecht ge-
schehen, so könnte selbst dann von einer Parteikrisis um dieser Per-
sonen willen keine Rede sein. Wir leben in dem Wort „Partei-
krisis“ den unüberlegten Gedankenausbruch eines in undemokratischem
Personenkultus befangenen Gemütes.“ Wir haben schon neulich ge-
sagt, woher wir uns diese Methode des Frankfurter Parteiorgans
erklären.

Die bürgerliche Presse treibt über den Konflikt die tollsten
Blüten; eine in dem Blatte des biedereren Müller-Sagan-Sprottau-
Nichterfelds haben wir schon in unserer vorigen Nummer zur Er-
heiterung der Parteigenossen hier aufgeführt. Unser Raum gestattet
es leider nicht, mit ähnlichen ebenso zu verfahren; nur, was sich in
seiner Sonntagsnummer das „Reich“ des alten arischen Sieder
über den Konflikt wie sonst leistet, soll zunächst niedriger gehängt
werden. Es ist ein ganzer Mattensüßling von Lug und Trug und
geistiger Verwirrung; erstens wird die Originalnotiz im
Dessauer Parteiorgan, daß Peus allerhöchst selbst eine Ver-
sammlung besuchen werde, in unser Bremer Organ verlegt,
während die Glosse, die die „Bremer Bürgerzeitung“ zu der
zitierten Notiz aus Dessau machte, unserem Leipziger
Bruderorgan zugeschrieben wird! Weiter: die Mitteilung
von der Absicht der Hamburger Genossen, über den „Vorwärts“
Konflikt eine Verammlung mit Debel als Referenten abzuhalten,
und der Ablehnung dieses Referats durch den Parteivorstand, —
diese Mitteilung, die der „Vorwärts“ bekanntlich zuerst bringen
konnte, schreibt das „Reich“ der „Münchener Post“ zu und
schlabbert dazu:

„Vorwärts“ und Mehring verschweigen sonderbarerweise diese
Meldung. Sollte man „allerhöchsten Parteiorbis“ die Publizierung
nicht für „opportunistisch“ gehalten haben?
Was liegt hier mehr vor: Wahnsinn, Dummheit oder absicht-
liche Lüge? Das ist die Preisfrage.

Soziales.

Ist Sonntagsheiligung strafbar? Aus der Gegen- von Tapiau
(Dietrich) wird und geschrieben: „Du sollst den Feiertag heiligen,
lautet das dritte Gebot.“ So nahm ein noch kirchlich denkender
Landarbeiter an und war erstaunt, als gegen ihn — wegen
Sonntagsheiligung (nicht wegen Verletzung der Sonntagsheiligung)
ein Strafverfahren beantragt wurde. Der Sachverhalt ist folgender:
Die Kinder des Landarbeiters Ruland und anderer auf dem Gute
Einigen bei Tapiau beschäftigter Landarbeiter sollten eingesehnt
werden. Die Eltern erbaten vom Gutsherrn, Rittmeister Hochstunde,
Umlauf, um zur Kirche gehen zu können. Der Umlauf wurde aber
abgelehnt. Die Landarbeiter gingen trotzdem zur Kirche und
wohnten der Einsegnung ihrer Kinder bei. Als sie aus der Kirche
„amen“, wurden sie sofort zur Arbeit bestellt. Diesem Vergehren kamen
sie nicht gleich nach. Darauf wurde gegen sie Straf Antrag wegen
„Ungehorsam“ und „Verweigerung der Arbeit“ gestellt. Die Arbeiter
erwarteten nun einen Strafbefehl dafür, daß sie dem dritten Gebot
nachkommen wollten. Inzwischen ist ihnen klar geworden, daß die
Kirche sie nicht schätzen werde und daß auch ihr Recht auf freie Ver-
tätigung ihrer religiösen Ueberzeugung allein von der sozialdemo-
kratischen Partei verteidigt werden kann. Sie haben sich an einen
Parteigenossen gewendet.

Einschränkung der Sonntagsruhe. In diesem Jahre fallen der
24. und 31. Dezember auf Sonntage. Infolge dessen ist aus Geschäfts-
kreisen der Wunsch ausgesprochen, an diesen beiden Tagen aus Rück-
sicht auf den gesteigerten Geschäftsverkehr zu Weihnachten und Neujahr
die Geschäftszeit über die regelmäßig zugelassenen fünf Stunden
hinaus ausdehnen. Ein ministerieller Mandat verfügt, wie jetzt
verlautet, diesen Anregungen entsprechend, daß eine Verlängerung
der Geschäftszeit im Handelsbetriebe an jenen beiden Sonntagen,
soweit sie nach den örtlichen Verhältnissen gerechtfertigt sein sollte,
zu erfolgen hat. Jedoch soll auch im laufenden Jahre keinesfalls
eine Verlängerung der Geschäftszeit an mehr als sechs Sonn-
oder Festtagen — für den Papierhandel an mehr als sieben Sonn- oder
Festtagen — statthaft sein. — Ob der Erlaß mit den gesetzlichen
Vorchriften vereinbar ist, mag dahin gestellt bleiben. Jedenfalls
widerspricht er auf das lebhafteste dem den Sonntagsruhevorschriften
zu Grunde liegenden Gedanken, daß dem Angestellten wenigstens an
einem Teil eines Tages aus hygienischen und sozialen Gründen
Ruhe gewährt werden müsse. In dieser Gedanke schon durch Gesetz
und allerlei Verordnungen so vielfach durchbrochen, daß nur noch von
einem kleinen Rest der Sonntagsruhe gesprochen werden kann,
so muß gegen diese weitere Verkürzung der Ruhezeit aufs ent-
schiedenste Protest eingelegt werden.

Zur Bleichengefahr. Auf Anregung der Breslauer Filiale des
Verbandes deutscher Tapezierer unternimmt dieser zurzeit Er-
mittlungen über Tapeten und Vorben, die leicht färbend, sehr säubren
oder die während der Verarbeitung Zeichen von Giftigkeit nach-
weisen, d. h. deren Verarbeitung Unwohlsein, stechenden Kopfschmerz,
Erbrechen sowie völlige Vergiftung hervorruft. Leider werden trotz
der Verbote und Strafbestimmungen, die die Gezeje vom 14. Mai 1879

und 25. Juni 1887 enthalten, zur heutigen Tapetenfabrikation nach-
weislich, ohne Rücksicht auf das Leben und die Gesundheit der in
Frage kommenden Personen, Arsenik, Blei, Kupfer usw. verwendet;
der Verband bittet daher alle Meister und Gehilfen, Proben der-
artigen Tapeten nebst Angaben über Verarbeitung und Folgen, sowie
überhaupt Meldungen von Unfällen, die oben angeführte Gefahr-
nehmungen berühren, baldigst mitzuteilen, damit weitere Schritte
unternommen werden können. Alle Mitteilungen und Sendungen
von Tapetenproben sind zu schicken an Albert Paqge, Breslau 9,
Al. Fürstenstr. 21.

Der englische Arbeitsmarkt. Nach der „Labour Gazette“ war
das Geschäftsleben im vergangenen Monat besser als im Parallel-
monat des vorigen Jahres. An der Besserung sind alle haupt-
sächlichsten Arbeitszweige, mit Ausnahme des Baugewerbes, beteiligt.
Die 270 beratenden Trades Unions mit einer Mitgliedschaft von
585 288 hatten 29 500 (5,1 Proz.) Arbeitslose, gegen 5,3 im vorher-
gegangenen Monat und 6,8 Proz. im Oktober 1904. Ebenso waren
die Lohnänderungen den Arbeitern günstig, das Nettoergebnis dieser
Veränderungen ist eine Zunahme der Löhne um 610 Pfund Sterling
die Woche, aber der Hauptanteil an diesen Lohnhöhungen entfiel
auf die Vergleute, die seit mehreren Jahren unter Lohnherabsetzungen
zu leiden hatten.

Vom Berliner Kaufmannsgericht.

Wann gehört eine Weihnachtsgratifikation zum Gehalt? Diese
Frage beschäftigte das Gericht in der am Sonnabend verhandelten
Klage eines Buchhändlers gegen die Aktiengesellschaft „For-
tuna“. Zwischen beiden war das Arbeitsverhältnis regulär gelöst
worden. Doch machte der Kläger Anspruch auf einen Teil der ihm
beim Engagement zugesicherten Weihnachtsgratifikation, deren Zah-
lung die Beklagte jedoch verweigerte. Vor Gericht erstreckte sich die
Beweisführung auf die Form der Abmachung. Der Kläger be-
hauptete, ihm sei beim Engagement mündlich versichert worden, er
erhalte zu seinem Gehalt einen bezahlten Sommerurlaub und
außerdem eine Weihnachtsgratifikation in Höhe eines Monatsgehalts.
Dem hielt der Vertreter der Beklagten entgegen, daß von einer
direkten Zuficherung der Gratifikation keine Rede sein könne,
vielmehr sei dem Kläger beim Engagement nur beiläufig gesagt
worden, bei der Firma sei es üblich, den Angestellten eine
Weihnachtsgratifikation zu gewähren. Stillschweigende Voraus-
setzung wäre natürlich, daß der betreffende Angestellte auch bis Weih-
nachten für die Firma tätig gewesen sein müsse. Die definitive
Urteilsverhandlung wurde vom Gericht noch ausgesetzt, weil noch ein
Zeuge über die Form der beim Engagement getroffenen Verein-
barungen vernommen werden soll. Prinzipiell erklärte das Gericht
jedoch sofort, daß, falls die Abmachungen in der vom Kläger dar-
gestellten Weise getroffen seien, die Weihnachtsgratifikation als
zum Gehalt gehörig zu betrachten wäre und entsprechend der
Tätigkeitsdauer des Kaufmannsgehälts bis zum Tage
seines Abganges mit zur Verrechnung gelangen müsse. Der
Firma stehe dagegen das Recht zu, den auf die Tätigkeitsdauer ent-
fallenden Teil der Gratifikation erst zu Weihnachten des laufenden
Jahres an den vorher abgegangenen Gehälts auszusahlen. Eine
Pflicht zur Zahlung des Betrages beim Abgang lege nicht
vor. — Nach dem Gesetz und der Rechtsprechung der Verwaltungs-
und der ordentlichen Gerichte gehört eine Gratifikation stets
dem Gehalt, wenn sie ausdrücklich vereinbart war oder ihre still-
schweigende Vereinbarung aus den Umständen (z. B. jahrelang be-
stätigter Zahlung) zu schließen ist.

Krankheit der Angestellten führt sehr häufig zur sofortigen Lösung
des Arbeitsverhältnisses und damit zu Klagen wegen unberechtigter
Entlassung. Ein eigenartiger Konfliktfall dieser Art lag einer Klage
zugrunde, die ein Kontorist gegen die Generalagentur von
Veder u. Jahn angestrengt hatte. Der Kläger war 5 Wochen
und 4 Tage krank gewesen, hatte darauf 8 Tage gearbeitet und dann
einen Rückfall in die alte Krankheit bekommen. Da nun der Kläger
auch schon kurz vor Ausbruch des ersten Krankheits mal 2 Tage lang
wegen Unwohlseins gefehlt hatte, so glaubten die Beklagten, sie
könnten diese 2 Tage mit jenen 5 Wochen und 4 Tagen zusammen als
einheitliche Krankheitsdauer von 6 Wochen betrachten, wodurch das
Arbeitsverhältnis auch ohne Innehaltung der Kündigungsfrist gelöst sei.
Aus diesem Grunde teilten sie dem Erkrankten beim Rückfall in die
Krankheit mit, daß sie ihn fortan nur noch diätetisch beschäftigen
würden, das früher vereinbarte Arbeitsverhältnis auch vor Ablauf
der eigentlichen Kündigungsfrist jedoch als gelöst ansähen. Hiermit
war der Kläger jedoch nicht zufrieden, sondern forderte sein Gehalt
bis zum Ablauf der Kündigungsfrist, weil bei seiner ersten
Erkrankung die erwähnten zwei Tage nicht mitzählen
könnten, also nicht von einer vollen sechswochenlängigen
Krankheit gesprochen werden könne. Ebensovienig sei der Rückfall in
die Krankheit den ersten fünf Wochen und vier Tagen zuzuzählen,
weil acht wirklich geleistete Arbeitstage dazwischen lägen. Mit ihm
bestehe das früher vereinbarte Arbeitsverhältnis mit Monatsgehalt
und gesetzlicher Kündigung noch zu Recht und die Entlassung wegen
Verweigerung der ihm zugemuteten diätetischen Beschäftigung sei zu
Unrecht erfolgt. Auf diesen Standpunkt stellte sich auch gestern das
Gericht, und da die Beklagten einen günstigen Vergleich ablehnten,
so wurden sie zur Zahlung des vom Kläger beanspruchten Betrages
von 75 M. rechtskräftig verurteilt.

Verfassungen.

Die Maschinisten und Heizer hielten am Sonntag in Voigts
Ritterhöfen eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, in der
besonders das Verhältnis der Maschinisten und Heizer als Organi-
sation zu den übrigen Gewerkschaften besprochen wurde. Von den
verschiedensten Rednern wurde Klage darüber geführt, daß andere
Gewerkschaften bei Streiks und Lohnbewegungen in den einzelnen
Betrieben an den Heizer in seinem einfachen Kesselraum in m e r
erst zuletzt dächten, dann aber ganz plötzlich von ihm ver-
langten, er solle aus Solidarität mit den übrigen Streikenden
ebenfalls die Arbeit einstellen. Vorher mache man ihn meistens
gar nicht darauf aufmerksam, daß der Betrieb für eine Lohn-
bewegung überhaupt in Frage komme, so daß er sich deswegen
selbst rechtzeitig mit seiner Organisation in Verbindung setzen
könne. Ein Hand in Hand gehen mit den übrigen Betriebsarbeitern
lasse deshalb schon sehr zu wünschen übrig, weil die gegenseitige
Verständigung so schwierig sei. Tags über komme der Heizer oder
Maschinist mit den übrigen Arbeitern kaum in Verbindung, und
morgens und abends geschehe es erst recht nicht, weil er seine
Arbeit früher beginnen und später beenden müsse wie die anderen.
So sehe er denn heimlich im letzten Moment vor einer voll-
endeten Tatsache und solle dann plötzlich Solidarität üben. Hier
müsse unbedingt Wandel geschaffen werden. Andere Redner führten
demgegenüber aus, daß es viele Kollegen selbst an dem nötigen
Zusammenhang mit den Betriebsarbeitern fehlen ließen. Sie be-
trachteten den Kesselraum gewöhnlich als ihr Himmelreich, in dem
niemand anders etwas zu suchen habe und trügen daher selbst zu
ihrer Isolierung bei. Auch das Verbandsorgan habe ein gut Teil
Schuld daran, daß die Kollegen so wenig Interesse an den Außen-
vorgängen hätten. Es müßte etwas weniger Fachartikel, dafür
aber mehr gewerkschaftliche Aufklärungsartikel enthalten, dann
würde auch der leidige Junksdünkel verschwinden und das Zu-
sammengedrängte Gefühl mit den übrigen Arbeitern mehr gestärkt
werden. Der Vorstand empfahl, die Kollegen möchten überall dort,
wo die übrigen Betriebsarbeiter in Lohnbewegungen eintreten, so-
fort die Organisationsleitung benachrichtigen, damit für die dabei
in Frage kommenden Maschinisten und Heizer sogleich die richtigen
Verhaltensmaßregeln gegeben werden könnten. Allerdings würde
die Organisationsleitung dann auch darauf dringen, daß, wenn von
den Maschinisten und Heizern Solidarität verlangt werde, dann
auch die anderen Organisationen die Verpflichtung übernehmen
müßten, nicht eher wieder in die Betriebe hineinzugehen, bis nicht
auch den Maschinisten und Heizern die Rückkehr an ihre alten Plätze
gesichert sei. Hierzu bemerkten weitere Redner: Es dürfe nicht
wieder so geben wie bei der Aussperrung in der Elektro-Industrie.
Wegen der 260 Schraubendreher lassen sich Zehntausende von

Arbeitern aussperrern; um die nicht wieder eingestellten Maschinisten
und Heizer aber bekümmere sich kein Mensch, die lasse man ruhig
am Hungertode nagen, und dann verlange man noch Solidarität
von ihnen. Darauf wurde geantwortet, so schlimm sei es denn
doch nicht. Bei jedem Kampfe blieben eine Anzahl kämpfende auf
der Straße, und anders sei es hier auch nicht. Jede der an der
Aussperrung beteiligten Organisationen habe noch heute
eine Anzahl Draufgängerbedenker, die dann eben aus Organisations-
mitteln unterstützt werden müßten, bis sie anderweitig unter-
gebracht seien. Und das geschehe auch jetzt bei den nicht wieder
eingestellten Maschinisten und Heizern. — Im Anschluß hieran
wurde das eigenartige Verhalten der Direktion der A. E. M.
gegenüber den sich zur Wiederaufnahme der Arbeit meldenden
Maschinisten und Heizern in den elektrischen Kraftzentralen zur
Sprache gebracht. Entgegen den beim Friedensschluß getroffenen
Abmachungen seien die am Streit beteiligten Maschinisten und
Heizer wochenlang abgemieden worden. Nach heute seien jetzt 40
von ihnen drauhen. Besonders schroff abweisend habe sich der
Betriebsleiter der Zentrale Mauerstraße benommen. Wie mit-
geteilt wurde, soll eine geheime Anweisung von der
Direktion aus an die Leiter ergangen sein, eine bestimmte Anzahl
der früheren Streikenden vor Ablauf eines Vierteljahres nicht
wieder einzustellen. Auch scheint es, als wolle man bei den Auf-
genommenen eine gewisse Altersgrenze nicht überschreiten, weil in
erster Linie die Leute im Alter von über 40 Jahren zurück-
gewiesen wurden. Die Meinung ging dahin, daß diese Maßnahme
wohl getroffen sei, um die alten Leute auf diese Art um die Zu-
wendungen aus den vielgerühmten Wohlfahrtsfonds zu bringen.
Daß nach einem bestimmten Maßregelungsplan verfahren werde,
scheine auch schon daraus hervorzugehen, daß ein Teil der während
des Streiks ausgestellten Entlassungsscheine von weißer und ein
anderer Teil von bläulicher Farbe war. Beschlossen wurde,
der Vorstand solle sich durch das Zentralfreikomitee noch einmal
wegen der Wiedereinstellung der noch unberücksichtigt gebliebenen
Streikenden an die Generaldirektion der A. E. M. wenden. Ferner
wurde beschlossen, über die Aussperrung und ihre Folgen in einer
späteren Versammlung noch gründlicher zu diskutieren.

Die Werkzeugmacher der Spezialbetriebe (Metallarbeiter-Ver-
band) hielten am Sonntag im Gewerkschaftshause eine Konferenz
ab, in der die Folgen der Aussperrung in der Elektro-Industrie
speziell für diese Berufsgruppe eingehend erörtert wurden. So sind
z. B. im Berl. Kuttentstraße der A. E. M. eine Anzahl Werkzeug-
macher nicht wieder eingestellt worden, und in den
übrigen Werken (soweit der A. E. M. wie auch bei Siemens-Schuckert
hat man einem Teil der Werkzeugmacher die demnächstige Ent-
lassung in Aussicht gestellt, angeblich wegen Mangel an Be-
schäftigung. Dabei ist es jedoch Tatsache, daß diese Gesellschaften
größere laufende Aufträge an die Spezialbetriebe in Berlin und
nach auswärts vergeben haben. Es liegt daher die Vermutung
nahe, daß eine bestimmte Anzahl von Werkzeugmachern aus diesen
Großbetrieben hinausgedrängt werden soll, um die übrigen dadurch
zu veranlassen, billiger zu arbeiten und Lohnreduktionen einen
weniger geschlossenen Widerstand entgegenzusetzen. Da nun in den
kleineren Spezialbetrieben die Löhne teilweise niedriger sind, wie
in den Großbetrieben, so war sich die Konferenz darüber schlüssig,
daß rechtzeitig geeignete Maßnahmen zur Einführung bestimmter
Mindestlöhne und zur Einschränkung des Ueberstundenwesens für
die Arbeiter der Spezialbetriebe getroffen werden müßten, ebenso
auch der übermäßigen Lehrlingszuchterei derselben entgegenzuwirken
sei, um dadurch die Differenz in dem Herstellungspreis der Arbeit,
wie sie gegenwärtig in den Groß- und Spezialbetrieben besteht,
wirksam auszugleichen.

Gerichts-Zeitung.

Die Unzucht vor Gericht. Eine Kinematographenvorstellung
im Gerichtssaal fand gestern vor der 7. Strafkammer des Land-
gerichts I statt. Nicht weniger als acht Personen sahen auf der
Anklagebank, um sich wegen Ausstellung, Verbreitung und Verkaufs
unzüchtiger Bilder zu verantworten. In einem Rudenzel des
Grundstücks Badstraße 56 führten der Kaufmann Edmund H. D. a s e
und der Schausteller Willy K r e m s a u „Lebende Photographien“,
zum Teil in „separaten Hervorstellungen“, vor. Gleiche Vor-
stellungen wurden von dem Schausteller Wilhelm F e i n d t
in einer Hude auf dem Grundstück Margrafendam 25 veranfaßt.
Verschiedene dieser lebenden Photographien wurden als unzüchtig
befunden, so „Der verliebte Stiefelputzer“, „Alles schließt vor Lor-
cheit nicht“, „Das Morgenbad“ usw. Ein Teil dieser Bilder war von
der Pariser Firma Païse Freres durch den Kaufmann Ernst
D ü r c e l bezogen worden. Die übrigen Angeklagten waren gleich-
falls an der Verbreitung beteiligt. Die Verteidiger bestritten,
daß die Abbildungen das Scham- und Sittlichkeitsgefühl verletzen.
Im den Gerichtshof in den Stand zu setzen, die Wirkung der
Bilder, wenn sie in Lebensgröße erscheinen, zu prüfen, wurde aus
der Strafkammer eine „Dunkelkammer“ gemacht, das Tageslicht
wurde soviel als möglich abgesperrt und mit Hilfe des Biographen
die Bilder auf eine aufgespannte Leinwand gemworfen. Der Ge-
richtshof kam auf Grund dieser Augenscheinnahme zu dem Er-
gebnis, drei der vorgestellten Bilder für unzüchtig zu erklären.
Da aber nicht sehr große Anstößigkeiten vorlägen, verurteilte der
Gerichtshof die Angeklagten Haase, Kremkau und Feindt zu je
20 M., den Angeklagten Dürckel zu 10 M. Geldstrafe. Die
übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Versuchte Engelmaderei? Eine schwere Anschuldigung führte
den Kaufmann Johann Karl Bras gestern auf die Anklagebank
der 3. Strafkammer des Landgerichts I. Ihm wurde zur Last ge-
legt, eine Frau Rolke zur Begabung eines Verbrechens mündlich
aufgefordert und dafür eine Belohnung versprochen zu haben. Dem
Angeklagten war von seiner Frau zweiter Ehe ein Kind geboren
worden. Letzteres blieb am Leben, während die Mutter am Kind-
bettfieber verstarb. Nach deren Tode gab der Angeklagte das Kind
der Arbeiterfrau Rolke in Pflege und erkundigte sich jede Woche
nach ihm. Wie Frau R. behauptet, habe der Angeklagte sie schon
in der ersten Zeit aufgefordert, das Kind beiseite zu
bringen. Die Frau verweigerte sich zur Befruchtung dieser schweren
Anschuldigung auch auf ihren Schwager, in dessen Gegenwart der
Angeklagte eines Tages sie wieder aufgefordert habe, das Kind
in einen Eimer Wasser zu stecken oder ihm Nord-
häuser zu trinken zu geben. Er soll der Frau 50 M.
dafür geboten, Frau R. will aber darauf erwidert haben: „Sie
habe lieber zehn Kinder in dem Kissen, als eins auf dem Gewissen.“
Das Kind ist einige Wochen nach der Geburt an Schwäche ver-
storben. Der Angeklagte bestritt entschieden, jemals derartige An-
erbietungen der Frau R. gemacht zu haben und wies darauf hin,
daß es sich hier um ein Komplott ihm feindseliger Frauen handele,
die auf Anstiftung einer dritten ihm eine Grube graben wollten.
Da gegen die Glaubwürdigkeit der Belastungszeugen erhebliche
Momente sprachen, erkannte der Gerichtshof auf Freisprechung
des Angeklagten.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen
Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 64—68 pr. 100 Pfund, IIa 57—61,
IIIa 50—55, IVa 40—48, Kalbfleisch Ia 85—90, IIa 72—82, IIIa 56—70,
Dammfleisch Ia 65—75, IIa 50—60, Schornfleisch 74—77. Schwein-
fleisch 40—52 M. Kalb 3,00—4,00, klein 1,50—2,00. Raminchen
Stück 0,90—1,05, Krammetzschel 0,10—0,25 M. Rebhühner, junge Ia
0,80—1,00, junge Ia 0,60, junge kleine 0,60—0,90, alte Ia 0,70—0,75,
alte IIa 0,60—0,90. Hühner pro Stück, alte 0,50—1,85, junge Ia 0,80—1,25,
do. IIa 0,50—0,55. Tauben, junge 0,40—0,55, alte 0,38—0,40. Enten
junge 1,40—2,30. Gänse pro Stück, Ia 3,50—4,00, IIa 2,50—3,50, pro Pfd.
Ia 0,58—0,65, IIa 0,45—0,58. Geste 82 M. Scherle, unrost 114.
Kale, groß 00—00, mittel 0,00, klein 0,00 M. Widgen 00—00 M. Karpfen 0,00,
Zachs 0,00 M. Schafschide IIa 24,00 M. Hämmer 17,00 M. pro 100 Pfund.
Schafschide Wolle (grünlich) 36—38 M. Kurbel, kleine, Schod
0,00 M., unroster 0,00—0,00 M. Eier, Schod 0,00. Butter pro
100 Pfund Ia 122—126, IIa 115—122, IIIa 111—114, abfallende
90—110. Kartoffeln pr. 100 Pfd. rote 2,00—2,20, Weiße 0,00—0,00,
blaue 0,00—0,00, runde weiße 1,80—2,00. Wirsingsohl pr. Schod
4,00—8,00, Weißsohl 6,00—8,00, Rotsohl 4,00—5,00, Kohl 10—13 M.
Saur Gurken, Schod 2,00 M.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Genügend. Ja. - 2. 3. 100. Wenden Sie sich an das zuständige Amt. - G. C. Geisler. Wenden Sie sich an den hiesigen Standesbeamten. Mit dessen Zustimmung kann das auswärtige Standesamt den Akt vornehmen. - 2. 2. Ja; aber wo nicht ist, hat auch der Aktus kein Recht verloren. Für Verheiratung und Verlobung in Gefängnissen...

Können Sie auf Ehecheidung klagen. Ja. - G. B. Z. Da Sie in einer anderen Gemeinde als Beklagter wohnen, ist ein Richtertermin nicht erforderlich. Für die Klage zuständig ist das Amtsgericht Berlin I. - G. B. Z. 1. Genügt. 2. Nein. - B. W. 22. G. B. 10a. Nein. - G. C. S. Die Entscheidung hängt davon ab, ob der Betrieb als Fabrik betrachtet wird. Wird diese Frage bejaht, so würde das Einzelmandat befristet werden. - G. 1890. 1. und 2. Nein. - B. G. 95. Nein. - A. 999. 1. und 2. Nein. 3. Das ist möglich; ein Antrag kann aber nicht ausgestellt werden. 4. Je länger mit einer Scheidungsanfrage gewartet wird, desto schwieriger ist ihre Durchführung. 5. Durch 3. erledigt. - B. B. 23. 1905. Die - mit 150 M. zu stempelnden - Statuten des Vermögensvereins können Sie der Polizei einreichen. - W. S. Graf. - C. G. 58. Sie können beim Amtsgericht den Antrag auf Aufhebung der Beschlagnahme stellen. - Miethe Geld. Leider werden Sie mit einer an sich zureichenden Klage auf Einrichtung besserer Heizvorrichtungen oder auf Aufhebung des Vertrages kaum durchkommen. Die Möglichkeit ist freilich nicht ganz ausgeschlossen. Ein anderes Mittel gibt es nicht. - R. N. D. 84. Mutter und Kind verlieren ihre Ansprüche, wenn nachgewiesen wird, daß die Mutter innerhalb der Empfängniszeit mit mehreren Verkehr hatte. - B. B. 108. Sprechen Sie persönlich beim Schiedsrichter vor. Eine Beschwerde wäre an den Landesgerichtspräsidenten zu richten. - A. L. 1. Ja. - G. B. 68. Ja. - C. B. 12. Die vereinbarte Kündigungsfrist ist zu beobachten. - G. S. 50. Erbschaften bis 150 M., sowie die Erbschaften der Eltern, Kinder, Enkel, Ehegatten, des Blutes, öffentlicher Behörden, der Kirchen und Schulen sind steuerfrei. Die steuerpflichtigen Erbschaften unterliegen je nach dem Grade der Verwandtschaft des Erben mit dem Erblasser...

einer Steuer von 1 bis 8 Proz. - Str., Breslau. § 22 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes schreibt vor, unter welchen Voraussetzungen von einer Berufsgenossenschaft statt anderer Leistungen freie Kur und Verpflegung in einer Heilanstalt gewährt werden kann. - 3. 3. 100. Das Mädchen ist weder strafrechtlich noch zivilrechtlich veranwortlich. - G. B. Eine Klage auf Herausgabe des Kinos gegen Zahlung der vereinbarten Raten hat Aussicht auf Erfolg. - W. B. 1000. Sie sind im Recht.

Witterungsbericht vom 20. November 1905, morgens 8 Uhr. Table with columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag.

Wetterprognose für Dienstag, den 21. November 1905. Ein wenig wärmer, ziemlich trübe und neblig mit geringen Niederschlägen und mäßigen nördlichen Winden. Berliner Wetterbureau

Rat den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 21. November. Anfang 7 1/2 Uhr: Opernhaus. Der schwarze Domino. Schauspielhaus. Der Schwur der Treue. Neues Operntheater. Geldlos. Neues. Ein Sommernachtsstraum. Weiten. Der Opernball. Deutsches. Der Kaufmann von Venedig. Berliner. Kean. Lesing. Die Wildente. Anfang 8 Uhr: Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Veilchenfresser. Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Bühnen-Theater.) Zapfenstreich. Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen. Zentral. Ruffete. Nachmittags 5 Uhr: Prinzessin Goldtraut. Residenz. Der Pringgemahl. Alcines. Hidalla. Trianon. Der letzte Troubadour. Lustspielhaus. Der Familienstag. Thalía. Bis früh um fünf! Carl Weiß. In Berlin ist was los. Luffen. Der Eidreue. - Die Dienstboten. Deutsch-Amerikanisches. Über Herr Herzog! Metropol. Auf - ins Metropol! Kaffee. Das Opferlamm. Apollo. Pringel Kokine. Galhalla. In Lebensgefahr. Herrnsfeld. Familienstag im Hause Prellstein. Wintergarten. Otero. - Spezialitäten. Volles Caprice. Nach dem Japfenstreich. Vorher: Sell und Haben. Spezialitäten. Melodiebollen. Stettiner Sängere. Passage. Spezialitäten. Urania. Taubentanz 48/49. Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtsbäume. Im Hofsaal um 8 Uhr: Dr. v. Unruh: Schmiedbares Eisen und Stahl. Sternwarte. Invalidenstr. 157/62. Täglich von 7 bis 1 Uhr. Im Hofsaal um 8 Uhr: Dr. v. Unruh: Schmiedbares Eisen und Stahl. Apollo-Theater. Täglich: Prinzess Rosine. Bursche u. Operette in 3 Akten von Paul Lincke. Vorher 8 Uhr: Die Attraktionen des November-Programms. Bußtag ist das Theater geschlossen. Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Der Familientag. Morgen Bußtag: Konzert. Residenz-Theater. Direktion: Richard Alexander. Anfang 8 Uhr. Der Pringgemahl. Gattlicher Schwank in 3 Akten von A. Kuntow und S. Chancel. Mittwoch (Bußtag): Geschlossen. Donnerstag u. folgende Tage: Der Pringgemahl. Sonntag nachm. 3 Uhr: Deniss. Carl Weiß-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. Abends 8 Uhr: In Berlin ist was los. Mittwoch: Geschlossen. Sonnabend nachm. 4 Uhr: Snee-wittchen. Abends 8 Uhr: Der Müller und sein Kind. W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Baumstr. 16. Kommaß oder: Ein alter Geiger. Schauspiel mit Gesang in 5 Akten von E. Galkert. Anf. 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Mittwoch des Buß- und Bußtags wegen geschlossen. Fröbels Allerlei-Theater Schaubauer Alter Nr. 118. Jeden Sonntag und Mittwoch: Konzert, Theater u. Spezialitäten. Anfang Sonntags 8 Uhr. Wochentags 8 Uhr. Nach jeder Vorstellung: Großer Tanz.

Urania Tauben- str. 48/49.

8 Uhr: Im Lande der Mitternachtsbäume. Hörssaal 8 Uhr: Dr. v. Unruh: Schmiedbares Eisen und Stahl.

Sternwarte Invaliden- str. 57/62.

Hörssaal 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Spektralanalyse der Himmelskörper.

P. CASTAN'S ANOPTICUM. Friedrichstr. 105.

„Ernte“. Schattenspiel in 9 Bildern. Wanderung durch das Nilal. Restaurant: Original Nürnberger Sängere.

Zentral-Theater

Nachm. 5 Uhr: Kinder-Vorstellung, halbe Preise: Prinzess Goldtraut, 8 Uhr: Musette.

Komische Oper. Friedrichstr. 104-104 a.

Dienstag, den 21. November, abends 8 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Plant. Oper i. 3 Akten, einem Vor- und einem Nachspiel v. Jacques Offenbach. Mittwoch: Geschlossen.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage: Der letzte Troubadour. Anfang 8 Uhr. Sonntag abend: Das Ende der Liebe.

Apollo-Theater.

Täglich: Prinzess Rosine. Bursche u. Operette in 3 Akten von Paul Lincke. Vorher 8 Uhr: Die Attraktionen des November-Programms. Bußtag ist das Theater geschlossen. Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Der Familientag. Morgen Bußtag: Konzert. Residenz-Theater. Direktion: Richard Alexander. Anfang 8 Uhr. Der Pringgemahl. Gattlicher Schwank in 3 Akten von A. Kuntow und S. Chancel. Mittwoch (Bußtag): Geschlossen. Donnerstag u. folgende Tage: Der Pringgemahl. Sonntag nachm. 3 Uhr: Deniss. Carl Weiß-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. Abends 8 Uhr: In Berlin ist was los. Mittwoch: Geschlossen. Sonnabend nachm. 4 Uhr: Snee-wittchen. Abends 8 Uhr: Der Müller und sein Kind. W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Baumstr. 16. Kommaß oder: Ein alter Geiger. Schauspiel mit Gesang in 5 Akten von E. Galkert. Anf. 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Mittwoch des Buß- und Bußtags wegen geschlossen. Fröbels Allerlei-Theater Schaubauer Alter Nr. 118. Jeden Sonntag und Mittwoch: Konzert, Theater u. Spezialitäten. Anfang Sonntags 8 Uhr. Wochentags 8 Uhr. Nach jeder Vorstellung: Großer Tanz.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Dienstag, abends 8 Uhr: Der Veilchenfresser. Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser. Mittwoch, abends 8 Uhr: Oratorium-Aufführung: Die Schöpfung. Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Veilchenfresser. Schiller-Theater N. (Friedr.-Büh. Th.) Dienstag, abends 8 Uhr: Zapfenstreich. Drama in 4 Aufzügen von Franz Adam Beerlein. Mittwoch, abends 8 Uhr: Geistliches Konzert. Donnerstag, abends 8 Uhr: Zapfenstreich.

Zirkus Albert Schumann.

Heute Dienstag, den 21. d. M., abends prägnant 7 1/2 Uhr: Revue! Erst-Aufführung! Revue! Eine wirkliche Sensation. La belle de Thiers. mit ihren hier noch nie gesehenen unglaublichen Zauberkünsten. 4 indische Zauberer Hofkünstler des Maharajas von Mysore. Der schwarze Miß Texas Hattie. Stern! Die beliebteste jugendliche Schauspielerin Fel. Dora Schumann. - Ferner: Gala-Programm, sämtliche Spezialitäten und Direktor Albert Schumanns neue und moderne Dressuren. - Zum Schluß: Die reizende Sportpantomime: Englischen Derby.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr !Auf - in's Metropol! Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen in all. Räumen gestattet. Totensonntag, den 26. November: Einmalige Aufführung: Der Totschläger. Pariser Volkstück in 5 Akten von Emil Zola. Gervaise: Eise Schiff v. Lessing-Theater. Coupeau: Josef Giampietro.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67.

Zum Jeden Abend 8 Uhr! Gastsp. Ad. Philipp 83. ABER! Male. Herr Herzog. Mittwoch: Geschlossen. Sonnabend, den 25. Novbr. 1905, nachm. 4 Uhr: KINDER-VORSTELLUNG. Zum 1. Male: „Hänsel u. Gretel“ in AMERIKA Sonntag, 26. Novbr., abends 8 Uhr: Einmalige Aufführung: „ARME MÄDCHEN“.

Folies Caprice.

Budapester Possen-Theater 132 Linienstr. 132 Ecke Friedrichstraße. Zum 67. Male: Nach dem Zapfenstreich. Vorher: Sell und Haben u. d. ausgezeichneten Spezialitäten. Donnerstag, den 23. November, zum erstenmal: Familie Knopfloch. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf täglich b. A. Wertheim und an der Tageskasse v. 10 Uhr vormittags an.

Walhalla-Theater

Unter dem Protektorat des Herrn Professor Reinhold Begas Gr. Ringkampf - Konkurrenz. Heute tingen: Weber (Deutschland) gegen Petroff (Bulgarien). Bernard (Frankreich) gegen Stronge (Berlin) Entscheidung. Antonisch (Oesterreich) geg Schwarz. Beginn der Ringkämpfe 9 Uhr 45. Rauchen in allen Räumen gestattet. In Vorbereitung: Man lebt ja nur einmal. Totensonntag, den 26. November: Unser Doktor. Palast-Theater Burgstr. 24, 2 Min. v. Bh. Börse. Heute 1/2 8 Uhr. Entree 50 Pf. Das glänzende November-Programm. Braun Verwandl.-Schauspieler. Bargold der einbeinige Univ.-Artist. Die weiße Dame. Poffe mit Gesang und 11 erstklassige Nummern. Familienkaren in allen Berliner Theater- und Zigarrengehöfen sowie im Theaterbureau unentgeltlich zu haben.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.

Zum 17. Male die Revue: Familientag im Hause Prellstein. Komödie in 3 Akten von Anton und Donat Herrnsfeld. Mitwirkende Darsteller: Angelika Frey, Frida Levermann, Carla Mützbauer, Eise Grossin, Käthe Dreher, Julie Leibl-Hahn, Joseph Aschinger, Jacques Morway, Jacques Glaser, Ernst Groß, Jos. Engler, Eugen Neutert, Rich. Goltz, Max Zilzer, Fritz Rus, Hugo Döblin, Bernh. Foerster, Paul Hierson, Albert Blumenreich. Ferner: Donat Herrnsfeld als „Eise Prollstein“. Anton Herrnsfeld als „Winkelkonsulent Schostak“. Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr (Theaterkasse).

Passage-Theater.

Anf. der Abendvorstellung 8 Uhr. Bozena Bradsky in ihrer entzückenden Duncan-Parodie. Paul Jülich der unerwähnte Dumochst 14 neue erstklassige Nummern. Variété Elysium Kommandantenstraße 3/4. Bis 30. November 1905: Großer internationaler Soubretten-Wettstreit.

XI. Berliner Saloon. Zirkus Busch.

Das diesjährige große Manège-Schauspiel: Indien. Original-Pantomime d. Zirkus Busch in 8 Bildern. Die 6 indischen Original-Faktiere und Schlangenbeschwörer. Zum erstenmal in Deutschland: Mr. Hagedorn's Transformations-Grotte. Außerdem: Herr Ernst Schumann mit seinen Neudressuren. Fr. Kaminska, Schulleiterin. Eine Springpferde-Konkurrenz zw. 3 Springpferden.

WINTERGARTEN

OTÉRO und ein auserlesenes Künstler-Programm. Belle-Alliance Theater-Variété. Anfang 8 Uhr. Neues Programm! Georg Kaiser La Laure Etoile Excentrique. Ein Abend in einem amerikanischen Tingel-Tangel. Rauchen im Winterg. gestattet.

Sanssouci, Kottbuserstr. 4

Direktion Wilhelm Reimor. Heute Dienstag: Gastsp. d. Löwe-Ensembles. Sie weiß etwas. Revue Lustspiel in 4 Akten von Rud. Straußel. Morgen: Mittwoch (Bußtag): Berens-Festlichkeit. Sonnt., Mont., Donnerst.: Hoffmanns Norddeutsche Sängere und Tanzsängere. Sonntags Beginn 5 Uhr, wochentags 8 Uhr.

Colosseum

Dresdenerstr. 97. Anfang 8 Uhr - Sonntags 7 Uhr. grandiose Spezialitäten die best. Komiker u. Soubrett. Bendig, Witte Carlsen, Oskar Fürst, Hochgemuth, van Ros, Kämy Behrens. Debat: Flora Fleurette. Gehswilfer Andraschy. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Humoristische Volkavortragung. Jeder Platz 50 Pf., Loge und 1 Parkett 70 Pf. 1 Kind frei. Von Konzert-Saal: Täglich: 2 Kapellen mit Ber. Naturtänzern.

Artus-Hof

Perlebergerstr. 26. Stendalerstr. 16. Salle von 100-1200 Pers. geben den geübten Vereinen zur Verfügung. Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag: Gr. Theater-Vorstellung. Jeden Montag: Quartett-Sänger und humoristische Soiree. Jeden Donnerstag: Gr. Konzert.

Etablissement Buggenhagen

Horstplatz. Täglich in den unteren Sälen: Gottschalk-Konzert.

Reichshallen.

Heute: Stettiner Sängere. Zum Schluß! Fraulein Doktor. Selbstbesetzte von Reffel. Anfang: 8 Uhr. Sonntag: 7 Uhr.

Otto Pritzkows Berliner Abnormitäten-Theater

Mänstr. 16. Die drei lebenden gr. anatomischen Wunder Muskelmensch Skelett-Mensch Gummihautmensch. Entree 20 Pf.

Schöneberger Wintergarten

Goltzstraße 9. Täglich Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Sonntags 2 Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr zu halben Preisen. Jede erwachsene Person hat ein Kind frei. - Abends 7 1/2 Uhr Große Gala-Vorstellung. Die Direktion.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater

Frankfurter-Allee 85. Abends 8 Uhr: Signor Franzeko, Reu! wunderbarer Avolmanisch am Trapez. Reu! Die 4 Vollmers, Reu! Alte-Altobaten. Reu! Das gebildete Dienstmädchen, Goffe mit Gelang. Reu! Der eifersüchtige Ehemann, Goffe mit Gelang. und 15 Spezialitäten.

Böhm. Brauhaus Landsberger Allee.

Heute (sonst jeden Dienstag): Soiree der Fritz Steidl-Sängere. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf., Sperrst. 50 Pf.

Das größte Brot für 50 Pf.

Badware: 6 Stk 10 Pfennig in Albrechts Bäckereien: Drangelsstr. 135, Kranzstraße 19, Waldenstraße 28, Kanthofstr. 2, Marktstraße 11, Stand 222/23, Marktstraße 11, Stand 16/18, Zentrale: Bogdamerstr. 13.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger-Würzburg. - 20 Pf. In Berlin: Salomon-Apothek, Charlottenstraße, Greif-Apothek, Dammstr. 33. In Breslau: 3612, Victoria-Apothek, Friedr. Wilhelmstr. 43

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensoren sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Liefer. f. Dtsch. u. Ausl.-Krankenkassen Berlin C. 30. Finow-Strasse 30. NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Bändern, angenehm und weich am Körper. 4402

Kranz- und Blumenbinderei

von Robert Meyer, u. n. Mariannen-Strasse 2. Vereins-Kränze, Polster- u. Blumen-Arrangements, Baskets, Girlanden, usw. werden fein u. preiswert geliefert

Kaufhaus Max Mannheim

Sonntags geschlossen!

Frankfurter Allee 109-112.

Sonntags geschlossen!

Nachstehend aufgeführte und im Preise erheblich herabgesetzte Artikel eignen sich vorzüglich als

Weihnachts-Geschenke.

Damen-Lavalliers sonst 1,15—1,95 M.
 Schweizer Stückerlei Stück von 4,10 Mtr. sonst 1,50—2,00 M.
 Damenhüte ungarliert, modernste Formen, sonst 1,50—2,75 M.
 Tuch- und Plüsch-Kinder-Capotten sonst 1,10—1,50 M.
 1/2 Dtz. Damen-Batist-Taschentücher weiss mit Buchstaben
 1/2 Dtz. Damen-Linon-Taschentücher weiss mit Leinenglanz
 1/2 Dtz. Herren-Linon-Taschentücher weiss, mit Leinenglanz
 Rolltuch mit breiter Rollbordüre, rot oder blau, 80 x 160 cm
 1/2 Dtz. Wischtücher weiss mit Rand und rot kariert
 Parchend-Bluse in neuesten Mustern sonst 1,25 M.
 Lammfell-Boa weiss
 Melton-Pantoffel in feinen Farben, Grösse 36—42
 Pommersche Plüsch-Pantoffel brauner Filzsohle, Grösse 36—47
 Oberfilz-Riemenschuhe mit Lederkappe, Grösse 24—29
 Melton-Mikado mit Ledersohlen Grösse 24—35
 3 Stück Herren-Stehkragen moderne Form, 5, 6 u. 7 cm hoch
 Herren-Oravatten in Plastron- u. Regatteform, sonst bis 3 M.
 Damenhandschuhe, reine Wolle mit Seidenfutter, sonst 1,25 M.
 Damengürtel, Glacéled., mit u. ohne Rückenteil, sonst 1,25—1,75 M.

Stoffgürtel und Gummigürtel sonst 1,25—1,75 M.
 Uhrgehäuse, Konsole, Etageren
 Handtuchhalter, Bürstentaschen
 Damenstrümpfe, reine Wolle Ia, deutsch lang
 Damenstrümpfe, reine Wolle Ia, englisch lang
 Damenstrümpfe, reine Wolle, Ringel, englisch lang
 Macco-Hemd sonst 1,75 M.
 Macco-Hose sonst 1,75 M.
 Zuaven-Jäckchen, glatt mit Plüschbesatz sonst 2,25 M.
 Damenjacken, Coeper Parchend m. Barmer Spitze sonst 1,25 M.
 Damenbeinkleid, Hemdentuch mit Stückerlei
 Damenbeinkleid, Molton in allen Farben mit Woll-Languetten.
 Wirtschaftsschürze mit Träger, bunt mit Bordenbesatz
 Wirtschaftsschürze, mit Volant, Tasche und Besatz
 Reinw. Cheviot u. Crêpe, extra schwere Qualität, sonst Mtr. 1,55
 Hauskleiderstoffe sonst Mtr. 1,35
 Kleider- u. Blusenstoffe, kariert u. genoppt, sonst Mtr. 1,35
 Monteur-Jacken u. Hosen, blau sonst Mtr. 1,25
 Knaben-Leibchen-Hosen

kosten jetzt nur

à

95 Pf.

Damenhüte, garniert, modernste Formen sonst 2,25—4,75 M.
 Damencorsetts, verschiedene Facons sonst 2,25—4,25 M.
 Kränze für den Toten-Sonntag sonst 2,25 M.
 Tuch u. Plüsch-Kinder-Capotten sonst 2,10—3,25 M.
 Damen-Röcke, Trikot mit Futter
 Damen- u. Herren-Handschuhe, Waschleder, sonst 2,50 M.
 Damenhemd mit Handstickerei u. Languetten
 Damenhemd mit Madeira-Stickerei
 Damen-Beinkleid, Coeper, Parchend mit Pat.-Languette
 Anstands-Rock, Parchend, mit Stickerei-Volant
 Herrenhemd mit bunt. Bördchenbesatz
 Reform-Kleiderschürze, bunt. Gingham mit Bordenbesatz
 Oberfilzschuhe mit Filzfutter, Filzsohlen, Filzbesatzfassung Gr. 36—42
 Melton-Kinder-Hausschuhe mit fester Ledersohle Gr. 30—35
 Leder-Hausschuhe, rot od. schwarz, warm gefüttert Gr. 36—42
 Gummischuhe, deutsches Fabrikat, garant. haltbar Gr. 36—42
 Filz-Schnallenstiefel, f. Damen u. Herren m. Ledersohl. Gr. 36—47

1/2 Dtz. Handtücher, weiss Gerstenkorn mit Bordüre
 1/2 Dtz. Handtücher, weiss Drellgewebe, kräftige Qualität
 1/2 Dtz. Servietten, weiss Damast, schwere Ware
 Tischtuch, weiss Damast, schwere Ware 130/130 cm
 Velour-Bluse in schönen Dessins 2,50—3,50 M.
 Kinderkleider, Matinés in Parchend
 Tuch-Unterrock reich garniert
 Canin-Muffe
 Normal-Hose sonst 2,25 M.
 Normal-Hemd sonst 2,25 M.
 Zuaven-Jäckchen für Damen, verschiedene Muster
 Arbeitshose, gut gewirnter Stoff sonst 2,50 M.
 Knaben-Joppe, warm gefüttert
 Stoffweste
 Knabenbluse, gestreift und glatt
 Herrenhut, schwarz, weich oder steif, moderne Form
 Kaffeedecken, Tischdecken, Bettdecken, Schirmständer

kosten jetzt nur

à

190 Mk.

Rundhüte für Kinder Tuch, Plüsch u. Kaschmir sonst 3,25—4,75
 Imitiert Marabout-Boas dick, 2 reihig, 165 cm lang, sonst 4,25
 Gefütterte Herren Glacé-Handschuhe mit reinwoll. Futter
 extra haltbar sonst 3,75
 1/2 Dutzend Damenhemden mit reicher Handstickerei
 1/2 Dutzend Damen-Beinkleider Körper-Parchend mit Stickerei-
 Volant, Passen oder Knieform
 Wäsche-Garnitur Taghemd und Beinkleid in weiss oder farbiger Stückerlei
 Molton-Garnitur in allen Farben, Rock und Beinkleid in woll. Languetten
 1/4 Dutzend Schürzen sortiert } 1 Kleiderschürze
 1 Hauschürze
 1 Tändelschürze
 1 Stück Elsässer Hemdentuch für Leib- u. Bettwäsche (10 Meter)
 1 Stück Renforcé reifarbig, für Damen- und Kinderwäsche (10 Meter)
 1 Stück Luisianatuch Leinenglanz vorzügliche Qualität
 für jede Art Wäsche (10 Meter)
 Kaffeegedeck weiss, mit reicher Bordüre und Serv. Gedeck
 Pommersche Mohair-Plüschschuhe, prima Ledersohlen Grösse 36—42
 Melton-Schuhe mit Absatz, Plüsch-Einfassung, Grösse 36—42

Ia. Velour-Bluse, elegante Ausführung, sonst 3,50 M.
 Kostüm-Röcke
 Morgenröcke in Parchend
 Imitiert. Seal-Gollier mit 4 Schweifen
 Reinwoll. Velour-Unterrock sonst 4,— M.
 Blaue Monteur-Jacken und Hosen
 für den Winter, dick. Pilot, sonst 3,50 M.
 Knabenanzüge sonst 4, 5 u. 6 M.
 Stoffwesten
 Stoffhosen in schön gestreiften Mustern, sonst 3,50 M.
 Herren-Hüte, schwarz, in weich oder steif, moderne Form
 Tischdecken, Betttücher
 Käfigständer, Blumenständer, Lincrusta-Korb
 Filz-Schnallenstiefel, prima mit Leder-
 sohlen und Fleck Grösse 36—42
 Leder-Hausschuhe mit Nylkitfutter,
 Plüschbesatzfassung Grösse 36—42
 Gummischuhe, echt russisch mit Sporn,
 prima rot Stempel Grösse 36—42

kosten jetzt nur

à

290 Mk.

Möbel, Zimmer- und Küchen-Einrichtungen Übernahme von Innen-Dekorationen
 jeder Art. 30 30 30 30

Photographisches Atelier. □ Erfrischungsraum.

Man verlange Rabatt-Marken!

Zur Selbstverwaltung der Krankenkassen.

Das Oberverwaltungsgericht hatte sich am Sonnabend aus Anlaß mehrerer Klagen, die in Sachen des Kölner Kreisgerichts und des Eingriffs der Behörden zumgunsten der Kassen ergangen sind, mit der Frage der Zulässigkeit des Verwaltungsstreitverfahrens gegen mehrere behördliche Verfügungen zu befassen. Am 1. Oktober 1903 kündigten mit wenigen Ausnahmen die Kölner Kassenärzte den Krankenkassen Köln und verweigerten vom 1. Januar 1904 an, abzugeben von dringenden Notfällen, jede weitere ärztliche Behandlung von Kassenmitgliedern. Die Kassen zogen an Stelle der kündigenden Ärzte andere, meist von außerhalb, heran und verpflichteten diese vertraglich zur Behandlung der Kassenmitglieder. Die Zahl dieser neuen Ärzte soll Ende Januar nach Angaben der Kassen etwa 35 betragen haben. Am 22. Januar erließ der Regierungspräsident zu Köln eine Verfügung an den Oberbürgermeister, worin unter anderem gesagt war: Der größere Teil der Kölner Krankenkassen gewähre keine ausreichende ärztliche Fürsorge. 20 bis 35 Kassenärzte seien gegenüber 100 000 Versicherten nicht ausreichend, zumal wenige Spezialisten darunter wären. Beschwerden seien eingegangen, darunter auch von mehr als 30 Versicherten. Der Kassenärztinnen müsse entgegen gewirkt werden, im Interesse der Versicherten wie auch der Allgemeinheit. Wünschenswert sei die Anstellung von noch dreißig Kassenärzten sei nötig. Der Oberbürgermeister werde ersucht, die Kassen, in denen die Ärzte nicht ausreichten, sofort aufzufordern, für ausreichende Ärzte Sorge zu tragen, Änderungen anzugeben. — Noch am selben Tage ging eine Abschrift der Verfügung mit Hinweis des Oberbürgermeisters auf § 45 des Krankenversicherungsgesetzes an den Vorstand der Vereinigten Ortskrankenkasse der Handwerker und an den Vorstand der Ortskrankenkasse für die in Fabriken des Gemeindebezirks Köln beschäftigten Personen.

Nachdem es am 31. Januar wieder eine Verfügung des Regierungspräsidenten gegeben hatte, die noch mit dem § 45 des Gesetzes rechnete, ließ sich der Regierungspräsident am 1. Februar zum Oberbürgermeister so vernehmen: Die Kassen hätten nicht für genügend Ärzte gesorgt, deshalb sei mit den in einem Verzeichnis genannten Ärzten (es waren die Streikenden) von ihm ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach nunmehr die Kassenmitglieder von diesen im Verzeichnis aufgeführten Ärzten ärztliche Fürsorge erfahren würden. Da hiermit genügend Fürsorge getroffen sei, hätten die betreffenden Kassenvorstände sich zu weiterer Anstellungen von Ärzten zu enthalten. Hierfür bezog der Regierungspräsident sich jetzt auf § 56a des Krankenversicherungsgesetzes, wo es heißt: „Auf Antrag von mindestens 30 beteiligten Versicherten kann die höhere Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Kasse und der Aufsichtsbehörde die Gewährung der in § 6 Absatz 1 und § 7 Absatz 1 bezeichneten Leistungen durch weitere als die von der Kasse bestimmten Ärzte, Apotheker und Krankenhäuser verfügen, wenn durch die von der Kasse getroffenen Anordnungen eine den berechtigten Anforderungen der Versicherten entsprechende Gewährung jener Leistungen nicht gesichert ist. Wird einer solchen Verfügung nicht binnen der gesetzten Frist Folge geleistet, so kann die höhere Verwaltungsbehörde die erforderlichen Anordnungen statt der zuständigen Kassenorgane mit verbindlicher Wirkung für die Kassen treffen.“ Nach dem 3. Absatz des § 56a ist die Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde endgültig.

Die Zustellung dieser letzten Verfügung des Regierungspräsidenten an die genannten beiden Kassen erfolgte mit Geleitworten des Oberbürgermeisters, die dahin gingen, daß er die Ausführung des vom Regierungspräsidenten abgeschlossenen Vertrages übernehme und daß auf die fernere Tätigkeit der vom Vorstand bestellten Ärzte Verzicht geleistet werden müßte. Ihre Abfindung würde von anderer Seite erfolgen. Eine frühere Verfügung nehme er zurück.

Die Vorstände der beiden Kassen klagten beim Bezirksauschuß gegen den Oberbürgermeister auf Aufhebung der Verfügung, indem sie davon ausgingen, daß es sich lediglich um ein vom Regierungspräsidenten angeregtes Vorgehen der Aufsichtsbehörde (des Oberbürgermeisters) gemäß § 45 Abs. 5 des Gesetzes handele, so daß nach § 45 Abs. 6 hier das Streitverfahren gegeben sei. Aus dem Rahmen des § 56a, auf den sich der Regierungspräsident zuletzt gegenüber dem Bürgermeister zurückgezogen habe, falle das Vorgehen vollständig heraus. Und § 45 Abs. 5 rechtfertige es auch nicht. Danach könne die Aufsichtsbehörde die Befugnisse und Obliegenheiten der Kassen nur auf Kosten der Kassen wahrnehmen lassen, wenn die Kasse die Erfüllung ihrer gesetzlichen oder statutenmäßigen Obliegenheiten verweigere; den klagenden Kassen habe aber eine derartige „Verweigerung“ völlig fernzulegen.

Der Bezirksauschuß wies jedoch die Klagen als unzulässig ab und das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte die Vorentscheidung am 10. November, indem es ausführte: Bezüglich der beiden hier in Betracht kommenden Kassen sei anzunehmen, daß hier der Regierungspräsident eine Anordnung auf Grund des § 56a getroffen und den Oberbürgermeister beauftragt habe, diese Anordnung auszuführen. Die letzte Verfügung des Oberbürgermeisters an die beiden Kassen zeige deutlich, daß er diesen Auftrag angenommen habe und seinen früheren Hinweis auf § 45 zurückgezogen habe. Das Gericht nehme an, daß der Oberbürgermeister nur noch als Beauftragter der höheren Verwaltungsbehörde deren Anordnung habe vollziehen wollen. Unter diesen Umständen sei die Klage hier überhaupt nicht gegeben, da die Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde gemäß § 56a endgültig sei. Ob die Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde sich völlig im Rahmen des § 56a bewege oder nicht, müsse für die Frage der Zulässigkeit des Streitverfahrens außer Betracht bleiben.

Die Klagen von sechs weiteren Kölner Krankenkassen (bis auf eine, die Ortskrankenkasse Rippes-Köln, Betriebskrankenkassen) beschäftigten am selben Tage das Ober-Verwaltungsgericht. In diesen Fällen hatten aber die auf demselben Gebiete sich bewegenden Verfügungen an die Kassen sich unweifelhaft als Verfügungen des Oberbürgermeisters (der Aufsichtsbehörde) gemäß § 45 Absatz 5 gegeben. Die Klagen dieser Kassen hat der Bezirksauschuß abgewiesen, weil rechtlich nichts gegen die Verfügungen einzuwenden sei und eine richterliche Nachprüfung der Tatsachen nicht nach § 45 Absatz 6 zulässig wäre. Das Ober-Verwaltungsgericht hob diese sechs Urteile auf, weil der Richter doch die tatsächlichen Voraussetzungen für ein Vorgehen der Aufsichtsbehörde auf Grund des § 45 Absatz 5 nachprüfen habe. Zur Nachprüfung wurden diese Sachen an den Bezirksauschuß zurückverwiesen.

Wir gedenken auf die Entscheidungen zurückzukommen, sobald und die Urteile des Ober-Verwaltungsgerichts im Wortlaut vorliegen.

Aus Industrie und Handel.

Geschäftslage im Baumwollgewerbe. Bei der gegenwärtig äußerst flotten Beschäftigung des Baumwollgewerbes wird es besonders unangenehm empfunden, daß die Rohstoffpreise eine stark steigende Tendenz aufweisen. Diese Verteuerung ist um so besorgniserregender, als nicht nur die Berichte über das Ergebnis der Westernter in letzter Zeit recht günstig lauteten, sondern auch die Versorgung der Welt mit Rohbaumwolle im laufenden Jahre so reichlich war, daß nach Abzug des Konjums sich ein Vorratsbestand von über 2 Millionen

Ballen ergab, während im Vorjahre nur circa 49 000 Ballen auf Lager gewesen waren. Während sonst aber vielfach in der Textilindustrie über das Mißverhältnis zwischen Rohstoff- und Fabrikatpreisen geklagt wird, sind in der letzten Zeit nicht nur die Preise für Baumwollgarne den Schwankungen am Rohstoffmarkt mehr gefolgt, sondern auch die für Gewebe wiefen von Oktober auf November fast durchweg für alle wichtigeren Sorten Erhöhungen auf.

Kapitalerhöhung. Der Aufsichtsrat der New York Central and Hudson River Railway Company hat die Erhöhung des Aktienkapitals um 17 192 500 Dollar beschlossen. Den Aktionären werden die neuen Aktien mit der Maßgabe angeboten, daß für 13 neue Aktien 100 alte umgetauscht werden müssen.

Die am Montag stattgefundene Generalversammlung der Bayerischen Bank in München genehmigte die Umwandlung der Gesellschaft in die Firma Bayerische Bank für Handel und Industrie und eine Kapitalerhöhung: Übertragung des Grundkapitals von 9 auf 8 Millionen Mark, sodann Wiedererhöhung auf 20 Millionen Mark. Das Bankhaus Gutleben u. Weidert, sowie die Darmstädter Bank übernehmen je 6 Millionen neue Aktien.

Dividenden. Bei einem Reingewinn von 1 402 513 M. verteilte die Westf. Drahtindustrie diesmal 12 Proz. gegen 10 Proz. im Vorjahre. — Die Rombacher Hüttenwerke erbrachten einen Betriebsüberschuß von 6 004 185 M., die Dividende ist auf 12 Proz., 4 Proz. höher als im Vorjahre angesetzt. — 13 Proz. gegen 16 Proz. im Vorjahre bringt die Wöhrner Spiritus-Produktionsgesellschaft zur Verteilung; der Reingewinn beläuft sich auf 423 068 M. — Ein Reingewinn von 677 835 M., den eine Elberfelder Papierfabrik erzielte, gestattet die Ausschüttung einer Dividende von 20 Proz.

Preisfrage. Der Verein deutscher Eisenbahner hat die Preise für Kohlen um 1 M. pro 100 Kilogramm erhöht. — Die Dresdener Großhändler nahmen eine Preissteigerung von 50 Pf. pro Doppelzentner für I-Träger und U-Eisen vor. — Der Mansfelder Kupferpreis stieg am Montag von 159 auf 162 M.

Die Aktiengesellschaften in der italienischen Industrie von 1882 bis 1903. In dem kürzlich ausgegebenen September-Oktoberheft der volkswirtschaftlichen Monatschrift „Riforma sociale“ behandelt G. Jara die Entwicklung des italienischen Aktienkapitals und seiner Profitbildung während der letzten 22 Jahre.

Als Gewinn rechnet Jara die zur Verteilung gelangte Dividende und die dem Reservefonds überwiefsenen Summen, ferner die für Amortisierung des Betriebskapitals und zum Rückkauf der Aktien verrechneten; die beiden letzten Posten — zählt er nicht zum Gewinn in der Montanindustrie, weil sie theoretisch der Erhöhung des Wertes entsprechen, und bei den Eisenbahngesellschaften, weil diese selbst — obwohl volkswirtschaftlich mit Unrecht — die Amortisationsquoten nicht als Gewinn rechnen.

Im ganzen ist in den betrachteten 22 Jahren das als Aktienkapital in den 23 Hauptindustriezweigen interessierte Kapital von weniger als einer halben Milliarde (400 Millionen) auf 1 1/2 Milliarden (1 156 Millionen) angewachsen. Der Zuwachs erleidet in den neunziger Jahren einen Stillstand und selbst Rückschritt, und wird von 1899 an wieder beständig, so daß die Zahl für 1903 die höchste bis jetzt erreichte ist. Die Profitrate (Durchschnitt aller Gesellschaften) liegt mit 6,2 Proz. ein. erreicht 1885 mit 6,9 Proz. den Höhepunkt, um dann fast plötzlich im Krisenjahr 1890 auf 1,95 Prozent zu sinken; seitdem steigt die Profitrate wieder mit leichten Schwankungen, und erreicht im Jahre 1903 5,3 Proz.

Kürzlich haben die verschiedenen Industrien sehr verschiedenen Anteil an der Kapitalvermehrung und am Gewinne. Zurückgegangen sind die Kapitalien nur in der Döllindrie und zwar von 25 auf 16 Millionen. Zugewonnen hat — in absoluten Zahlen — das Aktienkapital am meisten im Transportgewerbe (Sekundärbahnen, Tramway, Omnibus, Transportgesellschaften), wo es von 40 auf 220 Millionen stieg, dann in der mechanischen und Metallindustrie — von 7 auf 160 Millionen. Im Verhältnis zum ursprünglichen Kapital sind am meisten gewachsen die Getreidemahlerei (von 0,4 auf 45 Proz.), die elektrische Industrie (von 6 auf 67), die Lager- und Drogengesellschaften (von 3 auf 30), das Baugewerbe (von 1 auf 9), die Druckerei- und Verlagsindustrie (von 1 auf 7) usw. Für alle Industrien mit Ausnahme der folgenden stellt das Jahr 1903 den Höhepunkt des bisher erreichten Aktienkapitals dar: Metallindustrie (Höhepunkt 1900), chemische Industrie (1900), Kalk, Zement und Gips (1889), Baugewerbe (1888) und des Kreditwesens (1889).

Was die Bewegung der Profitrate betrifft, so ist sie so schwankend, daß wir sie hier nicht verfolgen können. Es genügt zu sagen, daß die Industrie der Gas- und Wasserversorgung, der Seide, Baumwolle, des Jutes, Papiers und der Nahrungsmittel fast ganz von der Krise der neunziger Jahre verschont blieben. Im Jahre 1903 überstieg der Gewinn 5 Proz. in folgenden Industrien: Kalk und Zement (11 Proz.), Papier (10 Proz.), Montanindustrie (8,5 Proz.), Glas und Porzellan (8,5 Proz.), Baumwolle (7,5 Proz.), elektrische Industrie (7 Proz.) und in der Gas- und Wasserindustrie, im Wassertransportwesen und in der Drog- und Lagerindustrie (6 Proz.) Mit weniger als 2 Proz. Gewinn arbeiteten die Aktiengesellschaften im Brauereigewerbe (1,4 Proz.), in der Seidenindustrie (Minus 1,8 Proz.) und in der Wolllindustrie (Minus 7,7 Proz.).

Im großen ganzen spiegelt sich aber doch in dieser nur einen Teil des industriellen Kapitals betreffenden Studie der kräftige Aufschwung wieder, den das italienische Wirtschaftsleben in den letzten Jahren genommen hat und der auch in der Bewegung der Arbeitslöhne zu bemerken ist. Uebrigens zählen gerade die die höchsten Dividenden abwerfenden Industrien (mit Ausnahme der elektrischen und der Getreidemahlereien) die niedrigsten Löhne).

Amerikanische Bahnen. Die Northern Pacific-Bahn erzielte im letzten Geschäftsjahre bei 155 Millionen Dollar Aktienkapital 50 722 886 Doll. Einnahme; der Reingewinn betrug 22 313 127 Doll., gegen 20 827 256 Doll. im vorigen Jahre. — Die Einnahme der St. Louis and San Francisco Railway Company beliefert sich auf 29 958 239 Doll. Nach Abzug aller Unkosten verbleibt ein Nettoerlös von 11 493 836 Doll. Die durchschnittliche Betriebslänge der Bahn beträgt jetzt 5060 engl. Meilen.

Standard-Oil-Profit. Eine Dividende von zehn Dollar pro Aktie für das letzte Vierteljahr wurde vorige Woche von der Standard Oil Company festgelegt. John D. Rockefeller, der 50 Prozent aller Aktien der Gesellschaft besitzt, wird allein fünf Millionen Dollar als seinen Anteil ziehen. Im letzten Jahre verteilte die Gesellschaft 40 Millionen Dollar an Dividenden, davon 20 Millionen an Rockefeller, dessen Jahreserinnahme auf mehr als das Doppelte geschätzt wird, denn er hat noch viele andere Geldquellen; ihm gehört beinahe die Hälfte aller Aktien von Gesellschaften, die in einem direkten Abhängigkeitsverhältnis zum Oeltrakt stehen. Die Standard Oil Company ist der mächtigste und reichste Trakt der Welt.

Aus der Frauenbewegung.

Die österreichischen Genossinnen im Wahlrechtskampf. Zwölf Jahre sind es her, seit die sozialdemokratischen Arbeiterinnen Oesterreichs das erstemal an der Bewegung zur Erreichung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes teilgenommen haben. Es war die große Wahlrechtsbewegung, die im Jahre 1893 begonnen hatte und mit der Gesetzgebung der V. Kurie 1896 ihren vorläufigen Abschluß fand. Am 10. Juli 1893 hatte die ewig denkwürdige Versammlung im Arkadenhofe des Rathhauses stattgefunden und am 1. Oktober desselben Jahres hielten die Wiener Genossinnen eine Frauenversammlung unter freiem Himmel ab, in der sie ihr Anrecht auf das Wahlrecht reklamierten.

Auch diese Versammlung wird unergessen bleiben. Die Referentin wurde angeklagt, in ihrer Rede die „Ehrfurcht“ vor den Mitgliedern des kaiserlichen Hauses verlegt zu haben. Sie hatte bei einer Nebenbemerkung die Frage gestellt, ob denn Erzherzöge ein besseres Herz haben als gewöhnliche Menschenkinder. Vier Monate her war das Urteil, das der berühmte Solzingerer zur Abmilderung des schweren Vergehens fällte. (Die höhere Instanz hob dann das Urteil auf und eine neuerliche Verhandlung ergab einen Freispruch.)

Im Verlaufe dieser 12 Jahre hat sich die Zahl der Genossinnen fast verdreifacht, die sozialdemokratische Erkenntnis hat sich vertieft. Die Genossinnen haben zwar nie unterlassen, immer wieder zu betonen, daß das allgemeine Wahlrecht erst dann ein wirklich allgemeines sein wird, wenn es auch die Frauen ausüben, aber die Genossinnen haben gelernt, daß theoretische Grundsätze, mögen sie noch so gerecht sein, nicht immer sofort zu verwirklichen sind. Die Genossinnen, welche am sozialdemokratischen Gesamtparteitag, der vor wenigen Wochen im Wiener Arbeiterheim stattfand, teilnahmen, stimmten daher vollständig zu, als Genosse Ellenbogen bei Begründung der Resolution über „die österreichische Krise und das Wahlrecht“ ausführte, daß die Resolution nur deshalb vom Frauenwahlrecht nicht spreche, weil sie überhaupt nur das jetzt momentan Erreichbare betone. Den sozialdemokratischen Arbeiterinnen Oesterreichs ist es vollständig klar, daß es sich im gegenwärtigen Augenblick nicht um den prinzipiellen Standpunkt zum Wahlrecht handelt, sondern darum, zunächst den Männern das gleiche und direkte Wahlrecht zu erobern. Als die Vertreter der nationalen Exekutiven und der Industrieverbände die Erklärungen abgaben, ihre Mandatgeber seien entschlossen, für das Wahlrecht den politischen Massenstreik zu proklamieren, wenn Regierung und Parlament nicht anders zur Einsicht kommen, da erklärte Genossin Popp namens der Frauen, daß diese sich in dem großen Momente, wo das Loben der russischen Revolution die Arbeiter Oesterreichs anfeueren, ihren Kampf um Wahlrecht nunmehr zum Siege zu führen, eine Fühlerin mit den Genossen und sie ihre ganze Agitationskraft, all ihren Enthusiasmus und ihre Begeisterung in den Dienst der Sache stellen.

Genossin Popp betonte, die Frauen seien der Ueberzeugung, daß die von politischer Entrechtung befreiten Männer des Proletariats die entschlossensten Kämpfer für die Beseitigung des politischen Unrechtes werden, unter welchem die Frauen leiden.

Tatsächlich gibt es keine Wahlrechtsversammlung, keine Demonstration, an der nicht auch Frauen zahlreich teilnehmen, alle redgebühten Genossinnen sind tätig, um die Solidarität der Industriearbeiterinnen zu gewinnen damit sie am Tage der Parlamentsberöffnung gleich den Männern die Arbeit ruhen lassen. Außerdem finden in allen Bezirken Wiens große Frauerversammlungen statt, um auch die nicht industriell tätigen Frauen zu unterrichten über die stattfindenden Manifestationen. Die „Goldentaten“, welche die Wiener und die Prager Polizei im Wahlrechtskampf schon vollbracht haben, konnten den Mut der Frauen nicht einschüchtern. Nur lebendiger ist das Bestreben geworden, in den ersten Augenblicken in Reich und Glied mit den Männern zu kämpfen in dem Bewußtsein, daß die Eroberung des gleichen Wahlrechtes für die Männern die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit, welche die Frauen bedrückt und knechtet, vorbereitet.

Gerichts-Zeitung.

Dresdener Justiz gegen die „Sächsische Arbeiterzeitung“. Vor der zweiten Strafkammer des Dresdener Landgerichts hatte sich in der vergangenen Woche der verantwortliche Redakteur der „Sächs. Arbeiterzeitung“, Gustav Riem, wegen Verleumdung der Sanitätsunteroffiziere des Dresdener Garnisonslazarets zu verantworten. In einem mit „Im Garnisonslazarett“ überschriebenen Stimmungsbild war in satirischer, feuilletonistischer Weise das Leben in einem Lazarett gezeichnet. Der Artikel enthielt jedoch in keiner Weise irgend welche Angriffe auf bestimmte Personen, er war auch nicht auf Dresdener Verhältnisse und erst recht nicht auf das dortige Militär Lazarett zugeschnitten. Auch die in dem Artikelbilde enthaltenen Szenen und Beschreibungen passten absolut nicht auf das Garnisonslazarett. Dessenungeachtet schickten sich aber die im Lazarett beschäftigten Sanitätsunteroffiziere beleidigt und insofgedessen stellte das Kriegsministerium auf Denunziation der antisemitischen „Wacht“ hin Strafantrag gegen Redakteur Riem. Der letztere stellte unter Verweis, daß jener Artikel lediglich als ein feuilletonistisches Stimmungsbild zu betrachten sei, und benannte als journalistischen Sachverständigen den Feuilletonredakteur des „Dress. Anzeigers“ Prof. Dr. Schumann. Dieser bestätigte die Angaben des Angeklagten. Die Verhandlung leitete der aus früheren Verhörungen und aus seinem Vorgehen aus Anlaß des Waldschloßchen-Vierkonflikts bekannte Landgerichtsdirektor Dr. Becker. Als Genosse Riem erklärte, daß mit dem intrinzierten Artikel Verhältnisse im Dresdener Garnisonslazarett gar nicht gezeichnet werden sollten, veranlaßte er schon damit eine erregte Auseinandersetzung mit dem Vorsitzenden, der die Stimmungsbilder als eine gemeine Kritik bestimmter Dresdener Vorgänge bezeichnete, und dabei stehen blieb, daß es sich um eine Schilderung konkreter Vorgänge handle. Der als Zeuge geladene Oberarzt des Dresdener Garnisonslazarets bezeichnete den Inhalt des Artikels als unwahr, nicht einmal die Angaben über die Lokalitäten stimmten. Trotzdem meint der Zeuge, daß nur das dortige Lazarett gemeint sein könne, weil vom Norden Dresdens, Häuserblock im Quadrat, von Gardereitern usw. die Rede ist. Von der Staatsanwaltschaft wird Genosse Wendel als Verfasser angeklagt, weil dieser als Soldat im Lazarett Weiz gelegen hat. Der Sachverständige Professor Schumann begutachtet: Seiner Ansicht nach handelte es sich um einen Allerweltsartikel, der lokalisiert worden sei. Jedenfalls habe er den Eindruck gehabt, daß Verhältnisse geschildert werden, wie sie in jedem Lazarett vorkommen können. Hier fällt dem Sachverständigen der Vorliegende heftig ins Wort, indem er bemerkt: Wir wollen lieber sagen, wie es Gott sei Dank nirgends vorkommt! Das Urteil lautete: Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Verleumdung der Ärzte und Sanitätsunteroffiziere des Dresdener Garnisonslazarets zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Dem Kriegsministerium wird die Publikationsverpflichtung zugesprochen. Aus den Urteilsgründen sei hervorgehoben, daß das Gericht es für offensichtlich hält, daß der Artikel „Im Garnisonslazarett“ total gezeichnet worden ist. Als Täter ist der Schriftsteller Wendel angesehen worden, doch habe der Angeklagte in Mittäterschaft gehandelt, denn er habe zweifellos den Artikel zuvor geprüft. Dieser Artikel enthalte eine besondere Gefahr und sei geeignet, den Massenhaß zu schüren. Der Angeklagte habe in diesem Falle nicht in gutem Glauben gehandelt. Daraus ergebe sich auch die Unmöglichkeit der Annahme mildernder Umstände. Die Strafe würde noch höher bemessen worden sein, wenn der Angeklagte schon eine Freiheitsstrafe erlitten hätte. — Der Schuldspruch, das Ausmaß der Strafe und die Art, in der der Vorliegende Zeugen und Sachverständige vernahm, stehen mit den Forderungen, die das Reichstagsmitglied des Volkes stellt in schneidendem Widerspruch. Sie werden manchen zur Beilegung der Frage, was Massenjustiz ist, veranlassen. — In einer zweiten Verleumdungsklage, wegen Verleumdung einer Weizener Firma, wurde auf 600 M. Geldstrafe erkannt.

Arbeiter-Notiz-Kalender 1906

Geb. 60 Pfg. Porto 10 Pfg.

Ein nützlicher Ratgeber, ein unentbehrliches Nachschlagewerk für alle in Partei und Gewerkschaften organisierten Arbeiter.

Der diesjährige Kalender enthält u. a.: Bierigig Jahre deutsche Sozialdemokratie. — Kormale Ernährung und Volks-ernährung. Von E. Baum. — Wiffenswertes aus dem gewerblichen Recht. — Die Reichstagswahlen 1906 mit den bisher festgestellten Kandidaten. — Biographien unserer Reichstagsabgeordneten. — Sozialistische und Gewerkschaftspresse in Deutschland. — Adressen der deutschen Gewerkschaften — der Mitglieder der Generalcommission der Internationalen Sekretariate der Arbeitervereine. — Mitgliederverzeichnisse u. finanzielle Verhältnisse der deutschen Gewerkschaften. — Mitglieder in den einzelnen Gewerkschaften. — Weltliche Mitglieder. — Postkarte, Währungsliste, Einnahme- und Ausgabeabrechnungen ufm.

Kuherdem enthält der Kalender ein vorzüglich hergestelltes Bilddruckbild:

Teilnehmer am Einigungs-Kongress in Gotha 1875

Zu beziehen ist der Kalender durch jede Parteidruckhandlung.

Der Verlag: **Buchhandlung Vorwärts** Berlin SW. 66, Lindenstr. 69.

Orts-Krankenkasse für Friedenau.
Einladung zur **General-Versammlung** am Mittwoch, den 29. November cr., abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Gesellschaftshaus“, Rheinstr. 14.
Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 2. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 3. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 4. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 5. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 6. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 7. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 8. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 9. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 10. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 11. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 12. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 13. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 14. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 15. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 16. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 17. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 18. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 19. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 20. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 21. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 22. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 23. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 24. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 25. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 26. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 27. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 28. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 29. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 30. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 31. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 32. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 33. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 34. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 35. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 36. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 37. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 38. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 39. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 40. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 41. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 42. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 43. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 44. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 45. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 46. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 47. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 48. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 49. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 50. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 51. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 52. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 53. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 54. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 55. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 56. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 57. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 58. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 59. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 60. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 61. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 62. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 63. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 64. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 65. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 66. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 67. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 68. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 69. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 70. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 71. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 72. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 73. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 74. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 75. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 76. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 77. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 78. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 79. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 80. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 81. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 82. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 83. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 84. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 85. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 86. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 87. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 88. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 89. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 90. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 91. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 92. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 93. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 94. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 95. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 96. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 97. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 98. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 99. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse. 100. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Orts-Krankenkasse.

Orts-Krankenkasse der **Zigarren- u. Zigarottenmacher zu Berlin.**
Mittwoch, den 29. November, nachmittags 5 Uhr:
General-Versammlung der Arbeitgeber im Restaurant Hoppel, Rosenfelderstr. 11/12.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes.
2. Neuwahl von drei auscheidenden Vorstandsmitgliedern.
3. Neuwahl für das im Vorjahre als Ersatzmann gewählte Vorstandsmitglied.
4. Wahl eines Delegierten zur Vorprüfung der Jahresrechnung.
Am demselben Tage und in demselben Lokale findet abends 8 1/2 Uhr **General-Versammlung der Arbeitnehmer** statt.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes.
2. Bericht des Kassendirektors.
3. Neuwahl von sechs auscheidenden Vorstandsmitgliedern.
4. Neuwahl für ein im laufenden Jahre ausgeschiedenes Vorstandsmitglied.
5. Wahl von zwei Delegierten zur Vorprüfung der Jahresrechnung.
Die Einladungskarte legitimiert. Nur die im Vorjahre gewählten Delegierten haben Zutritt.
Der Vorstand.

Stola Muffen etc. etc. Nur eig. Fabrikat. Große Auswahl. **Kalman,** Dresdenerstr. 75 vorn II. 2 Haus v. Thalia-Th. Kein Zwischenhändler. Verk. auch Sonnt. u. Wochent. b. 9 U.ab.

Das billigste **Rester-Geschäft** des S.-O. von 44402.
Wilh. Mühlbach empfiehlt Rester von Plüsch, Krimmer, Göttinger zu Damen- und Kinder-Jackets zu den billigsten Preisen. Größte Auswahl in fertiger Konfektion. **10 Oppelnerstr. 10**
Am Bußtage ist im „Waldkater“ **Frisches Blut- u. Leberwurstessen.** Hierzu ladet ergebenst ein **Max Fallnich, Gastwirt, Tegeler Weg 40 (Bahnhof Jungfernheide).**

Am Bußtag: Großes Schlachtfest im Restaurant **Hasselwerder.** Hierzu ladet ergebenst ein **Albert Scheruch.**

Wo? machen wir am Bußtag unseren Ausflug hin? Nach **Nieder-Schöneweide** zur „**Kleinen Fischerhütte**“, Berlinerstr. 17b, Inhaber **Julius Fischer.**

Bordes Vereins-Säle Neue König-Str. 7. Fahrverbindungen nach allen Stadtteilen. — Empfehlung meine Säle für Versammlungen, Gewerkschaftsitzungen und für Vereinsfeiern. Anlante Bedienung. **Adolf Bordes.**

Germania-Prachtfäle Chausseestr. 103. Chausseestr. 103. Mittwoch, den 22. November (Bußtag): **Zweites Künstler-Konzert des Gesangsvereins Nordwacht** (M. d. A. - S. - B.) Dirig.: R. Blobel, unter Mitwirkung der Solisten-Kapelle des Herrn Kapellmeisters G. Vogel sowie des Violinvirtuosen Hrn. Alexander Altmann. Solis für Violine, Cello, Flöte u. Pison. Anfang 6 1/2 Uhr. **Das Komitee.** 66/10

Joseffi Cigaretten Erstklassige deutsche Fabrikate.

Charlottenburg!

Hente Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosenstr. 3:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Unsere Stichwahlen zum Stadtparlament am 23. November. Referenten: Stadtverordneter Genosse **C. Baake** und Genosse **Katzenstein**.
2. Diskussion.
Alle Kommunalwähler sind zu dieser Versammlung hiermit besonders eingeladen.
Den Gegnern wird volle Redefreiheit garantiert.

NB. Die nächste Flugblatt-Verbreitung findet am Mittwoch, den 22. November, früh 8 Uhr, statt. (Siehe unter Parteinachrichten am Dienstag.)

Zentralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands. Verwaltungsstelle Berlin I. „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, II. Zimmer 13-17. Arbeitsnachweis: T.-H. IV, Nr. 3148. — Bureau: T.-H. IV, Nr. 4747.

Achtung! Kollegen u. Kolleginnen aller Branchen aus den Bezirken u. Betrieben des Ostens u. Nordostens. Mittwoch, den 22. November (Bußtag), abends 6 1/2 Uhr: **Versammlung mit Frauen** in Fleisch-Festhallen, Fruchtstr. 36a. Tages-Ordnung:
1. Medizin und Naturheilmethoden. Referent: Dr. J. Friedberg.
2. Diskussion. 3. Mitteilung und Aufnahme neuer Mitglieder.

Achtung! Weitergerüstbauer aus allen Betrieben Berlins und Umgegend. Mittwoch, 22. November, abends 6 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c: **Versammlung mit Frauen.** Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Störmer über: Die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.

Nach beiden Versammlungen: **Gefelliges Beisammensein u. Tanz.** In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Ehrensache eines jeden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen. 71/18 Beiträge können in diesen Versammlungen entrichtet und neue Mitglieder aufgenommen werden. **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Rohrleger und Helfer! Donnerstag, den 23. November, abends 8 1/2 Uhr: **Versammlung** der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend in der Branerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 22-29. Tages-Ordnung:
1. Warum sind die Gehälter einzelner Kollegen, wegen der Differenz mit der Ortsverwaltung einen neuen Fachverein zu gründen, ein Verrat an der eigenen Branche, ja am ganzen Verband? Referent **Karl Wiesenhal**. 2. Diskussion. 3. Bericht-erstattung von der letzten Sitzung der Schlichtungskommission.

Der Eintritt zu dieser Versammlung ist nur den Mitgliedern des Deutschen Rohrlegerverbandes gestattet. **Wahlrechtsbuch legitimiert.** Da in dieser Versammlung die Differenz mit der mittleren Ortsverwaltung zur Sprache kommen wird, so legen wir Wert darauf, daß die gesamten Mitglieder der Verwaltung in dieser Versammlung erscheinen. Auch die Mitglieder der Zahlstelle Berlin, welche nicht Rohrleger oder Helfer sind, haben Zutritt zur Versammlung. 154/30* Zahlreiche Besuch erwartet **Die Agitationskommission der Rohrleger und Helfer Berlins u. Umg.** J. H.: B. Dannenberg, N. Adolfsstr. 21.

KNORR'S Macaroni

Hat jemand Rheumatismus, Gicht, Gliederreihen, Nervenschmerzen, Hüftweh (Sciatica), Degenstuhl, Gichtschwellen etc. der gebrauchte „Electricum“ (Reich'sches Nervenmittel) Einlösches u. ungeschädliches Naturprodukt von harter, durchdringender, sofort kamerzählender Wirkung. „Electricum“ wirkt wie elektrischer Strom auf den Körper, bringt wunderbare Milderung und Verloren. Ueberauschende Erfolge! Man nehme nur „Electricum“. Es gibt nicht's Besseres. H. H. I. — und 2. — Die Wirkung wird noch erhöht durch innerlichen Gebrauch von Reich'schem Wachtel-Extrakt „Medico“. H. 75 Pf., H. 1.50 u. 2.50 in den Drogerien und Apotheken erhältlich und zu beziehen durch **Otto Reichel, Berlin SO. 43, Eisenbahnstr. 4. F. Anschläge IV 666. 5190. 4563.**

Eine Mark wöchentlich liefern selbstspielende **Musikwerke, Sprechmaschinen** und echte **Menzenhauer-Zithern.** Schönste Familienunterhaltung. **J. Kurzberg, An der Jannowitzbrücke 1, I., direkt am Bahnhof.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser sehr geliebter Vater **Wilhelm Jure** am 17. November plötzlich im 40. Lebensjahre verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Urban-Frankenhaus aus nach dem Thomas-Sirchhof statt. 65/11 Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 3. Berl. Reichstags-Wahlkreis. **Todes-Anzeige.** Den Genossen zur Nachricht, daß das Mitglied **Wilhelm Jure** (Salbemarstraße 32, plötzlich im 40. Lebensjahre verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. November, nachmittags 3 Uhr, vom Urban-Frankenhaus aus nach dem Thomas-Friedhof statt. Zahlreiche Beteiligung der Genossen erwünscht. 24/10 **Der Vorstand.**

Allgemeine Orts-Krankenkasse zu Berlin. Bedürfnis Wahl von Vertretern zur General-Versammlung pro 1906/1907 (§ 49 des Statuts) werden die Kassenmitglieder zum **Sonntag, den 3. Dezember 1905, vormittags von 9-12 Uhr,** in den nachstehend bezeichneten Lokalen hiermit ergebenst eingeladen. Die Wahl der Vertreter der Kassenmitglieder erfolgt in vier Abteilungen. **Abteilung I** umfasst alle Kassenmitglieder, die in Betrieben arbeiten, welche im Süden und Südosten Berlins gelegen sind, sowie alle freiwilligen Mitglieder (§§ 5 u. 9 d. St.), welche im Süden und Südosten Berlins und in den Vororten Tempelhof, Baumhaldenweg, Nieder-Schöneweide, Johannisthal, Niedershof, Grünau, Köpenick, Rixdorf und Briz ihre Wohnung haben. In dieser Abteilung sind **84 Vertreter** zu wählen. Das Wahllokal befindet sich bei **Graumann, Rausenstr. 27.** **Abteilung II** umfasst alle Kassenmitglieder, die in Betrieben arbeiten, welche im Westen, Südwesten und Zentrum Berlins und in den Vororten Tempelhof, Mariendorf, Schönberg, Friedenau, Eglig, Jochenberg, Lichterfelde, Wilmersdorf, Schmargendorf und Palenke ihre Wohnung haben. In dieser Abteilung sind **141 Vertreter** zu wählen. Das Wahllokal befindet sich in den **Arminialken, Rommandantenstr. 20.** **Abteilung III** umfasst alle Kassenmitglieder, die in Betrieben arbeiten, welche im Norden und Nordwesten Berlins gelegen sind, sowie alle freiwilligen Mitglieder, welche im Norden und Nordwesten Berlins und in den Vororten Charlottenburg, Spandau, Zehlendorf, Reinickendorf, Schönholz, Pantow, Nieder-Schönhausen und Französisch-Buchholz ihre Wohnung haben. In dieser Abteilung sind **95 Vertreter** zu wählen. Das Wahllokal befindet sich bei **H. Voeter, Weberstr. 17.** Die Wahl beginnt in allen Abteilungen am 9 Uhr vormittags und wird am 12 Uhr mittags geschlossen. Wahlberechtigt und wählbar sind männliche und weibliche Mitglieder, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Zur Legitimation dient das Mitgliedsbuch und werden die Arbeitgeber gebeten, dasselbe mit ihrem Firmenstempel zu versehen und den Mitgliedern beizugeben, um die Teilnahme an der Wahl anzubahändigen. Die Arbeitgeber wählen in ungeteilter Versammlung **184 Vertreter.** Die Wahl derselben findet statt am **Dienstag, den 28. November, abends von 6-9 Uhr,** im Kassenlokal, **Neue Friedrichstr. 9/10.** Wahlberechtigt sind alle Arbeitgeber, welche für die bei ihnen beschäftigten Personen Beiträge aus eigenen Mitteln zur obengenannten Kasse zahlen. Jeder Arbeitgeber führt bei der Wahl eine Stimme. Zu Vertretern können auch Geschäftsführer und Betriebsbeamte gewählt werden, jedoch ist bei der Ausübung des Wahlrechtes eine Vertretung nicht zulässig. Für die Form und Leitung der Wahlen sind die Bestimmungen des Statuts (§ 38 Abs. 3-5) maßgebend. **Der Vorstand.** **Wilh. Piehl, Vorsitzender.**

Sozialdemokratisch. Wahlverein Wilmersdorf. **Nachruf!** Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Vater **August Müller** am Sonntag nach schwerem Krankenlager an der Proletarierkrankheit verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Bußtag (Mittwoch), nachmittags 2 Uhr, vom der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes, Berlin-Neu-Westend, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. 203/18 **Der Vorstand.**

Arbeiter-Radl-Verein „Vorán“ Berlin (Mital d. N.-H. „Freiheit“). Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied **Franz Krüger** infolge eines Unfalles verstorben ist. Die Beerdigung wird später per Karte bekannt gegeben. Um rege Beteiligung bitten **Der Vorstand.** J. H.: **Arnold Dorow.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Salonfisarbeiter **Franz Renetzke** am 18. November nach kurzem Krankenlager verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Dienstag, 21. November, nachm. 2 Uhr, vom hiesigen Krankenhaus am Urban nach dem neuen Schönberger Kirchhof, Maxstr. 6, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht. 97/7 **Die Ortsverwaltung.**

Dankjagung. Allen Bekannten, Kollegen und Kolleginnen, dem Gesangsverein „Niedertafel“, Ober-Schöneweide, dem Fabrik-, Land- und Hülfenarbeiter-Verbande sage für die Vereine rege Anteilnahme bei der Beerdigung meiner Frau meinen aufrichtigsten Dank. **Alex Bächner** nebst Kindern. Ober-Schöneweide.

Dankjagung. Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben, unergötlichen Mannes **Johann Studzinski** sage ich hiermit allen Freunden, Verwandten und Bekannten, dem Verband d. an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter, sowie dem Ober- und den Arbeitern der Firma V. Hahnke, insbesondere dem Gesangsverein „Niedertafel“ für die tröstenden Gesänge an der Bahre meines lieben Mannes meinen herzlichsten Dank. **Die trauernden Hinterbliebenen.** **Marie Studzinski.**

Dankjagung. Gelingeleitet vom Grabe meines lieben Sohnes **Hugo,** sage ich allen Freunden und Verwandten, insbesondere dem Deutschen Buchbinder-Verbande, Ortsverwaltung Berlin, den Kollegen und Kolleginnen der Kartonfabrik Carlus Kahn sowie dem Sparverein 1905 für die rege Beteiligung und reichen Kranzspenden meinen innigsten Dank. 5134b **Witwe Schildt.** **Kartoffel-Kahn** befindet sich **Lützow-Ufer, Cornelius-Brücke,** verkauft zum billigsten Tagespreis gute rote Winterkartoffeln. **H. Bahns.**

30. Kommunalwahlbezirk (5. und 6. Wahlkreis).

Dienstag, den 21. November, abends 8 1/2 Uhr:

Wähler-Versammlung

in Leydeckers Salon, Sophienstraße 34.

Tages-Ordnung:

1. „Was wollen die Sozialdemokraten im Roten Hause?“

Referent: Stadtverordneter Artur Stadthagen. 2. Freie Diskussion.

3. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwarten

Die Vertrauensleute.

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Bureau C. 25. Hirtenstr. 20. Telefon Amt 7. 4999.

Mittwoch, den 22. November 1905, vormittags 10 Uhr, bei Dräsel,

Reue Friedrichstraße 35:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Statuten- und Reglementserhaltung. 2. Regelung der Arbeitszeit. 3. Vereinsangelegenheiten.

Die Versammlung wird punkt 10 Uhr eröffnet.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

NB. Kollegen, in dieser Versammlung handelt es sich um Änderungen unseres Statuts und Reglements, mit erwarten daher, daß die Mitglieder zahlreich erscheinen.

Kommunalwähler-Versammlung

für den 7. Kommunal-Wahlbezirk

Donnerstag, den 23. November, abends 8 1/2 Uhr, in der „Anhaltischen Kessource“,
Möckernstraße 114.

Tages-Ordnung:

1. Unsere Kommunal-Verwaltung. Referent: Genosse Waldeck

Manasse. 2. Freie Diskussion.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein

Das Wahlkomitee.

Orts-Frankenkasse der Bureau-Angestellten.

Die bis Ablauf des Jahres 1906
gewählten Herren Delegierten der
Orts-Frankenkasse werden hiermit zu
dem

Wittwoch, den 23. November cr.,
abends 8 1/2 Uhr,
in Frankes Festsaal, Seebastionstr. 39,
Haltfandenben

General-Versammlung

eingeladen.

Tagesordnung:

1. Wahl von 3 Revisoren zur
Prüfung der Jahresrechnung der Kasse
pro 1905. 2. Einträge des Vorstandes
auf Statutenänderung und in Ver-
waltungs-Angelegenheiten. 3. Wahl
von Vorstandsmittgliedern.

Berlin, den 21. November 1905.

Der Vorstand.

Bauer. 208/3

Franko Berlin.

Zehnjährige, 7 cm stark, gleichviel melches
Rufers, pro Zeh 1.10 bis 1.15 W.,
sowie alle sonstigen Drechslerarbeiten
empfehlen

Pattburger Drechslerwaaren- Fabrik

G. m. b. H. Pattburg i. Schlesw.-Holst.

Verein Berliner Musiker.

C. Kaiser Wilhelmstraße 18 m. Fernsprecher Amt III No. 988.

Öffentliche Protestversammlung.

Zur Abwehr der Beschlüsse des
Militär-Musikinteressenten-Kongresses

veranstaltet der Verein Berliner Musiker am Donnerstag, den
23. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale seines Vereins-
hauses, C. Kaiser Wilhelmstr. 18 m, eine

Öffentl. Protestversammlung.

Das Referat haben die Herren Ernst Vogel, Präsident des Allgem.
Deutschen Musikerverbandes, und A. F. Kühne, 1. Vorsitzender des
Vereins Berliner Musiker, übernommen. — Im Anschluß an das Referat
findet eine freie Diskussion statt.

Jedermann hat zu dieser Versammlung Zutritt.

Um zahlreichem Besuch bittet

Die Schlußkommission des Vereins Berliner Musiker.

J. A.: Paul Zimmer, SW. Hofmannstr. 2.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.

Spezialität: Nordhäuser Kautabak

stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 44051*

Amt 4. 3014.

Blutarmut

führt oft zu Schwindsucht und frühzeitigem Tod. Jeder Leidende sollte daher rechtzeitig und regelmäßig den

Santa-Lucia-Kraftrotwein, Fl. 1,50 und 2,00,

trinken. Am bekömmlichsten ist es, ein kleines Glas dieses Weines 1/2 oder 1/3 mit Wasser gemischt

1/2 Stunde vor jeder Hauptmahlzeit zu genießen.

Steht unter ständiger Kontrolle des Gerichtschem. Dr. C. Bischoff. Käufl. in Apotheken, Drogen- u. Delikatessgeschäften

12. Ziehung 5. Kl. 213. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 20. November 1905, vormittags.

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden

Nummern in Klammern beigelegt.

(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

46 76 149 236 99 443 90 399 642 870 1067 121 206

56 306 436 696 [5000] 2104 [5000] 205 15 394 71 78 487

82 96 558 79 720 [5000] 863 82 977 3047 [5000] 99 341 549

647 706 4005 32 112 28 95 632 5160 292 15 346 97 490

[5000] 548 678 835 79 6002 478 763 70 7084 139 [5000]

267 [5000] 323 49 57 457 697 63 97 6945 748 [1000] 82

992 [5000] 9092 [5000] 303 50 [5000] 604 85 [5000] 931 90

10015 50 [1000] 82 484 521 623 79 80 [5000] 755

11044 387 694 12002 311 424 520 721 830 13350 65

[5000] 115 [5000] 223 68 314 421 923 14190 86 303 73

[5000] 359 80 84 [5000] 963 23052 75 106 40 58 304

20 47 15142 212 95 441 [1000] 806 924 [5000]

16140 [5000] 235 56 70 [5000] 370 497 [5000] 995 616

36 61 71 713 17153 214 300 402 [5000] 19 608 719 607

996 [1000] 18213 350 445 754 818 [5000] 19073 336 431

682 784 965

20533 632 96 951 98 21158 403 41 98 557 729 892

22079 88 211 463 [5000] 968 23052 75 106 40 58 304

406 677 873 24035 20 [5000] 88 378 86 633 40 [5000] 736

827 [5000] 89 25049 327 90 523 27 62 870 [5000] 80

26997 189 246 421 501 [1000] 18 [5000] 643 [1000]

55 [5000] 846 86 27038 116 335 36 418 625 714 [1000]

894 28119 482 579 663 940 29035 30 45 378 413

84 82 518

30106 43 371 424 98 542 601 40 763 903 27 31150

271 333 45 84 [10 000] 89 443 63 513 46 64 780 [5000]

892 94 373 32151 210 42 516 83 090 815 33 928 33314

16 20 465 508 644 755 837 [1000] 968 68 32 34049 69

406 96 323 612 35291 747 803 396 36123 210 68 394

498 43 640 835 37061 102 11 27 253 91 319 427 741 819

38041 227 676 853 39086 309 17 413 302 30 96 685

[5000] 709 54

40016 278 [10 000] 487 41002 222 505 10 94 957

42063 138 40 41 331 454 617 43045 159 74 333 482 557

[5000] 682 90 878 85 44060 114 [5000] 28 30 526 779

[5000] 863 45046 71 130 279 [5000] 801 31 29 400 36

39 70 [5000] 516 771 97 928 46268 89 [5000] 300 433 717

63 825 917 [5000] 47051 61 190 96 247 341 [5000] 674

26 [5000] 714 70 903 48246 317 508 26 741 77 49054

265 76 529 [5000] 33 003 701 875 961

50002 162 85 331 92 [5000] 408 613 83 733 51017

75 98 199 262 65 385 512 56 59 80 743 881 62 [5000]

92 046 52070 237 72 329 433 [5000] 629 52 88 818 996

53299 367 474 557 70 601 2 424 54014 283 435 537 859

984 55259 83 85 389 [5000] 425 686 563 525 213 [1000]

65 379 461 512 79 607 86 776 378 57198 297 627 627

817 58016 141 328 [5000] 59 417 35 40 58 824 905

50151 67 77 249 84 [5000] 494 632 64 786 841

60201 29 75 452 562 82 716 953 85 61184 232

41 501 [5000] 631 48 629 62223 29 36 118 206 [5000]

33 399 68 698 88 770 [5000] 829 83 63097 40 103 [5000]

242 [5000] 479 513 637 56 [5000] 754 97 819 [5000] 991

64199 32 86 344 486 596 97 606 97 817 30 986 65073

166 574 [1000] 601 63 963 66109 296 327 424 84 620

29 79 847 [1000] 970 67803 230 121 95 222 78 [5000]

368 510 41 [5000] 92 629 [5000] 778 92 490 68083 183

90 219 30 589 41 93 723 802 905 69225 476 700 874

70072 77 107 214 26 327 424 67 [1000] 563 74

631 [5000] 854 [5000] 970 71004 517 642 700 892 963

60 72077 313 23 614 85 809 73066 94 122 29 326 528

648 [1000] 708 42 847 979 74200 115 36 95 240 54

77 88 401 87 84 544 40 [1000] 631 700 969 99 [5000]

75041 173 [5000] 234 423 34 54 81 533 819 54 922 77

[1000] 76142 220 38 375 [5000] 64 428 29 35 [1000] 48

507 759 77 77124 289 406 566 780 989 78277 413 70

531 31 42 752 807 990 79088 100 93 229 357 426 90

613 [1000] 16 28 631 90

80283 303 25 730 896 81063 128 234 432 513 [1000]

626 82 704 88 886 82053 290 484 607 711 810 83343

449 [1000] 671 817 941 49 84396 [5000] 403 510 646 715

81 832 90 68 85992 119 333 640 625 81 90 713 [5000]

957 86012 84 259 87 523 35 66 65 [1000] 661 728 46

[5000] 816 38 [1000] 906 87091 129 [5000] 30 [1000]

243 [1000] 332 83 420 849 86 911 88434 520 [5000] 54

[1000] 615 743 862 88014 95 234 308 94 448 683 734

81 843

90021 97 [5000] 120 [1000] 200 [5000] 360 586 744

63 838 91171 269 74 357 418 591 627 94 [5000] 791 [5000]

859 92290 499 541 64 718 95 93006 41 [5000] 373 452

[5000] 18 89 102054 184 275 415 635 78 99 502 624

710 96125 [5000] 330 68 752 69 97154 323 [5000] 37 315

95 [5000] 440 519 740 842 65 918 38 98972 100 430 630

93 743 89 99036 39 [5000] 509 39 807 733 900

100059 [1000] 131 [1000] 46 210 67 463 79 533 611

[5000] 730 63 821 91 101335 490 571 [5000] 99 621 702

[5000] 18 89 102054 184 275 415 635 78 99 502 624

103049 253 [5000] 87 366 584 783 104054 87 363

[1000] 476 525 665 724 58 990 [1000] 20 105374 463

585 106750 63 [5000] 80 961 [5000] 107003 234 304

640 49 46 108233 340 [1000] 82 401 33 [5000] 995

109116 298 400 613 31 63

110079 333 594 711 23 25 111633 918 54 97

112190 200 29 307 770 113120 78 97 224 25 301 70

[5000] 439 46 78 324 71 633 945 114057 178 448 905

22 826 753 963 115112 276 96 564 558 749 [5000] 924

97 116685 [5000] 93 [5000] 300 45 68 548 58 650 820

39 800 117002 230 79 339 627 [5000] 80 710 38 56 978

95 118328 [5000] 71 534 79 788 974 [5000] 119025 111

19 [5000] 79 255 [5000] 497 870 954 93

120124 74 265 764 809 900 121111 883 122339

[1000] 623 [5000] 805 76 912 36 95 123111 21 215 313

459 508 34 618 790 800 23 [5000] 907 14 47 75 124048

163 98 406 637 [5000] 969 19 125308 329 82 874 682

126389 505 [1000] 73 691 822 59 905 127013 476 81

[5000] 893 799 934 128259 411 515 129088 122 516

28 717

130027 66 354 451 651 95 962 131030 38 102 69

254 70 334 432 [5000] 527 673 756 62 83 800 7 980

132093 237 60 389 407 [1000] 77 614 20 42 43 [5000]

718 133128 275 365 [1000] 487 591 720 91 134118 48

[5000] 372 480 505 [5000] 923 135392 518 626 136023

24 43 284 547 [1000] 97 648 773 804 84 137236 356 68

630 138584 697 [5000] 735 66 88 819 139306

Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Nr. 273. Dienstag, den 21. November 1905.

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt 17, 1933.

Inserate sechsgepaltene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Am Mittwoch, den 22. November (Vuktag), vormittags 8 Uhr, findet im 1., 2., 6. und 7. Bezirk eine Flugblattverbreitung statt. Es haben sich alle Parteigenossen bei den Flugblattverbreitungen sowie bei den Donnerstag, den 23. November, stattfindenden Stichwahlen durch Mitarbeit zu beteiligen (§ des Ortsstatuts) und zwar treffen sich die Genossen vom 1. und 5. Bezirk bei Bafche, Potsdamerstr. 44, die Genossen vom 2. Bezirk bei Bafche, Rehringstr. 25, die Genossen vom 6. und dem 4. und 8. Bezirk bei Fuhrmann, Kaiser Friedrichstr. 450, die Genossen vom 3. und 7. bei Mertens, Krummeistr. 43, und die Genossen vom 3a, 3b und 7. bei Grafender, Wielandstr. 4. Nicht politisch Organisierte, welche sich an dieser Arbeit beteiligen wollen, haben sich in einem der genannten Lokale einzufinden, jedoch als Legitimation ihr Mitgliedsbuch der Gewerkschaft mitzubringen. Gleichzeitig sind die Genossen an Ort verpflichtet, sich an dieser Arbeit zu beteiligen und sich in einem der genannten Lokale einzufinden. — Die Genossen des 5. Bezirks treffen sich vor der Verbreitung bei Wartsch.

Reinickendorf-Ost. Hierdurch machen wir die Mitglieder nochmals auf die am Mittwoch (Vuktag) stattfindende Herrenpartie nach dem Grunewald aufmerksam. Abfahrt vom Bahnhof Grunewald nach Westend früh 7 Uhr präzis. Für Nachzügler Treffpunkt um 9 Uhr (Frühstück) beim alten Freund auf Fichelswerder. Zahlreiche Beteiligung der Mitglieder erwartet.
Der Vorstand.

Weißensee. Heute, Dienstag, abends 8¹/₂ Uhr, findet im Prälaten, Lehderstr. 122, eine außerordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Der wichtige Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Parteigenossen, dort zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Kixdorf. Sozialdemokratischer Wahlverein. Dienstag, den 21. November, abends 8 Uhr, bei Thiel, Bergstr. 151/152; Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag des Genossen Dr. Maurer über: „Die Revolution von 1848.“ 3. Diskussion. 4. Bericht der Delegierten von der Kreis-Generalversammlung und Wahl von drei Delegierten zur nächsten Kreis-Generalversammlung. 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. — Die Reichhaltigkeit der Tagesordnung bedingt, daß die Versammlung pünktlich um 8 Uhr eröffnet wird, worauf hiermit noch besonders aufmerksam gemacht sei.
Der Vorstand.

Vorort-Nachrichten.

Zum Kommunalwahlkampf in Charlottenburg.

Immer widerlicher wird der Wahlkampf, wie ihn die Liberalen in ihrem Organ, der „Neuen Zeit“, gegen die Sozialdemokratie führen. Erst vor wenigen Tagen haben wir dem Blatte nachgewiesen, daß es bewußte Lügen verbreitet. Auf diesen Vorwurf geht es mit keinem Worte ein. Statt dessen bringt es die dummfesten und thörichtesten Annemärchen über einige sozialdemokratische Stadtverordnete. So schreibt es unter der Stichmarke „Bebels Knute“:

„In der Charlottenburger Stadtverwaltung spielen bekanntlich unter den Sozialdemokraten die drei „Obergenossen“ Baake, Dr. Vorchardt und Paul Hirsch die Hauptrolle. Alle drei Herren sind Liberalen und als solche von Bebel abhängig. Dr. Vorchardt hat beispielsweise schon vor zwei Jahren, als es sich nach dem Dresdener Parteitag darum handelte, ob ein Sozialdemokrat fernerhin Mitarbeiter der von Maximilian Harden herausgegebenen „Zukunft“ sein dürfe, sich Bebels Nachgebot gefügt und nach anfänglichen Sträuben das Opfer des Intellekts gebracht, also vor Bebel seinen „Kotau“ gemacht. Bechtlich könnte es sehr leicht den beiden anderen Herren ergehen; denn „wer sich nicht fügt, der fliegt“, heißt ja das durch die neuesten Vorgänge am Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie „zur Genüge illustrierte „gestülpte Wort“. Mindestens wird dem Betreffenden der Brotkorb höher gehängt. Wer also gegenwärtig in der Stichwahl einen Sozialdemokraten in das Charlottenburger Stadtparlament wählt, der verläßt nicht den Einfluß der Herren Baake, Dr. Vorchardt und Paul Hirsch, sondern lediglich Bebels Macht. Die Frage ist demnach: Soll in unserem durch den Gemeinfinn der Bürgerchaft groß gewordenen Ort die Intelligenz und Opferwilligkeit des Bürgertums zurückweichen vor Bebels Knute? Kein selbständig denkender und unabhängig gestimmter Bürger kann in diesem Falle auch nur einen einzigen Augenblick im Zweifel sein, wen er zu wählen hat. Deshalb auf zur Stichwahl am nächsten Donnerstag. Wählt nicht die vor Bebels Nachwort erzitternden Sozialdemokraten, sondern die für eine Förderung des Allgemeinwohls einsetzenden und nicht unter einer Parteidiktatur stehenden Liberalen!“

Wir haben geglaubt, daß wir diesen Hergang der Liberalen unseren Lesern nicht vorzuenthalten dürften, damit sie erkennen können, welche Geistesverwirrung die Angst vor einem Durchfall auf die Liberalen ausübt. Abgesehen davon, daß die genannten Genossen in keinem festen Verhältnis zur sozialdemokratischen Partei stehen, sollten doch auch die Liberalen wissen, daß es in der Sozialdemokratie nicht Brauch ist, Genossen, die eine eigene Meinung vertreten, aus diesem Grunde den „Brotkorb höher zu hängen“. Das ist die Gewissenhaftigkeit der vom Kapitalismus beherrschten Parteien und ihrer Presse, nicht aber die einer demokratischen Partei. Doch Anhänger der Sozialdemokratie, sei es in der Presse, sei es als Mitglieder gesetzgebender oder Verwaltungskörperschaften, sozialdemokratische Ideen vertreten, ist selbstverständlich, aber ein Unfuss ist es, zu glauben, daß sie vor irgend einem Parteiführer, sei es nun Bebel oder wer sonst immer, Direktiven erhalten, denen sie bei Strafe des Ausschlusses aus der Partei zu folgen hätten. Für ihre Handlungswiese ist maßgebend das Programm und die Parteitagebeschlüsse, nicht aber der Wille eines einzelnen, und mag er noch so angeben sein. Personalismus und Autoritätsglauben sind der Sozialdemokratie etwas so fremdes, daß nur das ausgehörrte Gehirn eines liberalen Zeitungsschreibers, der auf Geheiß seines Brotherrn bald rechts und bald links schreiben muß, daran zu glauben vermag.

In einem zweiten Artikel wird der flammenden Bürgerchaft Charlottenburgs die weiterschütternde Tatsache mitgeteilt, daß die Herren Baake, Hirsch und Genossen in öffentlichen Versammlungen nach Hergenslust auf den Kapitalismus schimpfen, hinter den Kulissen aber eifrig bestrebt sind, sich mit dem Großkapital zu verbinden. Diese Verbindung soll darin bestehen, daß Baake und Hirsch die Mittel zum Bau des Volkshauses und zum Kauf des dazu gehörigen Grundstücks durch eine Verbindung mit Großkapitalisten zu gewinnen bemüht waren. Hierin hat das liberale

Blatt ausnahmsweise recht, die Mittel zu dem Unternehmen sind tatsächlich von Großkapitalisten gewonnen, und die Großkapitalisten haben das Geld gern hergegeben, weil sie es nirgends so gut und sicher anlegen können wie in sozialdemokratischen Gründungen. Daß die Genossen ihre Beziehungen zu Großkapitalisten in der uneigennützigsten Weise im Interesse der Partei auszunutzen wußten, gerät ihnen nur zur Ehre. Liberale Männer hätten das nicht getan, sie hätten in erster Linie ihre eigenen Taschen gefüllt. So uneigennützig Männer wie die Sozialdemokraten sind in einer Stadtverwaltung unentbehrlich, und da die Uneigennützigkeit der einzige Vorwurf ist, den das liberale Organ gegen die sozialdemokratischen Stichwahlkandidaten erheben kann, so hoffen wir, daß die Leser daraus den richtigen Schluß ziehen und dafür sorgen, daß diese Männer am 23. November gewählt werden.

Friedenau.

Am Mittwoch, den 15. November, tagte im Gesellschaftshause eine gutbesuchte öffentliche Versammlung. Genosse Südekum referierte an Stelle des Genossen Jubel, der am Erscheinen verhindert war, über das Thema: Der Kampf des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie. In längeren Darlegungen gab der Referent ein Bild des Wirkens des Reichsverbandes. In Versammlungen und durch Flugblätter verbreitet der Reichsverband die größten Unwahrheiten und Lügen über die Sozialdemokratie. Daß der Reichsverband auch den Wahlkreis Teltow-Beestow-Storkow-Charlottenburg erobern will, muß die Parteigenossen zu neuer, reger Arbeit anspornen. Der Wahlkreis bedeutet eine Hochburg der Sozialdemokratie. Die Arbeiter und Parteigenossen werden dafür sorgen, daß die Hochburg immer fester und unentnehmbarer wird.

Zu dieser Versammlung waren auch Vertreter des Reichsverbandes sowie der Vorstand der Ortsgruppe Friedenau (Nationaler Reichs-Wahlverein) durch eingeschriebenen Brief eingeladen, aber nicht erschienen. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Friedenau, Herr Oberlehrer Dr. Kleinede, hatte folgenden Brief an den Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins gerichtet:

„Auf Ihr vom 9. November datiertes, aber erst am Nachmittags des 11. November in meine Hände geliefertes Schreiben erwidere ich ergebenst, daß ich die darin enthaltene Einladung ablehnen muß. In den sozialdemokratischen Versammlungen des letzten Jahres und besonders während der vergangenen Wochen vor der Reichstagswahl in Eisenach sind die Redner des Reichsverbandes wiederholt in so unwürdiger und empörender Weise von den Genossen behandelt worden, daß schon die gute Erziehung und verbietet, eine sozialdemokratische Versammlung ohne Not zu besuchen.“

Ergebenst
Dr. Kleinede,

Vorsitzender der Friedenauer Ortsgruppe des Reichsverbandes. Die rege Diskussion bewegte sich im Sinne des Referenten. Alle Redner bedauerten, daß auch nach wiederholter Aufforderung der Gegner, dieselben schwiegen, obwohl Gegner anwesend waren. Der Brief des Dr. Kleinede gab Veranlassung, die Tätigkeit dieses Herrn etwas eingehender unter die kritische Lupe zu nehmen.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die Versammlung verurteilt aufs schärfste die Kampfweise des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie. Sie verspricht dafür zu sorgen, daß es jenen Herren nicht gelingt, den Reichstagswahlkreis zu erobern. Sie verpflichtet sich, als die erste Aufgabe der Arbeiter die Verbreitung der Wahrheit zu betrachten. Das einzige Mittel, die Wahrheit zu verbreiten, sieht die Versammlung in der sozialdemokratischen Organisation.

Schöneberg.

Ein Mandat frei geworden für einen Auserwählten der zweiten Abteilung im 4. Bezirk ist durch die Niederlegung des Stadtverordneten Hofdorfer Gutsche, und zwar gerade sechs Wochen vor seinem definitiven Ausscheiden aus dem Kollegium. Hervorgetreten ist der Herr in seiner ganzen Amtsdauer bei keiner Gelegenheit, höchstens wenn es sich um die Stellung eines „Schluß-Antrages“ handelte. Für einen bei den letzten Wahlen „auf der Strecke“ gebliebenen Kandidaten ist somit wieder freie Bahn geschaffen.

Marienfelde.

Die Gemeindevertretersitzung am Mittwoch beschäftigte sich zunächst mit dem Antrage des Gemeindevorstehers, den katholischen Religionsunterricht in der Gemeinde einzuführen. Der Gemeindevorsteher und Herr Schöffe Ramm traten sehr warm für den Antrag ein und meinten, es bliebe der Gemeinde nichts weiter übrig, als den Antrag anzunehmen, da sonst die zwangsweise Einführung des Unterrichts durch die Schulbehörde erfolgen würde; für Religion müsse doch vor allen Dingen gesorgt werden. Unser Vertreter, Genosse Greulich, sprach sich sehr scharf dagegen aus und meinte, für derartige private Angelegenheiten dürften unter keinen Umständen Gemeindegeldern verwendet werden, denn die Steuern werden nicht nur von katholischen, sondern auch von Andersgläubigen, auch zum großen Teil von Nichtgläubigen aufgebracht. Wenn den katholischen Eltern der Religionsunterricht, wie er heute in der Volksschule den Kindern eingepaukt wird, nicht genügt, dann mögen sie auch selbst die Kosten dafür tragen. Die bürgerlichen Vertreter waren aber nicht zu überzeugen und nahmen den Antrag mit 8 gegen 1 Stimme an. — Nach Erledigung einiger belangloser Sachen brachte der Gemeindevorsteher ein Schreiben des Landrats zur Kenntnis, in dem die Gemeinde ersucht wurde, eine größere Zahl von Kreisältern auf Kosten der Gemeinde anzuschaffen und an die Schulfinder als Weihnachtsprämie zu verteilen. Auch hierfür trat der Herr Vorsteher mit Wärme ein. Genosse Greulich bewunderte die rührige Tätigkeit des Herrn Landrats, der neben seinen umfangreichen Berufsgeschäften noch so viel Zeit findet, die Wünsche des Kalenderverlegers zu besorgen. Für die Kinder hätte der Kalender nicht den geringsten bildenden Wert. Außer einigen Statistiken enthalte derselbe die schon in der Schule zur Genüge eingebläute vaterländische Geschichte, und man könne sicher sein, daß er von den Kindern bald beiseite geworfen werden würde. Der Antrag wurde abgelehnt.

Den Genossen sei noch bekannt gegeben, daß die Wabeanstalt in der neubauten Schule täglich von nachmittags 3 bis abends 8 Uhr geöffnet ist, und zwar: Dienstags, Donnerstags, Sonnabends und Sonntags, am letzten Tage von 7—9 Uhr vormittags, für Männer, an den anderen Tagen für Frauen. Der Preis für ein Bannenbad beträgt 30 Pf., für ein Brausebad 10 Pf.

Treptow.

Für die Orte an der Oberspree haben die Gastwirte, welche dem sozialdemokratischen Gastwirteverband angehören, eine Zahlstelle gegründet, die bis jetzt die Orte Treptow, Baumhäuserweg, Nieder-Schöneweide, Johannisthal und Oberschöneweide umfaßt. In der

am Donnerstag in Treptow abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen, in nächster Zeit eine Agitation für den Verband in obigen Orten zu veranstalten. Abfällig wurde das Abhalten von Wahlvereinsversammlungen bei exzessiven Gastwirten kritisiert. Mitgeteilt wurde, daß in Nieder-Schöneweide in einer Gastwirtschaft während des Elektrizitätsstreiks eine Polizeiwache eingerichtet war und daß jetzt derselbe Wirt beim Wahlverein um Freigabe seines Lokals eingekommen ist, weil in der Nähe ein Bau aufgeführt wird.

Weißensee.

Bei den am Sonntag stattgefundenen Gewerbegerichtswahlen der Arbeitgeber wurden abgegeben: im 1. Bezirk 37 Stimmen, im 2. Bezirk 63 Stimmen, im 3. Bezirk 51 Stimmen und im 4. Bezirk 4 Stimmen. Im 2. Bezirk hatten wir Kandidaten aufgestellt und erhielten 22 Stimmen. Die Unternehmer arbeiteten mit Hochmut. Alle Tischlermeister haben geschleppt und doch brachten sie es im 4. Bezirk nur auf 4 Stimmen. Die Arbeitnehmerwahlen hatten folgendes Resultat: Unsere Liste erhielt im 1. Bezirk 201, im 2. Bezirk 316, im 3. Bezirk 290 und im 4. Bezirk 51 Stimmen. Gegenkandidaten waren nicht aufgestellt.

Zossen.

Unsere Genossen beteiligten sich zum erstenmal am Mittwoch an der Stadtverordnetenwahl. Es waren in der 3. Abteilung 3 Vertreter zu wählen. Trotz der für Arbeiter ungeliebten Wahlzeit, von mittags 11 bis 1/2 Uhr nachmittags, brachten wir unsere Kandidaten, Genosse Gustav Schulz und Hans Pies auf je 43 Stimmen. Von den bürgerlichen Kandidaten erhielten Kaufmann Knöfel 104 und Malermeister Fickel 96 Stimmen. 30 Stimmen waren zerstreut. Wir konnten konstatieren, daß die Wahlbeteiligung in bezug auf die vor 2 Jahren stattgehabte Stadtverordnetenwahl sich verdoppelt hatte. Noch gegen 11 Uhr war Stimmengleichheit, man erblickte die rote Gefahr. Es wurden nun Schlepptrupps der bürgerlichen Partei mit Unterstützung der hiesigen Polizei requiriert, was auch Erfolg hatte. Freiberger und andere „Gefälligkeiten“ spielten eine große Rolle. Dabei wie auch kein Mandat erobert, so hoffen wir zuversichtlich, unsere gewonnene Position nicht nur zu behaupten, sondern werden alles daran setzen, neues Terrain zu erobern. Wenn wir in zwei Jahren wieder in den Wahlkampf gehen, so hoffen wir, daß dann das „rote Gespenst“ in das Zosener Parlament einzieht.

Nieder-Schöneweide.

Eine öffentliche Versammlung sämtlicher bei der Firma Kuhnheim u. Co. (Nieder-Schöneweide) beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen fand am Montag, den 13. d. M., in Baumhäuserweg statt. Das einleitende Referat hatte der Berliner Bevollmächtigte des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Bruns, übernommen. Als langjähriger Arbeiter in der chemischen Industrie war es ihm ein leides, den Anwesenden die Gefahren, welche den in chemischen Fabriken Beschäftigten drohen, vor Augen zu führen. In absolut keinem Vergleich zu dieser so überaus gesundheitsgefährlichen Arbeit stehen die Lohnsätze, und die Arbeitszeiten; kommt es doch bei Kuhnheim noch jetzt laufend vor, daß 36 Stunden hintereinander in den denkbar gefährlichsten Räumen gearbeitet werden muß. Die bekannnte Lebensart, wenn es nicht paßt, der kann gehen, ist auch in besagter Fabrik auf der Tagesordnung. Redner ist der Ansicht, daß speziell den chemischen Fabriken allzuviel Spielraum durch das Gesetz gelassen worden ist, zum Schluß wurden die neuesten Entlassungen (Wohrregelungen) einer berechtigten Kritik unterzogen, der mit „m von der Firma so gern zur Schau getragenen liberalen Standpunkt im größten Kontrast steht.“

Dem eigentlichen Tatbestand liegt folgendes zugrunde: Besagte Fabrik hat neben anderen sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen auch eine Kantine eingerichtet. Es hat sich aber heraus gestellt, daß die Waren von den Wasserbüdlerern erstens billiger und zweitens besser sind, als die von der Kantine feilgebotenen, da war es den Arbeitern nicht zu verdenken, wenn sie da in erster Linie ihre Waren kauften. Das paßt der Firma aber nicht in den Stram und schließlich folgte nach einer diesbezüglichen Ermahnung die Entlassung solcher „Arbeitslaster“. Die Firmenvertretung, welche schriftlich eingeladen und auch erschienen war, nahm trotz mehrfacher Aufforderung nicht Veranlassung, die vorgebrachten Beschwerden zu entkräften, und somit konnte der Referent nach einer kurzen Diskussion feststellen, daß das Vorgetragene der Wahrheit entsprechend geschildert worden sei. Ein Hinweis auf ein noch besseres, festeres Ansehen an die Organisation und ein begehrtet aufgenommenes Hoch auf die Arbeiterbewegung brachte den Schluß der leidlich besuchten Versammlung.

Berliner Nachrichten.

Selbstabholung der Güter von den Berliner Juuen-Bahnhöfen und Ringbahnstationen. Den Empfängern von Gütern und Stützgeräten, welche diese von den Bahnhöfen selbst abholen oder durch andere als die bahnmässigen Kolli-Unternehmer abfahren lassen, ist nachgelassen worden, die zurzeit schon hinterlegten Vollmachten durch eine bis zum 16. Dezember d. J. bei der zuständigen Güter-Abfertigungsstelle abzugebende Erklärung, daß eine Änderung in der Zulassung der Güter nicht gewünscht wird, für das nächste Jahr zu verlängern, so daß also eine neue Vollmacht nicht erforderlich ist. Formulare zu der erwähnten Erklärung (welche letztere übrigens nicht stempelplichtig ist) sind bei den Abfertigungsstellen zu haben. Die Vollmachten gelten auch fernerhin immer für ein weiteres Jahr, falls bis zum 16. Dezember des laufenden Jahres jene Erklärung abgegeben wird.

Der Automobil-Dunibus hat am Sonntag seine Feuerprobe bestanden. Von den beiden bis jetzt fertiggestellten Wagen wurde der eine früh um sechs, der andere etwas später eingestellt. Beide liefen ohne Zwischenfall bis nachts 12 Uhr. Auch der schäpfrige Boden, der gegen Abend infolge des Regens entstand, beeinträchtigte die Rennfahrt in keiner Weise. Die beiden Wagen haben an dem einen Tage bereits 3000 Personen befördert. Dabei blieb die Mehrzahl der Fahrgäste von Anfang bis zu Ende sitzen, um vielfach auch noch zur Rückfahrt im Wagen sitzen zu bleiben. Der Verkehr mit seinem Geschäftsverkehr von Straße zu Straße wird mehr Wechsel und deshalb noch höhere Fiktoren bringen. Waren doch schon am Sonntag bei einzelnen Fahrten bis zu 75 Personen befördert, obgleich die Wagen nur 37 Plätze haben. In den beiden Endstationen wurden die Wagen bis Mitternacht von Hunderten von Menschen erwartet, die sich einen Platz erobern wollten.

Ein verwegener Diebstahl beschäftigt die hiesigen Polizei-Behörden. Am Freitagmorgen zwischen 1 1/2 und 2 Uhr wurde vor dem Hause hinter den Linden 46 ein mit braunem Wallach und blau-graunem Schimmel bespannter Koffwagen einer Expeditionsfirma, auf dem sich zahlreiche Güter befanden, gestohlen. Abends gegen 8 Uhr wurde das Fuhrwerk hienieden am Reichstagsufer aufgefunden. Von den Gütern fehlen: 6 Ballen Gewebe (585 Kilogramm, gez. K. F. 68-71), 1 Ballen Manufakturwaren (47 Kilogramm, gez. R. G. R. 100), 1 Ballen Gewebe (96 Kilogramm, gez. W. A. 533), 1 Kiste Zigarren (120 Kilogramm, gez. M. G. 1790), 1 Nord-Teden (26 Kilogramm, gez. H. S. 1855), 1 Kiste Zigarren (58,5 Kilogramm, gez. K. & Co. 3977), 5 Ballen Stoff (338 Kilogramm, gez. L. 1206-10), 2 Ballen Leder (103 Kilogramm, gez. R. M. 8107-8) und 1 Kiste Zigarren (43,2 Kilogramm, gez. R. 3883). Für die Ermittlung der Diebe beziehungsweise für die Herbeischaffung der wertvollen Beute ist eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt worden.

Eine Probe-Marmierung für Rettungszüge fand Sonntag mittag auf dem Terrain des neuen Friedebauer Güterbahnhofes statt. Der Übung lag folgende Idee zugrunde: Um 11 1/2 Uhr fand in der Nähe des Friedebauer Wassert-Bahnhofes ein Zusammenstoß zweier fremdlicher Züge statt. Die vorderen Teile der Züge sind demoliert, unter den Trümmern befinden sich verletzte Passagiere. Nach Berlin und Potsdam wird sofort um Hilfe und um Zuführung der Sanitätszüge gebeten. Als die Nachricht in Potsdam eintrifft, werden sofort die für diesen Fall ausgebildeten Arbeiter der Reparaturwerkstätten auf den Zug geleitet, eine unter Dampf stehende Lokomotive vor den Zug gepannt und nach zehn Minuten geht der Hilfszug mit Krat- und Hülfsgüterwagen ab und trifft kurz vor 12 Uhr 30 Minuten nach erfolgter Meldung auf der Unfallstelle ein. Sofort beginnt das Rettungswerk. Da Trümmer in diesem Falle nicht wegzuschaffen sind, nötigenfalls wären die Feuerwehren der nächsten Gemeinden zu requirieren, beginnt sofort das Suchen nach Verletzten. Inzwischen sind die benachrichtigten Bahnärzte der ganzen Eisenbahndirektion, soweit sie abkömmlich sind, angelangt. Gestern waren es 40 Herren und man beginnt mit dem Verbinden und Untersuchungen. Alles ist in rastloser Arbeit. Während werden herbeigeschleppt und die Schwerverletzten in den Kratwagen getragen. Die Leichtverletzten werden auf der Strecke verbunden und dann zum nächsten Ort geleitet, wo sie Unterkunft erhalten. Ein Wagen ist vollständig zertrümmert worden, die Passagiere werden aus ihrer peinlichen Lage befreit, nach den heilgebliebenen Waggons geschafft und hier auf den Postkutschen untersucht und verbunden. Nachdem alle Verletzten versorgt sind, geht der Hilfszug mit den Schwerverletzten nach Berlin, um die Kranken ins Krankenhaus zu weiterer Behandlung einzuliefern. Die Übung ist ausgezeichnet gelungen.

Güterzugentgleisung auf dem Wedding. Gestern mittag kurz vor 12 Uhr entgleisten auf Bahnhof Wedding drei Wagen des durchgehenden Güterzuges 8907, vermutlich infolge eines Tragfeders- oder Achsbüchsenbruchs, wodurch beide Ringbahngütergleise gesperrt wurden. Verletzt wurde niemand. Der Güterzugbetrieb wurde unter Benutzung eines Nebengleises nach Bahnhof Wedding zwischen Gesundbrunnen und Rosbit eingeleist aufrechterhalten. Die Aufräumungs- und Wiederherstellungsarbeiten werden sechs bis acht Stunden in Anspruch genommen haben.

Todesfall. Während der Arbeit ist am vorgestrigen Nachmittag der 59 Jahre alte Dachdeckermeister Paul Vobis tödlich verunglückt. Er war auf einem Dache des Grundstückes des Buchdruckhofes in der Wilhelmstraße 47 mit Ausbesserungsarbeiten beschäftigt, war dabei ausgeglitten und in die Tiefe hinabgestürzt. Nur zerbrochenem Schädel blieb der Bedauernswerte auf dem Bürgersteig liegen. Der Tod trat sofort ein. Die Leiche ist polizeilich beflagelnt worden.

Eine Liebestragödie spielte sich Sonntag abend in der Moonstraße 18 ab. Hier diente bei dem Kaufmann Sandstühl seit fünf Wochen die 27 Jahre alte Berta Markien, die aus der Landbergerstraße zugeht. Das Mädchen erhielt seit vierzehn Tagen oft den Besuch eines Mannes, von dem sie im Hause erzählte, er sei ihr Bräutigam, ein verwittelter Maler aus Steglitz. Seit einigen Tagen war sie ganz unglücklich. Sie hatte erfahren, daß ihr Geliebter noch verheiratet ist. Wahrscheinlich hat sie ihm nun Vorwürfe gemacht und sie beschloffen dann, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Sonntag nachmittag glaubte die Dienstherrschaft, daß sie ausgegangen sei. Abends um 9 1/2 Uhr aber hörte die Nachbarin Schälz, die neben ihrer Kammer im vierten Stock des Seitenflügels wohnt, in der Kammer ein schmerzliches Nadeln und nahm wahr, daß Gas herausströmte. Der Förster erbrach die Kammertür und fand Berta Markien mit ihrem Geliebten, dessen Name nicht bekannt ist, in den Kleidern bewußtlos auf dem Bette liegen. Sie hatten den Hahn des Gasofens, der die Kammer heizt, geöffnet, ohne das Gas anzuzünden. Beide wurden mit klopfschen Krankenwagen nach der Charité gebracht. Der Mann hatte sich unterdessen wieder erholt und ging vom Krankenhaus gleich weg, das Mädchen aber liegt dort noch bewusstlos da.

Einen bösen Abschluß hat eine Ehegattin gefunden, die aus dem Südosten der Stadt gemeldet wird. In betrunkenem Zustande versuchte gestern nachmittag der 44 Jahre alte Schneider Albert Pajlow in der Weiserstr. 15 seine Frau, die von ihm getrennt lebt, zu ersticken. Mit gezücktem Messer stürzte sich P. auf die Ahnungslöse und stoch wie ein Rasender auf sie ein. Die unglückliche Frau flüchtete vor dem Teufelsbold nach dem Zimmer und brach dort mit einem Kuffrei zusammen. Sie hatte sieben Messerstücke, von denen vier den Kopf getroffen, erhalten.

Der betrunkenen Ehemann, der jetzt ernüchert wurde, flüchtete die Treppe hinab und eilte nach seiner Wohnung in der Adalberstr. 98, wo er sich einschloß. Inzwischen war die Polizei herbeigerufen worden, welche dafür sorgte, daß der schwerverletzte Ehemann ärztliche Hilfe zu teil wurde. Als mehrere Beamte zur Verhaftung des Täters schreiten wollten, suchten sie vergeblich Einlaß. Sie ließen die Tür zu der Pächter Wohnung schließlich gewaltsam öffnen und als der Schneider die Polizeibeamten eintraten, sprang er plötzlich auf das Fensterbrett und stürzte sich aus der Höhe der zweiten Etage in die Tiefe hinab. Bewußtlos wurde der Flüchtling nach der nahen Unfallstation gebracht. Er hatte bei dem Sturz schwere Schenkel- und auch innere Verletzungen davongetragen. Beide Ehegatten fanden im Krankenhaus am Urban Aufnahme.

Eine Selbstmörderin ist gestern aus dem Schiffahrtskanal in der Nähe des Reichstagsplatzes gelaundet worden. Die Leiche ist die einer unbelannten etwa 30 Jahre alten Frauensperson, die etwa 24 Stunden im Wasser gelegen haben kann. Die Tote scheint dem Arbeiterstande angehört zu haben. Nachdem die Leiche polizeilich photographiert worden, wurde sie in das Schauhaus eingeliefert.

Gerichts-Zeitung.

Kompetenzkonflikt. Der zwanzigjährige Mechaniker Schlicht war bei Tempelhof-Lichtenrade mit einem Leichnam bewaffnet spazieren gegangen. Als er von einem Nebenweg auf die Chaussee einbog, wurde er von dem Gutsvorsteher Heidenreich wegen dieser Tat festgenommen und bald darauf dem Gendarm Schneider IV übergeben. Die Waffe wurde dem Sch. fortgenommen. Der Gendarm suchte, da Sch. keine Legitimationspapiere aufweisen konnte, durch telephonischen Anruf an das Polizeirevier in Berlin, in dem Sch. wohnte, die Persönlichkeits des Sch. festzustellen. Er erhielt keinen Anruf. Darauf transportierte er den Sch. zum nächsten Amt (in Schönfeld). Der Amtsvorsteher selbst wurde nicht angetroffen — es war 9 Uhr abends geworden — der Amtsdienster und Gefängniswärter brachte den Sch. im Spritzenhaus unter. Dort verblieb Sch. die Nacht hindurch. Am folgenden Morgen brachte der Amtsdienster den jungen Sch. zu seinem Vater in Berlin. Dieser hatte inzwischen vergebliche Anstrengungen gemacht, den Sohn aufzufinden. Die zu diesem Zweck verwendeten Auslagen (entgangener Arbeitsverdienst, Drohschreiben, Geld usw.) klagte er in einem Zivilprozeß gegen den Gendarmen Schneider IV ein. Der junge Sch. ist später mit einem Strafmandat über 6 M. bedacht worden. In dem Zivilprozeß gegen den Gendarm erhob der Regierungspräsident zu Potsdam den Kompetenzkonflikt. Zur Begründung führte der Regierungspräsident an, der Gendarm habe lediglich im Rahmen seiner Befugnisse sich gehalten, der Schadenersatzprozeß sei deshalb unzulässig. Der klagende Vater vertrat eine entgegengelegte Ansicht. Zumal es sich nur um eine geringfügige Übertretung gehandelt und der Sohn nicht unerhebliche Darmmittel bei sich hatte, so hätte der Gendarm, als das Telefon versagte, telegraphieren können und sollen. Das Oberverwaltungsgericht erachtete den Kompetenzkonflikt des Regierungspräsidenten für begründet und entschied demgemäß, daß das Zivilverfahren gegen den Gendarm endgültig einzustellen sei. Es erklärte, daß dem Gendarm weder eine Übertretung seiner Amtsbefugnisse, noch eine Unterlassung einer Amtshandlung zur Last falle. — Es mag im vorliegenden Falle den jungen Sch. die Hauptschuld an der Verzögerung seiner Freilassung treffen, weil er ohne Legitimationspapiere sich auf fremdes Gebiet mit einem Schießpfeil begeben und nicht auf telegraphische Benachrichtigung der Eltern oder der Berliner Polizei gedungen hatte. Nimmt man das an, so hätte der Schadenersatzprozeß gegen den Gendarm abgewiesen werden müssen. Das Äußerste an dem vorstehend wiedergegebenen Fall ist, daß die Frage, ob ein Beamter zum Schadenersatz verpflichtet ist, durch die bestehende Gesetzgebung dem ordentlichen Richter entzogen und der Entscheidung eines Verwaltungsgerichtshofes übertragen ist. Das ist eine Anomalie in einem Rechtsstaat. Der Fall zeigt ferner, wie unzureichend die bestehenden Garantien zum Schutze der persönlichen Freiheit sind. Die Unvorsichtigkeit, ohne Legitimationspapiere in Preußen seine Wohnung zu verlassen, ist doch außerordentlich hart mit einer Nacht Spritzenhaus bestraft. Dasselbe Schicksal, das den jungen Sch. betroffen hat, könnte nach der Ansicht des Oberverwaltungsgerichts jedem harmlosen Spaziergänger begegnen, der irgend eine Polizeiverordnung übertritt. Das beweist aber, wie gering die Gesetzgebung die persönliche Freiheit in Preußen einschätzt.

Vermischtes.

75 Personen ertrunken.

Ein englischer Passagierdampfer ist am Sonntagmorgen an der nordfranzösischen Küste untergegangen und zwar mit der gesamten Besatzung. Ueber das Unglück liegen bis jetzt folgende Meldungen vor:

London, 19. November. Die London and South Western-Eisenbahngesellschaft erhielt aus St. Servan in der Bretagne die Nachricht, daß ihr Dampfer „Hilda“ auf der Fahrt von Southampton heute morgen bei Sturm und Schnee bei St. Malo untergegangen ist. 75 Personen von der Besatzung und den Passagieren sind ertrunken. Fünf Passagiere und ein Mann der Besatzung wurden gerettet. Man nimmt an, daß das Schiff auf einen Felsen

gestoßen ist. Die „Hilda“, ein eiserner Schraubendampfer, war 848 Tonnen brutto groß; ihr Heimathafen ist Southampton.

Weiter wird gemeldet, daß 86 Personen den Tod in den Wellen fanden. Kurz nachdem das Schiff auf die Felsen aufgelaufen war, brach es in drei Teile auseinander. Dies alles ging so rasch vor sich — innerhalb zehn Minuten waren alle drei Teile gesunken — dazu kam, die Passagiere befanden sich in den Betten, daß die Rettungsversuche wirkungslos blieben.

Von anderer Seite wird über

Die Ursachen der Katastrophe

berichtet: Das Unglück ereignete sich um 10 Uhr abends. Das Schiff sank binnen zehn Minuten. Der Kapitän hatte sich bei dem nebligen Wetter durch das Licht des Leuchtturmes irre führen lassen. Nach einem später eingetroffenen Telegramm konnte ein Boot des Dampfers „Hilda“ 12 Passagiere und einen Matrosen retten, die sich in den Kisten des gesunkenen Schiffes festgehalten hatten. Am Bord befanden sich 70 Passagiere, während die Besatzung 20 Mann zählte.

Die Katastrophe ereignete sich, während die meisten Passagiere schliefen. Dadurch erklärt es sich auch, daß nur zwei Rettungsboote herabgelassen worden sind. Ein Boot mit 12 Geretteten ist in St. Malo eingetroffen. Das zweite Boot wurde bei Cost leer an den Strand geworfen. Da dort auch 18 Leichen angeschwemmt wurden, glaubt man, daß das Boot kenterte und die Insassen von der „Hilda“ ertrunken sind.

Mehrere Dampfer sind an den Ort der Katastrophe abgegangen, um die Leichen aufzunehmen. Von der „Hilda“ sieht man nur noch die Masten und einen Teil des Kumpfes. Die genaue Zahl der Ueberlebenden konnte noch nicht festgestellt werden.

Unter den geretteten Passagieren des englischen Dampfers „Hilda“ befinden sich 54 Zweibeinler aus Roscoff in der Bretagne sowie mehrere englische Familien, die sich zum Winteraufenthalt nach Dinan begeben wollten.

39 Personen verbrannt.

In Glasgow sind bei einem Brande eines von Arbeitern bewohnten Logierhauses 39 Personen ums Leben gekommen. Bei dem Brande spielten sich unbeschreibliche Szenen ab. Die oberen Stockwerke standen in wenigen Sekunden in Flammen, und das furchtbare Angstgeschrei der von Feuer und Rauch überfallenen Logiergäste ertönte aus dem Hause. Die Feuerwehr und die Polizei waren in wenigen Minuten zur Stelle, konnten aber gegen die in entsetzlicher Panik aus dem Gebäude stürzenden, meist unbekleideten Gäste nicht ankämpfen. Man glaubt, daß die 39 ausgehenden, fast vollständig verbrannten Personen zumeist in ihren Schlafstellen vom Rauch ertötet wurden, ehe sie einen Rettungsversuch machen konnten. Eine Anzahl Gäste stürzte auf das Dach des brennenden Gebäudes, da ihnen der Ausgang abgebrochen war und gelangte von dort mit Mühe auf die Dächer der Nebenhäuser und auf Leitern zum Erdboden. Als die Feuerwehr eindringen konnte, gelang es ihr noch, 32 Verletzte oder vom Rauch betäubte Insassen lebend zu retten. Die entkommenen 280 Insassen wurden in der Polizeistation so schnell wie möglich mit Kleidern vom Armenhaus versehen und dann in geschlossenen Wagen nach dieser Anstalt transportiert. Das Feuer wurde sehr bald gelöscht. Die Zahl der Toten wäre noch viel größer gewesen, wenn nicht ein mutiger Dachdecker eine große Anzahl gerettet hätte. Er bewohnte ein Dachzimmer und erwahte dadurch, daß die Leute um Hilfe schrien, Einlaß rannte im Bodentraum herum, die Schlafenden wendend, und versuchte dann vergeblich, die nur fingerbreit sich hebenden Dadlufen zu öffnen, was erst gelang, als einer der Wärter sein Holzbein abhakelte, mit dem er die Öffnung erzwang; durch die Lufen konnten sich die noch nicht Ersticken rettenden, Dreimal schrie Einlaß zurück, um unglückliche Krüppel zur Rettungsstelle zu tragen. Das Unglück wäre noch entsetzlicher geworden, wenn das Feuer auf das Nebenhause, wo 600 Arbeiter schliefen, übergesprungen wäre.

Protest-Versammlung der Zivilmilitär. Die von den Zivilmilitären zur Abwehr der Beschlüsse des Militärminister-Kongresses geplante öffentliche Protest-Versammlung wird nunmehr am Donnerstag, den 23. November cr., abends 7 1/2 Uhr, im großen Saale des Vereins Berliner Ruffler, Berlin O., Kaiser Wilhelmstr. 18 m., abgehalten werden. Das Referat haben die Herren Ernst Vogel, Präsident des Allgemeinen Deutschen Ruffler-Bundes, und A. R. Kühne, 1. Vorsitzender des Vereins Berliner Ruffler, übernommen. Vertreter der Behörden und auch solche der Galmirer-Vereinigungen sind zu dieser Versammlung eingeladen worden. Besonders zahlreich werden dort die auswärtigen Militärvereine vertreten sein. Im übrigen steht der Zutritt zu dieser Versammlung jedermann frei.

Am Mittwoch (Dachtag), nachmittags 4 Uhr, veranstaltet die Freie Turnerschaft Rixdorf-Brick im Karlsruhagen (Rudober Gellans) Karlsruhagen, ein Zusammenkommen der Männer- und Frauen-Abteilungen. Nachdem spricht um 7 Uhr Herr Max Schütte-Berlin über „Unglücke des Menschen“. Hierauf folgt gefelliges Besprechungsseminar. Gäste willkommen.

Die Vorstände der Agitationsvereine Arnswalde-Friedeberg, Stralund-Rügen, Ralan-Ludau, Schwiebus-Zommerfeld, Bromberg-Stadt und Land und Landsberg-Soldin werden ersucht, zuecks gegenseitiger Ausprache der ländlichen Agitation ihre Adresse bis Freitag, den 24. d. M., an Genossen Götter, Romintenerstr. 4, v. IV., einzusenden.

Spar- u. Produktiv-Genossenschaft Gr.-Lichterfelde

(eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung).

Montag, 4. Dezember, abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Reison, Chausseest. 104. 249V

Ordentl. General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes; Bericht des Aufsichtsrates. 2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes. 3. Neu- und Ergänzungswahlen zum Vorstand und Aufsichtsrat. 4. Anträge (5 14 des Statuts).

Zutritt nur gegen Legitimationskarte. Der Vorstand.

W. Friese. K. Wenzel.

Ältestes konz. Leihhaus

Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 40 I.

Hohe Beleihung. Diskr. Sprechzimmer

Leih-Haus

Charlottenburg, Friedrich-Karl-Platz 13.

Berlin, Antikamer-Strasse 2.

Beleihung von Brillanten, Gold- und Silberarbeiten, Uhren, Büchern, Möbeln, Kleidungsstücken etc.

218V

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den



In herrlichster Märchenpracht erstrahlt ein Christbaum, geschmückt mit meinem allseits empfohlenen prächtigen

Glas-Christbaumschmuck

origenes Fabrikat

Versende in sorgfältiger guter Verpackung Riesensortiment I über 300 Stück nur dies-jährige Neuheiten, als: fl. versilberte, bemalte Kugeln u. Eier, Krankenkugeln, Eisaspfen, gold.

Schlangenkugeln, Brillant-Reflexe bis 7 cm im Durchmesser, Gold-Fassn mit natürlichem Schweiß, Schmetterlinge, Kugeln mit Edelweiß, Christuskind mit goldenen Flügeln, Eichhörnchen, Eisbären, Wickelkinder, Italienische Klarinettenbläser etc., ferner Trompeten, Damen-Uhr mit goldenen Zeigern und Baketts, Früchtkörbchen, fl. Edelobst, Würfelkugeln, Lyra mit Musik, Glocken, Kinderkloppe mit Sonne, Mond und Sternen, reizende mit Chenille und feinstem Silberdraht unspannende Neuheiten, als: Schiffe, Botanischerbüchsen, 12 cm lang, Luftballons usw.

Sortiment II ca. 200 St. in gleicher Ausg. Sort. III ca. 100 St. nur gr. ff. ausgew. Sachen.

Für Händler liefere auch schon von 10 Mk. an.

Weiterempfehlung füge ich jeder Kiste gratis die mit so großem Beifall aufgenommen. Solen-Tischlampe, 20 cm groß, mit dazu geh. Licht nebst Engel und Engelshaar bei.

Nur weil ich selbst Fabrikant bin, ist es mir möglich, obige 3 Sort. zu dem enorm billigen Preise von 5 Mk. (Nachnahme 5,30 Mk.) zu versenden. Viele glänzende Zeugnisse liegen vor.

Louis Müller-Schmidt, Lasscha S.-M. 41. Leistungs-f. Fabrikant.

Charlottenburg.

F. Kunstmann,

nur Wallstr. 1

Uhren und

Goldwaren.

Großes Lager

Reparaturen schnell und billig.

Billige Preise. 1636*

Berliner Uk-Trio.

Felix Scheuer

Stralanderstr. 1.

Möbel,

ganze Wohnungs-Einrichtungen

sowie einzelne Stücke in sehr billig.

Eigene Tischlerei-Werkstatt.

Berlin O., [49922*] Wiehr, Petersburgerstraße 62.

Passende Weihnachts-Geschenke.

Laterna magica, Dampfmaschinen, Eisenbahnen mit Dampf und Uhrwerk, photogr.

Apparate, Reißzeuge, Barometer, Thermometer, Operngläser, Brillen, Pinze-nez,

auch in Gold und Double.

Carl Schubert, Optiker und Bandagist,

Rixdorf, Bergstr. 148.

Lieferant sämtlicher Krankenbetten für Heilen, Bruchbänder usw.

Arm und Reich

4892L*

Alles gleich!

Jeder raucht sie mit Behag.

500 Stk. mit so sehr bel.

Havanillos, 9 cm lang, fl.

Sumatra u. Java, vorzügl.

im Brand und Geschmack,

versende von jetzt ab bis

Weihnachten f. nur 7 Mk.

geg. Nachn. franko! Ueber

250 Lobschreiben aus allen

Ständensind mir zugegang.

Garantie: Rücknahme. Adr.

lautet: Rud. Tresp, Zigarrenf.,

Hausstadt W.-Pr. Postf. Nr. 300

Preislisten grat. u. franko!



Eröffnung des Fabrikdepots.

Erstklassige Sprechmaschinen.

25 Modelle, von 9,75 an

Phonographen, 13 Modelle, v. 2,95 an

Kunstplatten und Goldschallplatten

kaufen gut und billig. [50102*

Kataloge gratis und franco.

Nathan Mottek,

Dresdenerstraße 21.

Habe meine Wohnung von der

Thüringerstr. 42 nach Rixdorf

Bergstr. 99/100

Gute Bahnstraße, neben der

Vinotcaufabrik, verlegt. 2315*

Frau Lenz, Gebärm.

J. Bieselt, Rixdorf, Steinmühlstr. 9,

älteste Restaurations- u. Damen-

stollen sowie fertiger Anaben- und

Arbeitsgeräthe, Mädchenmücheln,

Kostümstoffen. 2284*

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Lustspielhaus.

Täglich abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.

Walhalla-Theater

Nach Afrika, nach Kamerun.
Kunst-Vorstellung mit Ges. u. Tanz in 6 Bild.
Einst. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Revue-Sprecher: Amt IV 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 31. Amt IV 8353.

Achtung! Schlosser! Achtung!

Dienstag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr:
**Allgemeine Versammlung
der Schlosser Berlins u. Umgegend**
im großen Saale von Louis Keller, Rappente. 29.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über die eingelaufenen Fragebogen. Referent: Kollege Cohen.
2. Stellungnahme zum neuen Tarif und Beschlußfassung darüber.

Dienstag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Tempel,
Alt-Vorhagen Nr. 56:

Bezirks-Versammlung für Himmelsburg, Vorhagen u. Stralau.

Tages-Ordnung:
1. Die gefällte Komposition der Arbeiter. Referent: Kollege
Jacobson. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.

Zur Beachtung!
In nachstehenden Lokalen wurden neue Zählstellen errichtet, auf die
wir hiermit besonders aufmerksam machen:

- Am Restaurant Galle, Tiltterstr. 12.
- Kersten, Obingerstr. 15.
- Sachse, Weißwasserstr. 37.
- Lorenz, Schreinerstr. 4.
- Häber, Stralauer Allee 1.
- Tieke, Nischenberg, Perzbergstr. 23.
- Schulz, Brüngen-Allee 6.
- Blum, Frankf. Chaussee 118.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau und Arbeitsnachweis Rosenthalerstraße 57
(Eingang: Hermannstraße 28).
Geöffnet von 9 1/2-2 und 4-8 Uhr. Telefon: III, Nr. 1296

Unsere Mitglieder ersuchen wir, sich pünktlich und vollzählig an den
am Sonntag, den 21. Januar, stattfindenden

Öffentlichen Protest-Versammlungen

zu beteiligen.
Ferner weisen wir darauf hin, daß bei männlichen Mitgliedern für das
Jahr 1906 nur gelbe Beitragsmarken verwendet werden dürfen.
Weiter geben wir bekannt, daß am Sonntag, den 18. Februar, nach-
mittags 5 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c, eine

Monats-Versammlung

und am 8. April, vormittags 10 Uhr, eine

Urania-Vorstellung

Taubenthr. 48/49, stattfindet.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Stock- u. Zelluloidarbeiter!

Sonabend, den 20. Januar d. J., abends 8 Uhr, bei Vereins,
Brückenstraße 7:

Vertrauensmänner-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensleute. 3. Dis-
kussion. Der Obmann.

Verband des technischen Bühnen-Personals

Sitz Berlin.
Sonabend, den 20. Januar, abends 11 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vorstandsbericht. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen er-
wünscht. 1901/ Der Vorstand.

Verband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin u. Umgegend.)

Sonntag, den 21. Januar, nachm. 4 Uhr, bei Boigt, Ritterstr. 75:
Statutenmäßige

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Rechenschaftsbericht des Vorstandes. 2. Vierteljährlicher und Jahres-
Kassenbericht. 3. Bericht des Arbeitsvermittlers. 4. Bericht der Revisoren.
5. Bericht der Delegierten von der Gewerkschaftskommission. 6. Anträge.
Die Zahlkarte 4 ist nicht ausgeben, wie ursprünglich in der letzten
Nummer der Zeitschrift steht, sondern befindet sich nach wie vor im Lokale
von Köhl (früher Wunderlich), Comeniusplatz 5, Ecke Remetschstraße.
Schluß jeden 1. und 15., abends von 8-10 Uhr.
1894 Die Ortsverwaltung.

General-Versammlung der Sterbekasse ehemaliger Pflugscher Arbeiter

(Heizelsche Kasse)
am Sonntag, den 28. Januar 1906, vormittags 10 Uhr, in Wilkes
Saal (früher Rümann, Brunnenstr. 188).
Tages-Ordnung:
1. Vorlesung des Protokolls der Generalversammlung vom 23. Juli 1905.
2. Kassenbericht des Revisors pro 1905 und Bericht der Revisoren.
3. Verschiedene Kassenangelegenheiten. 4. Wahl des zweiten Vorsitzenden
und ersten Schriftführers. 5. Wahl von drei Revisoren. 28/17
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand. J. H. Otto Winter.

General-Versammlung

am Sonntag, den 28. Januar 1906, vormittags 10 Uhr, in Wilkes
Saal (früher Rümann, Brunnenstr. 188).
Tages-Ordnung:
1. Vorlesung des Protokolls der Generalversammlung vom 23. Juli 1905.
2. Kassenbericht des Revisors pro 1905 und Bericht der Revisoren.
3. Verschiedene Kassenangelegenheiten. 4. Wahl des zweiten Vorsitzenden
und ersten Schriftführers. 5. Wahl von drei Revisoren. 28/17
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand. J. H. Otto Winter.

Achtung! Gewerkegerichtswahl in Schöneberg!

Arbeiter, Parteigenossen!

Die Vertreter der Schöneberger Verbandstilialen haben es abgelehnt, einen Kandidaten der lokal-
organisierten Gewerkschaften auf die Liste der zu wählenden Mitglieder zum Gewerkegericht zu setzen.
Während in anderen Orten, wo die Stilialen derselben Verbände die Minorität bilden, prozentuale Ver-
teilung der Kandidaturen gefordert wird, handelt man hier nach dem Grundsatz der besthenden Klasse: Wer die
Macht hat, hat das Recht.
Der so ungewöhnliche Teil der Schöneberger Arbeiterkass hat daher eigene Kandidaten aufstellen müssen
und ersuchen wir alle rechtlich denkenden Wähler, am

Sonabend, den 20. Januar,
ihre Stimme den Kandidaten der vergewaltigten Gewerkschaften zu geben.
Stimmzettel werden am Eingang der Wahllokale ausgeteilt.
Die Kommission der Schöneberger Gewerkschaften. 286/6

Allen werten Freunden, Bekannten
und Parteigenossen empfehle mein
Weiß- und Pilsener-Bier-Lokal.
In jeder Zeit warme und kalte
Speisen. Gut gepökelte Biers.
2 Vereinszimmer mit Pianino, 40
und 60 Personen fassend, sind noch
einige Tage frei. 56802
Hermann Stömer, Gastwirt,
Stienenstraße 3.

Für Vereine!
Sonabend, den 17. März, ist
frei gemorden und erster Osterferi-
er tag ist zu vergeben. 57890
**Buß' Salon, Gr. Frank-
furterstr. 85.**

Achtung! Stockarbeiter!
Alle Streikfolgen von J. & H.
Gembicki vom 21. Januar 1905
werden zu einem gemütlichen
Zusammensein am 21. Januar
1906, abends 8 Uhr, bei Ziggel
eingeladen. Der Einberufer.

Streng reell!
Jedes Stück ist ausgezeichnet!
Die Ermäßigung wird an der Kasse abgezogen!!

25%

Ermäßigung

auf Restbestände sämtlicher Abteilungen
Nur noch bis Sonntag, den 21. Januar.

Esders & Dyckhoff

Leipzigerstr. 50a * Oranienstr. 48

Spezial-Haus für Herren- und Knaben-Bekleidung

fertig und nach Maß!

Folgende Gegenstände werden
mit 25% Ermäßigung
verkauft:

- 1 Posten Herren-Jackett-, Rock- und Gehrock-
Anzüge, Paletots für Sommer und Winter,
Pelzjoppen, Lodenjoppen,
Hosen, Westen, Hüte, Mützen,
Wäsche, Kravatten, Unterzeuge
- Ein großer Posten
Kinder- und Jünglings-Anzüge,
Paletots, Blusen und
Hosen.

Jedes Stück ist ausgezeichnet!
Die Ermäßigung wird an der Kasse abgezogen!!
Streng reell!
Jedes Stück ist ausgezeichnet!
Die Ermäßigung wird an der Kasse abgezogen!!

**Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für
Haut- und Hautleiden.**
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Zigarren!
Billigste Bezugsquelle
für Händler:
ab Mk. 10.-
Bell & Co.
Rosenstraße 18. I.
Spezialitäten:
1-21-25-26-28-29-30
32-33-35-40-55-75.

Vereinsfahnen und Vereins-
abzeichen etc. W. Marg. Griffen-
berger, Nürnberg, Unschlitplatz 2.

KNORR'S Maccaroni.

Achtung! Vereine, Gewerkschaften!

Dem verehrten Publikum, Vereinen und Gewerkschaften sowie allen Freunden und Bekannten
zur gef. Kenntnisnahme, daß ich das herrlich an der Oberspree gelegene, mit Veranden
und Hallen versehene circa 15.000 Personen fassende Etablissement **Hasselwerder** käuflich
erworben habe. - Sequem vom Bahnhof Nieder-Schöneweide-Johannisthal in 5 Minuten zu erreichen.
Dampferanlegestelle der Stern-Gesellschaft. 5685L

Ausspannung für 200 Pferde. Im großen Saale jeden Sonntag: Ball, 6 Kegelbahnen.
△△△△ Volkabelustigungen aller Art. △△△△
In meinen Festsälen Rüdorsdorferstr. 45 setze ich mein Geschäft bis zum 1. Oktober 1906
unverändert fort.
Albert Scheruch, Rüdorsdorferstr. 45.

Unserem lieben Freunde, dem be-
rühmten Bezirksführer
Wilhelm Lenz
und seiner jungen Frau die herzlich-
sten Glückwünsche zum Hochzeitsfest.
Die Genossen der 2. Abteilung
245/2 im 5. Kreise.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Todes-Anzeige.
Am 18. d. M. verstarb unser
Mitglied, der Schlosser
Otto Häbner
Schwedlerstr. 51.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 21. d. M., nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Himmelsburg-Kirchhofes in
Nordend-Nieder-Schönhausen statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
246/11
Der Vorstand.

**Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute.**

Um 16. d. M. nach kurzem
Krankenlager im Alter von
56 Jahren unser Mitglied, der
Zimmerer
Max Peisker.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 20. d. M., nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes in
der Hermannstraße aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
25189
Der Vorstand.

**Arbeiter-Athleten-Bund
Deutschlands.**

Todes-Anzeige.
Am Donnerstag verstarb püb-
lich das langjährige Mitglied des
Kraft- und Athletenbundes „Wirk“
Wilhelm Schindler.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 21. Januar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle der St. Gathana-Gemeinde
(Barfußstraße) aus statt. 288/7

Nach kurzem Krankenlager ent-
schied unser langjähriger, guter
Vater und Schwagerwater, der
Schankwirt
Hermann Zinnecke,
Lithauerstraße 8, im 70. Lebens-
jahre.
Die Beerdigung findet am Sonn-
tag, d. 21. d. M., nachm. 3 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle der St. Petri-
Gemeinde, Friedenstraße, aus statt.
Die Hinterbliebenen.

Dankjagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die Franzosen bei
der Beerdigung meines lieben
Vaters, unseres guten Vaters, Groß-
und Schwagerwaters sprechen wir
allen Verwandten und Bekannten
sowie dem Vorstande des Holz-
arbeiter-Verbandes, den Vorstellern
Berlins, den Kollegen der Firma
Bogel u. Co. und dem Gesamtverein
„Kreuzberger Harmonie“ unseren
innigsten Dank aus. 19983
Auguste Gwänter nebst Kindern.

**Kranken- und Sterbekasse
aller gewerblichen Arbeiter
für Schöneberg u. Berlin**
(E. S.-R. Nr. 115).

General-Versammlung
am Sonntag, den 28. Januar 1906,
vormittags 10 Uhr,
im Lokale des Herrn Obst (Tunnel),
Reinigungsstr. 8.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassen-
bericht. 3. Antrag Viebig. 4. Ren-
nabschluß des gesamten Vorstandes. 5. Ver-
schiedene Kassenangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Um pünktliches Erscheinen der Mit-
glieder ersucht
286/4
Der Vorstand.

Greift zu! dem Besten

Joppen 5.- bis 20.- an
Monats-Anzüge 8.50 . . .
Abonnements-Anzüge 9.50 . . .
Monats-Paletots 9.- . . .
Partie-Anzüge, teils mit
unmerklichen Fehlern 10.50 . . .
Kamm-Boj od. **Jackets** 3.- . . .
Alles auch für fortwährende Figuren!
Getragene Kleidungsstücke von Ka-
puzinieren, Reisesäcken, aus den feinsten
Werkstätten Berlins, teils von Holz-
lieferanten, kolossal billig. 73/17
Strohband-Bergütung!
Bitte **Zentral-Keller, Berlin,**
achten
35 Neanderstr. 35, an der
Königsplatz u. Stadtbahn-Stationen.

